

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**

## Die soziale Kluft wächst

### Ist der AEG-Streik ein Vorbote eines neuen Kampfgeistes?



**E**ntlassungsproduktivität“ heißt das Unwort des „Jahres und im Grunde ist das Wortungetüm treffend. Die kleinen und großen Kapitalisten, die unter Mißachtung aller menschlicher Bedürfnisse ständig bestrebt sind, rücksichtslos ihre Dividendenprofite zu erhöhen, reiben sich jedes Mal die Hände über die Wegrationalisierung hunderter oder tausender Beschäftigter „ihres“ Konzerns. Arbeitsplatzvernichtung wird an der Börse mit Kurssprüngen gefeiert, die verantwortlichen Manager vielleicht gar mit höheren Bezügen belohnt. Die Unmenschlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Markt und Geld zu Götzen macht, hat durch die Globalisierung und die US-amerikanische Art von „Freihandel“ eine neue Schubkraft erhalten. Shareholder value triumphiert. Es ist kein Gespenst, das umgeht, es ist die nun massenhaft sich verbreitende Angst vor Betriebschließungen, Verlagerungen, Rationalisierung und sozialer Zurückstufung. Immer mehr drohen Arbeitslosigkeit, Existenzvernichtung oder der

offiziellen Inflationszahlen eine direkte Verhöhung. Selbst das Sterben ist teurer geworden; in Nürnberg ab dem 1. Januar um 150 %. Auch andere Gebühren und Abgaben gehen steil in die Höhe. Zudem müssen nun noch Mittel zum Ansparen für eine Rente übrig sein – sonst reicht es für den Briefträger oder die Bandarbeiterin – Müntefering sei Dank – mit 67 nicht mal mehr für die Miete. Die Benzin- und Gaspreise explodieren.

Absturz in prekäre Beschäftigungsverhältnisse, in die Armut. Dagegen helfen nicht einmal die besten Qualifizierungsprogramme.

I m m e r spürbarer wird, wie aus dem Euro ein Teuro geworden ist. Für die kleinen Leute sind die

Seit die Heizölpreise tiefe Löcher in den Geldbeutel reißen, nehmen die Holzdiebstähle nicht nur in den Wäldern zu.

Während jener Teil der Werk tätigen, der zwei Verdienner in der Familie hat, die sich vielleicht auch noch in besseren beruflichen Positionen befinden, noch ganz gut auskommt, trifft die Verteuerung die einfachen Arbeiterinnen und Arbeiter – wie im Nürnberger AEG-Werk – besonders schwer, besonders, wenn sie auch noch den Arbeitsplatz verlieren. Der hiesige IG Metall-Chef Gerd Loboda sieht „immer mehr Arbeitnehmer in den Elendsschluchten der Gesellschaft“ verschwinden.

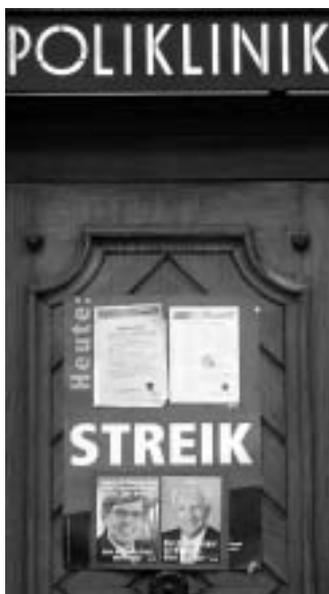
### **Kürzungen, Verlagerungen, Entlassungen – eine Abwärtsspirale!**

In Deutschland und in anderen Industrieländern sind es keine Einzelfälle mehr, wenn nationale oder multinationale Konzerne Beschäftigte  
*Fortsetzung auf Seite 3*

## Inhalt

- Die soziale Kluft wächst	Seite 1
- In eigener Sache	Seite 2
- Neue Regierung – Neue Politik?	Seite 16
- Zum Tod des Genossen Manfred Behrend	Seite 20
- Damit Menschen in Würde leben können	Seite 22
- Wir sind O&K, wir bleiben hier, dafür streiken wir!	Seite 24
- Kann Ver.di die 38,5-Stundenwoche verteidigen?	Seite 26
- WSI-Verteilungsbericht 2005: Drunten nehmen, oben geben	Seite 28
- Die Wahlen in Chile	Seite 29
- Eine unmoralische Kriegscoalition	Seite 34
- Rezensionen	Seite 36

## In eigener Sache



Innenpolitisch ist an der „Sozialen Front“ einiges in Bewegung geraten. Die Menschen, besonders die Gewerkschaften, gegen die sich der Klassenkampf von oben richtet, beginnen sich mehr zu wehren, den „Kapitalismus“ bewußter wahrzunehmen; freilich haben sie dabei die Illusion noch nicht aufgegeben, es könnte noch ein Zurück zum „sozialen Kapitalismus“ geben. Prächtige Gewinne der Konzerne ringsum und trotzdem eine Fortsetzung des Sozialraubs und der Fabrikschließungen erzeugten eine Stimmung, in der einiges in Bewegung kam; dazu kommt, daß die soziale Kluft immer krasser wird. Der Artikel zum WSI-Verteilungsbericht belegt das mit aufschlussreichen Zahlen. Wir greifen die-

se Entwicklung auf und berichten anhand des AEG-Streiks in Nürnberg ausführlich über dessen Verlauf und seine Auswirkung auf den allgemeinen Widerstandswillen der Arbeiterklasse. Bei den kommenden großen Tarifeinensetzungen in der Metallindustrie wird sich zeigen, an welchem Punkt wir stehen. Bei Redaktionsschluß ging der Streik im Öffentlichen Dienst weiter unter denkbar schlechten Bedingungen und begleitet von einer großen Diffamierungskampagne durch die Medien und die Politiker. Wir durchleuchten zudem die Regierungspolitik der Großen Koalition, die sich wegen der anstehenden Landtagswahlen noch mit größeren sozialen Grausamkeiten zurückhält.

Leider müssen wir wieder mit einem Nachruf vermelden, daß unsere Reihen lichter werden: In Berlin starb am 15. Januar unser Freund und Genosse Manfred Behrend im Alter von 75 Jahren. Es ist bestimmt im Sinne des Verstorbenen, wenn wir alle es fertig brächten, unsere Anstrengungen zu erhöhen, Mitglieder, Sympathisanten und engagierte Leser.

Ein Genosse, der persönliche Beziehungen zu Chile hat, schreibt zum Ausgang der Wahlen und zu den geschichtlichen Hintergründen.

Der Countdown gegen den Iran läuft, und zwar ähnlich, wie wir es mit den Kampagnen gegen den Irak und Serbien erlebt haben. Militärische Aufmarschvorbereitungen, Lügen, Hetze und Psychoterror pflegen US-Aggressionen stets voraus zu gehen. Alle Anzei-

chen deuten darauf hin: Diesmal ist Deutschland nicht nur indirekt dabei. Die Regierung Merkel-Müntefering hat die Weichen schon gestellt. Wir werden in der Sommernummer näher darauf eingehen. Diesmal reicht es nur zu einem diesbezüglichen Nachdruck.

Genosse Prof. Dr. Theodor Bergmann konnte am 7. März in Stuttgart seinen 90. Geburtstag feiern. Wir haben gratuliert und weiterhin viel Schaffenskraft gewünscht!

Neue Broschüren sind eingetroffen: „Die Bremer Linksradiakalen / bis 1920 (2,50 €). Einige Bücher haben wir antiquarisch aufgetrieben: Thalheimer „Einführung in den dialektischen Materialismus“ (8,- €) auch das „Rote Gewerkschaftsbuch“ kann zum Preis von 10,00 € wieder bestellt werden.

**Achtung:** Das Abo für 2006 ist fällig. Nur wenn unsere Leser uns auch finanziell weiter unterstützen, können wir wie bisher weiterarbeiten! Wir legen einen Zahlschein bei. Auch Spenden sind herzlich willkommen. Allen, die bisher schon bezahlt haben oder uns auch mit einem größeren Betrag unterstützen, sagen wir an dieser Stelle vielen Dank.

Das gilt auch für jene, die anlässlich der Beisetzung von Manfred Behrend eine Überweisung an die *Arbeiterstimme* geleistet haben.

Die Gruppe Arbeiterstimme veranstaltet zusammen mit den Gruppen International Landshut und Dorfen am 20./21. Mai in Landshut wieder ein Wochenendseminar. Anmeldungen über unsere Redaktionsadresse.

### Impressum:

**Verantwortlich im Sinne des Preserechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg**  
**Druck: Eigendruck im Selbstverlag.**

**Verleger, Zuschriften:**  
 Thomas Gradl, Postfach 910307,  
 90261 Nürnberg

**e-Mail:**  
 redaktion@arbeiterstimme.org  
**Internet: www.arbeiterstimme.org**

**Bankverbindung:**  
 Hans Steiger  
 Postbank München  
 BLZ 700 100 80  
 Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



oder ganze Teile der Belegschaft entlassen, ihren sozialen Status drücken oder den Betrieb wegen Verlagerung in Niedriglohnländer ganz schließen. Wie eine Welle schwappen Entlassungen und Verlagerungen über die entwickelten und einst technologisch als Vorbilder geltenden Staaten hinweg; ganz im Sinn der neoliberalen Hexenmeister und der Globalisierung. Bei offiziell über 5 Millionen Arbeitslosen und fast 7 Millionen Minijobbern (400 €) ist der Preis der Ware Arbeitskraft im Sinkflug. Nichts ist mehr sicher. Inzwischen sind alle Arbeitsplätze in Gefahr – von wegen „Arbeitsplatzbesitzer“! Auf der Suche nach dem niedrigsten Preis für die Arbeitskraft zieht es die Kapitalisten wie magnetisiert in die nächstgelegten ärmeren Länder und dann wie Getriebene in die noch ärmeren, um eines Tages bei den Hungerlöhnen Chinas, Indiens oder Indonesiens mit 30 Cent Stundenlohn anzukommen. Gerade beschwert sich ein Stahltycoon in Indien, daß ihm die dortigen Löhne schon zu hoch geworden seien. Schon droht einem ungarischen Elektrowerk die Verlagerung nach China. Die Spuren der sozialen Verwüstungen, die sie hinterlassen, interessieren diese Profitmaximierer nicht – sie werden sie aber eines Tages interessieren müssen, was vorerst allerdings nur ein schlechter Trost ist. Manche „Dichter und Denker“ in unserem Land, die ihrer Zeit voraus sein wollen, hören schon das Glas splintern, während der Feuerschein aus den Pariser banlieues zu ihnen herüber dringt. Der Dramatiker Hochhut sieht Verhältnisse heranreifen, die einen „Che Guevara Europas“ hervorbringen könnten. Bürgerliche Wissenschaftler wie Meinhard Miegel sprechen von einer „Epochenwende“.

Die betroffenen Lohn- und Gehaltsabhängigen und auch die Gewerkschaften stehen Entlassungen und Verlagerungen nahezu machtlos gegenüber. Alle grundlegenden Machtfaktoren dieser Gesellschaft stehen gegen sie: Die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der Druck der Weltmarktkonkurrenz, die Freizügigkeit der Kapitalbewegungen und Spekulationen, die Freiheit der grenzenlo-

sen Profitmaximierung, die besitzbürgerliche Gesetzgebung, die Zentralisation des Kapitals, die herrschenden politischen Parteien und Institutionen und das Monopol über die Massenmedien. Wehren sich die betroffenen Lohnabhängigen, organisiert durch die Gewerkschaften, gegen den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze, gelingt es ihnen in der Regel nur noch, die Folgen dieses Verlustes abzumildern. Den Sturz in die Arbeitslosigkeit freilich können sie nur noch bei Ausnahmekonstellationen verhindern und manchmal auch nicht auf Dauer. Außerdem wird das Kräfteverhältnis für die Arbeiterklasse und für die Gewerkschaften fortlaufend schlechter: Durch die Massenentlassungen verlieren die Gewerkschaften scharenweise Mitglieder und werden dadurch noch schwächer. Der Produktionssektor schwindet, ein Bereich mit etwas stärkerem Gewerkschaftsbewußtsein. Im Gegensatz zu früher hat die deutsche Arbeiterbewegung keinen relevanten politischen Arm mehr, was auf den Niedergang des Klassenbewußtseins zurückzuführen ist. Von 1980 – 2002 wurde nur in Japan noch weniger gestreikt als in Deutschland. Die Folgen der neoliberalen Politik betreffen allerdings nicht nur Deutschland: Als die Electrolux-Staubsaugerfabrik vom schwedischen Västervik nach Ungarn verlagert wurde, ließen das die 520 Beschäftigten dort kampfflos geschehen. In Nordamerika beabsichtigt Ford 14 Werke zu schließen und 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße zu setzen. Die Liste der Stellenstreicher in Deutschland wird immer länger. Arbeitsplätze sollen abgebaut werden bei:

Deutsche Telekom	32.000
Daimler-Chrysler	8.500
Steinkohlebergbau	4.600
Siemens	2.400
Ford Deutschland	1.300
Samsung	800

usw.

Bei Continental protestierten 30.000 gegen die Schließung der Reifenproduktion, die stattfinden soll, obwohl der Gewinn im Vergleich zum Vorjahr um 55% auf 735 Millionen € zugenommen hat. Gerade kommt wie ein Donnerschlag die Meldung, daß beabsichtigt ist, im VW-Werk 20.000 Stellen abzubauen.

Jahrzehntelang war die große Automobilfabrik Synonym für Sozialpartnerschaft und für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands nach dem II. Weltkrieg. Das krasseste Beispiel rücksichtsloser Betriebspolitik liefert die Deutsche Bank, die 6.400 Beschäftigte entlassen will, davon 1.900 allein in Deutschland. Gleichzeitig traut sich ihr dubioser Chef Ackermann, eine Gewinnexplosion bekannt zu geben: 3,8 Milliarden € Profit, was einer Eigenkapitalverzinsung von 25% entspricht. Wem fällt dabei Brechts Verdikt über die Banken nicht ein: „Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie, was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank.“!

Es sind eben die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems, daß in der selben Zeit, in der die Entlassungen zunehmen, Vollarbeitsplätze in prekäre Arbeitsverhältnisse oder in Ein-Euro-Jobs umgewandelt und vor allem die Bezüge Langzeitarbeitsloser gekürzt werden, der Aktienkurs auf 5.700 Punkte hochspringt und die Meldung die Runde macht, es gebe in Deutschland nun 855.000 Millionäre und Multimillionäre. Auf sieben Arbeitslose ein Millionär – eigentlich müßten da selbst bei den weitsichtigen Kapitalisten die Alarmglocken schrillen, wie rasend schnell sich in diesem Land die soziale Kluft verbreitert.

Nur die Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung selbst können eines Tages dazu führen, daß das System selbst in Frage gestellt wird.

### Mehr Widerstand ?

Vor dem Hintergrund des größten Exportbooms aller Zeiten, der Gewinnexplosionen der Konzerne und angesichts der Luxuswelt des wohlhabenden Teils der Bevölkerung verdichtet sich der Eindruck, daß zunehmend die von Entlassungen und sozialer Zurückstufung betroffenen Lohn- und Gehaltsabhängigen sich nun mehr zu wehren beginnen als die Jahre zuvor. Dabei sind Streiks und andere Kampfmaßnahmen nicht mehr verpönt; wenn sie als Abwehrmethoden gelten, finden sie dann auch Sympathie im gesellschaftlichen Umfeld. Man denke nur an den fünfwöchigen Streik bei Otis in Stadtha-



gen, an den Streik der Heidelberger Druck in Kiel, der 25 Tage anhielt und bei Ortopedia in Kiel usw. Beispiele aus jüngerer Zeit sind die harten Auseinandersetzungen bei Gate Gourmet und bei Infineon. In München hat sich gezeigt, daß unter bestimmten Umständen auch Ingenieure zu streiken bereit sind. Zu transnationalem Widerstand und zu einem vorerst erfolgreichen Ende ist es gekommen, als Zehntausende von Hafendarbeitern in den verschiedenen Ländern demonstrierten und streikten, um Brüssels Liberalisierung der Hafendienstleistungen zu Fall zu bringen.

Besonderen Einfluß auf die Kampfbereitschaft der AEG-Belegschaft in Nürnberg hatten vor allem die vorhergegangenen Ereignisse in der Region selbst. Einerseits gab es in den vergangenen Jahrzehnten wohl nur noch im Ruhrgebiet ein solches Ausmaß an industriellem Niedergang wie im Nürnberger Raum - Bayerns einstigem Industriezentrum. Triumph-Adler, Grundig, Hercules, Adtrans, MAN, Zweiradunion, Bahn-AW und Kugel-Müller; die Namen erinnern nur noch an eine glänzende Vergangenheit. Ein ganzer Stadtteil Nürnbergs wurde zur Industriewüste. Nur selten, wie beim Kampf um AEG-Kanis, konnte die streikende Belegschaft einen Sieg davontragen. Doch seither hat sich die Situation für die Arbeiterinnen und Arbeiter noch weiter verschlechtert. Der Strukturwandel brachte der Metall- und Elektroindustrie im Raum Nürnberg einen enormen Verlust an Arbeitsplätzen. Seit den 70er Jahren sank ihre Anzahl von 130.000 auf 56.000. Die Zahl der Mitglieder der IG-Metall schwand von 51.000 auf 31.000. Obwohl geschwächt, konnten die Nürnberger Gewerkschafter in letzter Zeit auch einige Unternehmerangriffe zurückweisen. Das Siemens-Trafowerk wurde vorerst gerettet. Bei INA-Scheffler/FAG versuchte die Betriebsleitung vergebens, unbezahlte Mehrarbeit durchzusetzen. Die Betriebsleitung des Kabelherstellers Nexans (1.800 Beschäftigte) trieb die Provokation auf die Spitze. Wahrscheinlich glaubte sie, nach dem verlorenen Ost-Streik der IGM, sich alles erlauben zu können. So schloß sie hinter dem Rü-

cken von Betriebsrat und Gewerkschaft mit der Christlichen Gewerkschaft (CGM) einen Haustarifvertrag mit Verschlechterungen, die rund 10 Millionen € einbringen sollten. Die CGM hat im ganzen Bundesgebiet nur 100.000 Mitglieder und ist deshalb nach Ansicht der IGM nicht tariffähig. Nach Auseinandersetzungen und Werksblockade mußten die Nexans-Bosse wieder zurückstecken, auch angesichts der Rechtslage. Jürgen Wechsler, der 2. Bevollmächtigte der IGM-Nürnberg zog die Lehre: Er glaube nicht, daß Streiks als Instrument des Arbeitskamps ausgedient haben. „Im Gegenteil: Wir sehen eine Renaissance“. Kurz darauf mußte er schon als Streikleiter des AEG-Werks Nürnberg seinen Pflichten nachkommen.

### Der Kampf um den AEG-Standort Nürnberg

Das AEG-Werk Nürnberg besteht schon über 80 Jahre. Noch 1993 arbeiteten dort 3.800 Menschen, heute 1.750. Das Werk wurde an den schwedischen Global Player Electrolux verkauft. In den letzten Jahren mußte die Belegschaft schon viele Abstriche hinnehmen; ihre Arbeitszeit wurde auf 30 Stunden reduziert. Nun soll es wegen „mangelnder Rentabilität“ geschlossen und die Produktion nach Italien und Polen verlagert werden. Die Angebote des Betriebsrats zu noch mehr Zugeständnissen nützten nichts. Alle Interventionen und Besuche, auch von Ministern und dem Oberbürgermeister in Stockholm waren vergeblich. Für Konzernchef Straberg war der Standort Nürnberg nur ein Mosaiksteinchen in der Gesamtstrategie der generellen Verlagerung der Fabriken aus den westeuropäischen „Hochlohnländern“ in das „frühkapitalistische“ Osteuropa, ohne Gewerkschaftseinfluß und ohne viel Reglementierungen. Von 20 Standorten in Westeuropa werden 13 geschlossen. Bei so einer gewaltigen Umorientierung spielen dann eben „Reibungsverluste“ von einigen hundert Millionen Euro wie etwa in Nürnberg keine Rolle. Ebenso ist es kein Hinderungsgrund für die Fabrikschließung, wenn ein Werk noch schwarze Zahlen schreibt – es gilt für die Kapitalisten immer noch schwärzere zu schrei-

ben. Arbeiter, die sich über die „Fremdbestimmung“ aus dem 1.000 km entfernten Stockholm aufregen, seien daran erinnert, wie Siemens-Boss Pierer aus Franken das Erreichen von 15% Rendite als Maßstab zur Abstoßung einzelner Konzernteile erklärte. Im Fall AEG herrschte lange Zeit noch große Hoffnung, die Werkschließung verhindern zu können – eine Version, die auch von der IG-Metall vertreten wurde. Aus den dargestellten Gründen war das von Anfang an eine Illusion, da es für das Management auch darum ging, bereits aufgebaute „gewaltige Überkapazitäten“ (metall) abzubauen. Die Argumente der Konzernseite waren deshalb nie ganz ernst zu nehmen – sie dienten der propagandistischen Verdrehung. Übrigens erzielte der Konzern im letzten Quartal eine Gewinnsteigerung von 18,9%, trotz der Umstrukturierungskosten. 2004 betrug der Gewinn insgesamt 667 Millionen €, bei einem Umsatz von 13 Milliarden €. (Der Umsatz auf dem deutschen Markt macht nur 55% aus). 62.000 Shareholder, darunter die Wallenberg-Gruppe, profitieren von der Dividende. Mit ihr ging es bergauf. Pro Aktie gab es 2000 vier Kronen, 2002 sechs Kronen und 2004 sieben Kronen. Der Oberboß Straberg hat wohl kaum eine Ahnung, mit wie wenig Geld ein entlassener Familienvater auskommen muß. Sein Jahresgehalt soll zwei Millionen € betragen.

Da der Streit um die Rentabilität des Nürnberger Werks in der Öffentlichkeit und bei den Streikenden eine große Rolle spielt – selbst CSU-Wirtschaftsminister Huber bezweifelt die Kostenlücke – soll darauf eingegangen werden:

Während Belegschaft, Gewerkschaft und Sympathisanten der Konzernleitung vorwerfen, ein Werk zu schließen und zu verlagern, das noch Gewinne abwerfe, behauptet die Unternehmerseite, das Nürnberger Werk schreibe zwar gerade noch schwarze Zahlen, aber die stammten nur noch vom Exportanteil (60%). Es sei jedoch nur eine Frage der Zeit, bis der Preisverfall auch die übrigen Länder Europas erfasse. Der deutsche Markt sei gesättigt, der Umsatz in fünf Jahren um 30% zurückgegangen. Man zahle im Inland pro Gerät 45 - 60 € drauf. Es gebe eine starke Konkurrenz, vor allem aus Asien und der



Türkei. Die Premium-Marke AEG sei nicht mehr wettbewerbsfähig.

Electrolux befinde sich auch in härterer Weltmarktkonkurrenz mit dem US-Branchenführer Whirlpool.

Entscheidende Zahlen und Behauptungen wurden von der Belegschaft und der IGM bestritten. Der Nürnberger Oberbürgermeister Maly (SPD), der sich sehr für die Erhaltung des Werks einsetzt, warf Straberg vor, die 230 Millionen € Verlagerungskosten, die genannt wurden, rentierten sich erst nach 13 Jahren.

Doch auch „metall“ mußte feststellen: „Der Markt mit der Weißen Ware hat seine Tücken.“ Die Preise seien um rund 15% gefallen, die Kosten für Rohstoffe, wie Stahl, hingegen enorm gestiegen. Mit den beiden Betrieben in Polen habe Electrolux „gewaltige Überkapazitäten aufgebaut“. Ab 2006 sollen dort etwa zwei Millionen Waschmaschinen und Geschirrspüler produziert werden. Bei einer Untersuchung Professor Bierbaums vom Ifo-Institut kam die Geschäftsleitung schlecht weg, deckte er doch deren Manipulation auf. Sie hatte mit Halbwahrheiten und Weglassungen gearbeitet und Kostenberechnungen gefälscht.

Doch unabhängig davon, bis zu welchem Grad das Nürnberger AEG-Werk noch Gewinne abwirft und um wie viel mehr die Belegschaft noch bereit wäre, sich ausplündern und spalten zu lassen, so sind es zwei gewichtige Faktoren, die auch bei einem lang anhaltendem Streik die Verhinderung der Werksschließung nahezu

ausschließen. Der eine ist die Politik der vollendeten Tatsachen durch die Stockholmer Zentrale. Auch ein einige Wochen früherer Streikbeginn hätte nichts daran geändert, daß der Aufbau der modernen Werke in Polen längst im Gange ist. In Nürnberg wurde seit sechs Jahren nichts mehr investiert; es wurde zu wenig auf höhere Qualität gesetzt. Die Betriebsräte werfen der Leitung schon lange eine verfehlte Markenpolitik vor. Der andere Faktor ist, daß Kapitalisten für Lohndumping immer zu haben sind. Ist der Unterschied so groß wie zwischen Franken und Südpolen (20% Arbeitslosigkeit), dann pflegen Konzernbosse nicht lange zu fackeln.

Der Unterschied von Nürnberg zu Zarow und Siewierz (Olawa und Swidnia sind im Bau) ist kraß. Der Monatslohn in Polen liegt bei etwa 300 €, in Nürnberg bei 1.650 € (im Akkord 2.150 €). In Polen liegt die 40-Stunden-Woche zugrunde, in Nürnberg die 35-Stunden-Woche. (In Nürnberg wurden in letzter Zeit bei reduzierter Stundenzahl von 30 Stunden 1.200 € – 1.400 € nach Hause getragen.) In Nürnberg beträgt das Weihnachtsgeld 55% und das Urlaubsgeld 70% – in Polen gibt's so etwas nicht. In Polen macht die Stammbesellschaft nur ein Drittel aus, die Mehrzahl sind Leiharbeiter oder befristet Beschäftigte. Im polnischen Werk gibt es keinen Betriebsrat und keine Gewerkschaften. Erst kürzlich ist es schwedischen Metallgewerkschaftern durch Intervention gelungen, die üblen Repressionen zu beenden, denen jene ausgesetzt waren, die im Betrieb erste Organisationsversuche unternahmen.

Auch ins italienische Werk in Solaro soll verlagert werden. Im Mailänder Raum liegen jedoch die Löhne mit ca. 7 € Stundenlohn und ca. 1.500 € Monatseinkommen nicht allzu viel unter den deutschen Bezügen. Warum der Konzern dort nicht verlagert, könnte an etwas anderem liegen. Denn, wie der Deutschlandfunk berichtete, zwingt in Italien der Staat den Mutterkonzern bei Standortschließung zu erheblichen Abfindungen.

Inzwischen streiten im Fall AEG-Verlagerung Belegschaft und IGM mit deutschen Politikern darüber, ob die EU nicht sogar Electrolux bei der Verlagerung mit Fördermitteln unterstützt. Verheugen blieb vage: Es lägen keine Erkenntnisse vor, Förderwürdig wäre nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dann hieß es wieder: Warschau könnte Electrolux durchaus mit Investitionszuschüssen und Steuervergünstigungen unterstützt haben. Die Empörung blieb: Deutschland als größter Nettoszahler in Brüssel bezahlt am Ende den eigenen industriellen Abbau! Sogar Ingo Friedrich, ein rechtsstehender CSU-Abgeordneter, will im Europaparlament energisch Aufklärung verlangen. Nationalistische Töne sind in dieser Auseinandersetzung eben nicht zu übersehen: Die Streikwesten der IGM tragen neuerdings den Aufdruck: „AEG ist Deutschland“; eine Spitze gegen die Schweden und Polen. Ein Plakat hängt am Streikzelt: „Wo AEG draufsteht, ist Polenstandard drin.“ Als ob eine deutsche Konzernzentrale menschlicher mit ihren deutschen und ausländischen Kollegen umginge! Es ist ein Skandal, daß



Warnstreik, 5. Oktober 2005



die Frankfurter IGM-Zentrale eine PR-Agentur einschaltet, um für diesen dummen Spruch auch noch das Geld ihrer Mitglieder auszugeben. Auch die DGB-Landesvorsitzenden, die im Streikzelt sprechen, blasen ins selbe Horn. Sie geißeln „die ferngelenkten Konzerne, die hierher kamen und euch ausrauben“. Als ob das die deutschen nicht und nirgends täten!

### Zur Ausgangslage des Arbeitskampfes

Bei der Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen dem Unternehmerlager und einer streikenden Belegschaft sind viele allgemeine Faktoren, aber auch Besonderheiten, maßgeblich. Im Fall der AEG ist eine solche Besonderheit, daß die Hälfte der Arbeiterinnen und Arbeiter ausländischer Herkunft ist. Das kann sich auf den Kampfgeist unterschiedlich auswirken. Einige Kollegen sind in einer Art klassenkämpferischen Stimmung, anderen geht es mehr um schnelle Abfindung, um in der alten Heimat mit dem Geld eine kleine Existenz zu gründen. Auch andere Besonderheiten spielen eine Rolle: Die meisten sind schon über 40 Jahre alt oder älter und haben auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt keine Chance mehr. In der AEG gibt es ein Übergewicht von Ungelernten und Angelegerten gegenüber den Facharbeitern.

Was den innergewerkschaftlichen Bereich angeht, gibt es, aus verständlichen Gründen, keine offiziell-

len Zahlen der IG Metall, man ist auf Presseberichte angewiesen. Nach diesen sollen nun etwa 80 % im Werk organisiert sein. Laut IGM habe sich der Organisationsgrad seit August verdoppelt. Ist dem so, dann hätte es vorher nur etwa 40% Gewerkschaftsmitglieder in der AEG gegeben, also keine starke Position. Bei nun 80% wären ca. 350 unorganisiert und ca. 1.350 Mitglieder in der IGM. Unklar bleibt, warum an der Urabstimmung nur 958 Mitglieder teilgenommen haben. Wo waren die andern 392 Mitglieder? Von den 958 stimmten 952 für den Streik, nur sechs dagegen. 99,3% waren ein sehr gutes Ergebnis. (Wieso IGM und Presse 96,35% nannten, ist ein Rätsel.) Haben diejenigen IGM-Mitglieder, die gegen den Streik waren, sich überhaupt an der Urabstimmung beteiligt? Stimmt das, dann hätten nur 56% der Belegschaft den Streik befürwortet – dies wäre eine große Schwachstelle. Im Durchschnitt sind in der Industrie 5-6% Krankmeldungen üblich, was auch bei der AEG zu berücksichtigen ist. Kurz vor Streikbeginn hatten sich aber bei der AEG 460 Beschäftigte krank gemeldet, das entspricht 27%! Ein beachtlicher Teil der Belegschaft entzieht sich damit der aktiven Teilnahme an der Auseinandersetzung. Das ist eine weitere Schwachstelle, die natürlich die Bosse auch schon erkannt haben. Sie drohen jetzt damit, die Lohnfortzahlungen einzustellen.

Für die streikenden Mitglieder zahlt die Gewerkschaft Streikgeld, 14 Monatsbeiträge pro Streikwoche, das wären rund zwei Drittel des Bruttolohns, heißt es. Das Streikgeld richtet sich nach dem vorherigen Verdienst.

Angenommen, ein Arbeiter bekommt 250 € in der Woche, dann könnte es schon sein, daß die IGM insgesamt 340.000 € in der Woche aufwenden muß. Bei vier Wochen Streik wären das eventuell, zusammen mit sonstigem Streikaufwand, etwa 1,5 Millionen €. Die Zahlen – auch wenn sie nicht genau stimmen sollten – geben in etwa die Dimension wider, um die es geht.

Von Gewerkschaftsseite kommt noch eine weitere Schwachstelle hinzu: Ein Zwist in der Nürnberger IGM und drängende Finanzprobleme in der hiesigen Verwaltungsstelle. Die Nürnberger Nachrichten (NN) berichteten: „Mit zwei Millionen Euro, so die unbestätigte Zahl, muß die Frankfurter IG Metall-Zentrale bis 2008 die hiesige Geschäftsstelle subventionieren.“ Hauptamtliches Personal sei bereits abgebaut worden. Ursache für das gewerkschaftliche Finanzdebakel ist – wie bereits dargestellt – der rapide industrielle Strukturwandel in der Region. Auch die Reallöhne sind in den letzten zehn Jahren gesunken. Und diese Entwicklung geht so weiter, auch auf Kosten der Gewerkschaften. In den letzten zwei Jahren verlor Mittelfranken 21.500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Im Raum Nürnberg sind jetzt 33.000 Arbeitslose gemeldet. Bayern ist nicht nur Freising mit seinen niedrigen Arbeitslosenzahlen, auch die Nürnberger Misere gehört zu Stoibers Bilanz.

Die Auseinandersetzungen in der Nürnberger IGM und die Meinungsverschiedenheiten zwischen 1. und 2. Bevollmächtigten, Gerd Lodboda (kurzzeitig aktiv in der WASG)

### Oldenburger Metaller in Nürnberg – Bericht eines Genossen der Arbeiterpolitik

Für den 7. Februar hatte die IGM mit einem Aktionstag „Weiße Ware“ bundesweit alle Belegschaften der Haushaltsgerätebranche zu Solidaritätsaktionen für die Nürnberger AEG-Kollegen aufgerufen. Als sich die Oldenburger IG Metall mit 400 Kolleginnen und Kollegen der Belegschaft des Elektromotorenherstellers ACC in Nürnberg ankündigte, glaubten der Nürnberger Metaller auf den Arm genommen zu werden. Doch ein Sonderzug mit fast 400 Oldenburger Kollegen rollte in Nürnberg an. In

Nürnberg war die Begeisterung groß. Zur Demonstration und Kundgebung waren auch Kolleginnen und Kollegen von Miele Gütersloh, von Bosch-Siemens-Hausgeräte Berlin und Neustadt, von Iveco und Evo Bus in Ulm, von Liebherr, Leistritz, Bauknecht und NEFF in Bretten sowie von einem IG Metall-Seminar in Lohr/Main gekommen.

Wenn von 430 ACC-Kollegen fast 400 in Nürnberg ihre Solidarität zeigen, dann ist das schon etwas. Und das kommt nicht von ungefähr: ACC

Motoren in Oldenburg gehört mit zum Wallenberg-Imperium. 180 Kollegen sollen Mitte des Jahres überflüssig werden, wenn Produktion nach Osteuropa verlagert wird. Die Oldenburger Kolleginnen und Kollegen sehen das als Anfang vom Ende an und regen sich also beizeiten. Sie wissen, dass man auch einen Sozialtarifvertrag nicht umsonst bekommt. Bei ihnen läuft schon jetzt „Dienst nach Vorschrift“, der gegen eine Lagerhaltung gerichtet ist. Sie denken an eine Mobilisierung der Region.



und Jürgen Wechsler, drehen sich angesichts der Schwierigkeiten um das bessere taktische Vorgehen. Lobodda werden „Alleingänge“ vorgeworfen. Er beschwor einst den „Geist der Balance“ und suchte Lösungen in der Zusammenarbeit mit der Unternehmerseite und der Politik. Bei Grundig hatte er lange Zeit eine Art Co-Management angestrebt. Zuletzt war der von ihm anvisierte „Mittelfränkische Beschäftigungspakt“ mit den Metallunternehmen, der ggf. Abweichungen vom Tarifvertrag zulassen sollte, gescheitert. Er gab zu, daß es dagegen „Empörung aus den eigenen Reihen“ gegeben habe. Auch Jürgen Wechsler, nun Streikleiter bei der AEG, hielt diesen Kurs für falsch. Für das Durchhaltevermögen der streikenden AEGler dürfte dieser Streit keine große Relevanz haben.

### Eine „Eiserne Streikfront“

So einen Bilderbuchstreik hat es nur selten gegeben. Die Streikposten stehen an allen geschlossenen Toren, 300 in eisiger Kälte, vor Tonnen mit lodernem Feuer. Alles ist blockiert, kein Transportauto kommt mehr rein oder raus. Und das Wichtigste: Kein Streikbrecher versucht, die Reihen zu durchbrechen und auch die Kapitalisten verzichten, anders als kürzlich bei Infineon darauf, Streikbrecher mit Polizeigewalt ins Werk zu holen. Daß Unternehmerlager und Behörden zumindest bis jetzt stillhalten, hat seine Gründe. Natürlich gehört dazu die relative Geschlossenheit der Belegschaft, aber ausschlaggebend dafür war die Stimmung in der Gesellschaft. Der Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und das offensichtliche „Unrecht“ der Konzernleitung erzeugten eine riesige Zustimmung zum Streik in einer Breite, die fast alle Gesellschaftsschichten einschloß. Die vielfältige Solidarität ging weit über die Region hinaus. Es entstand ein Klima, in dem selbst Mitglieder

rechtsstehender Parteien entweder den Streik unterstützten oder sich nicht äußern mochten. Da war es schon unpopulär, als CSU-Wirtschaftsminister Huber zur „Besonnenheit“ aufrief. Es müsse „alles im Rahmen des Legalen bleiben“, hob er den Zeigefinger. Ironisch könnte man fragen, wen er wohl meinte...

Die IGM ging richtigerweise immer wieder an die Öffentlichkeit mit Protestkundgebungen, Solidaritätsaktionen, Zeltfesten usw. Die Geschäftsleitung warf der Gewerkschaft „Machtkampf“ vor, sie wolle „ein Exempel statuieren“. Die IGM brauchte die Belegschaft nicht anzufeuern. Ab dem Zeitpunkt, als ersichtlich wurde, daß der Konzern auf eine Schließung zusteuert, waren Wut und Empörung grenzenlos. Alle wußten, im schlimmsten Fall würden sie im Nürnberger Raum keinen Arbeitsplatz mehr finden. Auf einer Betriebsversammlung vor dem Streik wurden die Manager ausgepiffen und die Sitzkissen flogen auf sie zu. Johan Byge, Europachef von Electrolux, hatte die Katze aus dem Sack gelassen: „Selbst wenn Gewinn und Rendite noch wachsen, wir wollen mehr verdienen, damit wir mehr investieren können.“ Es ging gar nicht mehr darum, daß der Betriebsrat erneut 10 Millionen Euro an Einsparungen geboten hatte; Electrolux aber 48 Millionen Euro forderte.

MLPD-Kollegen hatten dem Betriebsrat im Dezember vorgeworfen, nicht kämpferisch genug vorzugehen und forderten damals, sofort zu streiken. Betriebsrat Weiß reagierte überzogen: „Die linken die Leute“ und wandte sich gegen ein „Aufheizen der Stimmung“. Da zu dem Zeitpunkt noch die Friedenspflicht bestand, wären das „wilde Streiks“ gewesen mit allen juristi-

schen Folgen. Es war richtig, die Frist abzuwarten, was zugleich auch den Druck im Kessel erhöhte. Die MLPD hatte in der Nachbarschaft Spenden gesammelt. Auch die DKP zeigte ihre Solidarität mit den Streikenden, wie auch andere linke Gruppen. Ihr Vorsitzender Stehr besuchte das Streikzelt. In der UZ wurde laufend berichtet. Die Nachricht, die Belegschaft hätte das Werk übernommen, war aber Wunschdenken.

Alle Beteiligten auf Arbeiterseite vertraten noch lange die Illusion, die Schließung der AEG könnte durch größtmöglichen Einsatz doch noch verhindert werden. Es ist zu vermuten, daß die meisten aber selbst nicht mehr daran glaubten. Das Ziel, die Arbeitsplätze zu erhalten, war jedoch die Triebkraft für eine gesellschaftliche Solidarität in großer Breite, wie sie ein reiner Lohnkampf nicht zu erzeugen vermag.

### „Die Solidarität für uns geht in die Geschichte ein!“

begeisterte sich noch nach mehreren Wochen Streik der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Weiß. Zieht man die Gewichtigkeit des Bestands in Betracht, muß an vorderster Stelle die Solidarität im eigenen Konzern, in der eigenen Branche und in der eigenen Gewerkschaft stehen.

Die europaweite Solidarität kam jedoch über Sympathiegesten nicht hinaus. Laut „Europäische Metallgewerkschaft“ wehrten sich zeitgleich Beschäftigte in Deutschland, Italien, Spanien, Frankreich, Schweden und Ungarn. Betriebsratschef Dix frohlockte, man werde sich von nun an nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen. Leider sah er die Lage zu optimistisch. Nur die Arbeiter-

rinnen und Arbeiter der fünf italienischen Werke hatten sich dem Nürnberger Protest angeschlossen und für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. Da, wo es auch darauf ankam, in den neu errichteten polnischen Fabriken die erst kürzlich Eingestellten von einer Electrolux entlastenden Mehrarbeit abzuhalten, war von vornherein aussichtslos.





Bei der Arbeitslosigkeit und Armut in Südpolen stand es außer Frage, daß jene, die vermeinten das große Los gezogen zu haben, es nicht wieder aufs Spiel setzen würden.

Der Beistand für die Streikenden in Nürnberg aus der eigenen Branche war beachtlich, kam er doch auch aus den Konkurrenzbetrieben. Am 7. Februar kamen 3.500 zum Tag der „Weißen Ware“ nach Nürnberg und zogen in großen Kolonnen durch die Stadt und vor die AEG-Werkstore. Sie reisten aus den Werken von Bosch, Liebherr, Miele und Bauknecht an. Nach fünfstündiger Sonderzugfahrt waren 400 Gewerkschafter von ACC Motors aus Oldenburg gekommen, die dort ebenfalls ihre Arbeitsplätze bedroht sehen. In Oldenburg standen an diesem Tag die Räder still. In fröstelnder Nässe kam es zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen das Electrolux-Diktat. Geht von solchem Engagement auch keine direkte materielle Gewalt gegen das immer dreister werdende Unternehmerlager aus, keine relevante Profitreduzierung, so wurde zumindest ersichtlich, daß dieser AEG-Kampf das Format eines Politikums angenommen hatte. Das zeigte sich auch in der breiten Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen weit über die örtlichen Metallbetriebe hinaus. In letzteren vor allem kam es zu handfester Unterstützung.

Um nur einige Beispiele zu nennen: Bei Osram Ingolstadt wurden 1.700 € gesammelt, der MAN-Betriebsrat brachte von der Belegschaft 2.400 €, viele kleinere Beträge kamen aus anderen Nürnberger Betrieben, aber auch von außerhalb. ver.di-Kollegen überbrachten 1.500 €. Der Personalrat der AOK hatte 1.700 € gesammelt. Von Posterern und von Kollegen bei Diehl

stammten Lastwagenladungen mit Holz als Futter für die Feuer in den Tonnen zum Aufwärmen der Streikenden. Beschäftigte von anderen Betrieben der Region, von Federal Mogul, MAN, Semikron, Emuge, Honse, Diehl usw. zeigten ihre Solidarität und das bei minus 10 Grad. Die Kolleginnen und Kollegen der IGM-Verwaltungsstelle Regensburg kreuzten auf mit 600 € in der Tasche. Sogar aus Bremen reisten Stahlwerker und Dynamo-Beschäftigte an. 800 Gewerkschaftsjugendliche kamen aus ganz Deutschland. Am 31.1. zum Tag der Solidarität reisten 15 Busse an, aus München, Passau und Aschaffenburg. Höhepunkt war die große Demonstration mit Fackelzug, zu der der DGB aufgerufen hatte, um zusammen mit Nürnberger Bürgern die AEG zu umzingeln. Über 6.000 bildeten eine Menschenkette. Als Redner war von der Stadt Nürnberg der Oberbürgermeister vertreten, Kirchenvertreter und Gewerkschaftsführer unterstützten die Streikenden. Der Nürnberger Stadtrat hatte das Schließungsvorhaben einstimmig (!) verurteilt. Selbst Stoiber mußte „Verständnis für die AEG-Beschäftigten“ heucheln. Auch der Wirtschaftsreferent der Noris, Roland Fleck (CSU), der in der Bildzeitung noch der IG Metall einen Teil der Schuld für die Schließung aufgebürdet hatte, mußte umstecken und zog nun gegen die „unangemessene schwedische Eisblockmentalität“ zu Felde. Doch nur ein CSU-Stadtrat kam vor die Werkstore und verteilte Wienerle.

Die Streikenden verteilten Flugblätter in der Stadt. Die Firma Stadt-

reklame klebte kostenlos 500 Plakate: „AEG muß leben!“. Zu Beginn eines Club-Spiels durfte eine AEG-Gruppe im Stadion eine Ehrenrunde drehen, unter großem Beifall der Fans. Die Sympathie war sehr breit gefächert, vom Einzelhandelsverband, der Handwerkskammer, Bürgervereinen, Bund der katholischen Jugend, der Stadtmission bis zu den Kirchengemeinden. Dabei gab es immer wieder Sonderbares zu vermelden. Der CSU-Alt-OB von Landshut, Josef Deimer, hielt im Streikzelt eine fast linke Rede. Er forderte „eine ökonomische Gesamtbilanz dieses realexistierenden Kapitalismus“ und unterstützte „das Recht auf Arbeit. Die Schere zwischen verschämter Armut und unverschämtem Reichtum geht immer weiter auseinander.“ Da ist man schon versucht, zu fragen, wer das wohl zu verantworten hat. Sogar der Landesverband bayerischer Einzelhändler forderte seine Mitglieder auf, Electrolux-Marken nicht mehr zu ordern.

Die Wände des Streikzelts wurden mit Solidaritätsadressen tapeziert. Fremde Menschen brachten Weißwürste und Wienerle, Bäckereien spendeten Krapfen, Restaurants Pizzas und Hühnersuppe, ein Getränkehändler aus der Oberpfalz 2.000 Becher Punsch und das alevitische Kulturzentrum süße Suppe. Adidas-Personal spendete warme Kleidung, von der Mudra-Drogenhilfe kamen vier Ster Holz, in der Firma Trix wurde gesammelt. Eine ältere Dame gab 250 € einfach so. Beim Konzert von Konstantin Wecker hatten SPDler 312 € gesammelt, der Künst-

ler selbst trat im Streikzelt auf. Aus Düsseldorf waren Gate Gourmet-Beschäftigte angereist, die selbst im Ausstand stehen. Als 100 selbst von Entlassung bedrohte Angestellte der Victoria-Versicherung eintrafen, gab es ein großes Hallo.

Besonders erwähnenswert





war die Solidarität vieler Sozialdemokraten, ganze Ortsvereine zeigten ihren Beistand. Es muß für viele von ihnen wie ein „Befreiungsschlag“ gewesen sein, endlich wieder mal das soziale Herz zeigen zu können, nach allem Frust mit Agenda 2010, Rente mit 67 und sonstigem Teufelszeug, das man so brav geschluckt hat und bezeichnenderweise immer noch schluckt.

Am 20. Februar gab es wieder einen Höhepunkt. Für die bayernweite zentrale Demonstration der Streikenden des Öffentlichen Dienstes war Nürnberg ausgesucht worden, um ver.di- und IG Metall-Kämpfende zusammenzubringen. Mit 44 Bussen waren sie gekommen, um in langen Zügen, mit Trillerpfeifen bewaffnet, zur Kundgebung vor das Gewerkschaftshaus auf den Kornmarkt zu ziehen. Es waren über 4.000, darunter Hunderte Polizeibeschäftigte in grünen Leibchen, das war eine unerwartet große Zahl. Dieses Engagement mag wohl auf die besondere Schärfe der Auseinandersetzung im Öffentlichen Dienst in Bayern zurückzuführen sein. Der CSU-beherrschte „Freistaat“ möchte ja neben der Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes die Stundenzahl von 38,5 auf sogar 42 Stunden erhöhen!

Angesichts der wütenden Kolleginnen und Kollegen und eines Novums, des Zusammenstehens zweier Gewerkschaften, ruft AEG-Streikleiter Jürgen Wechsler von der LKW-Tribüne auf den vollen Platz: „Vielleicht erleben wir den Aufbruch zu einer neuen Zeit – wir lassen uns nicht mehr alles gefallen!“ Auch ver.di Vize Michael Wendt stimmt ein: „Der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst ist kein Streik der Vergangenheit, sondern Auftakt einer neuen Epoche!“ In einer fast einen Kilometer lange Schlange ziehen die Demonstranten dann zur AEG und blockieren dabei die Verkehrsströme.

Die Breite und Tiefe der Solidarität in der Nürnberger Region wäre undenkbar gewesen ohne das starke Engagement der hiesigen Presse. Das Fast-Monopol haben hier die „Nürnberger Nachrichten“. Auch die konkurrierende, rechtsstehende „Nürnberger Zeitung“ ist im Besitz des Verlegers Bruno Schnell. Er hat beide von

seinem Onkel Dr. Joseph Drechsel geerbt, der 1945 als KZ-Überlebender die Lizenz erhielt. Dieser war Antifaschist und Mitglied des Niekisch-Kreises. Bei verschiedenen geschichtlichen Ereignissen sah er sich veranlaßt, mit der Wucht seiner Zeitung einzugreifen. Das war damals so für Heinemanns GVP, gegen die Wiederaufrüstung, gegen den NPD-Aufmarsch in Nürnberg 1969 und gegen den Vietnam-Krieg. Sein Neffe Bruno Schnell, wie sein Onkel ein sehr engagierter und sozialer Unternehmer, läßt mit wenig Rücksicht auf Anzeigenkunden kaum eine Gelegenheit aus, um gegen den „Raubtierkapitalismus“ – wie er es sieht – zu Felde zu ziehen. Im Fall AEG hat er nun, man kann schon fast sagen kampagnenartig, Stellung für die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter bezogen. Wochenlang wurde über viele Seiten berichtet und entsprechend kommentiert, die „Heuschrecken“ und die Macht der Konzerne angeprangert. Das hat gewaltig zur Mobilisierung gegen die Schließung des Nürnberger Werks beigetragen. Unter dem Mantel einer Solidaritätsspende der NN/NZ – Beschäftigten legte der Verleger den „Rest“ drauf, um die Streikenden mit 10.000 € zu unterstützen. Eine ganzseitige Anzeige, vom Verlag bezahlt, tat das der Öffentlichkeit kund. Es gibt eben in der Politik immer wieder mal was Überraschendes, neben dem Allgemeinen das Besondere.

### Eine Politiker-Wallfahrt nach Nürnberg

Je mehr die Medien, auch das Fernsehen, den Kampf um die AEG-Arbeitsplätze bundesweit bekannt machten, um so mehr schalteten sich Bundes- und Landespolitiker ein und reisten an zum Nürnberger Streikzelt. Den im Ausstand befindlichen AEGlern war jeder Besuch recht, wenn die „Parteigrößen“ nur ihren Streik verbal unterstützten und einen 50 €-Schein daließen; je schärfer die Töne, desto größer der Beifall. Daß die starken Sprüche nur zu oft deren konkretem politischen Handeln widersprach, wurde überhaupt nicht hinterfragt. Ist bei den Streikenden so wenig politisches Bewußtsein und Wissen vorhanden? Wahrscheinlicher ist, man will es nicht wissen. Viele be-

schränken sich auf den eigenen Tellerrand! Es wurde auch nicht in Frage gestellt, warum die Politprominenz zu Beginn der fast siebenmonatigen Auseinandersetzung noch keine Notiz nahm, als ein Protest auf höherer Ebene vielleicht noch mehr hätte bewirken können. Nun stärkt es zwar die allgemeine Sympathie, wenn namhafte Politiker sich für die Sache der Streikenden erklären, macht aber auch die politische Wirrnis der AEG-Beschäftigten offensichtlich, da viele dieser Politgrößen in Wirklichkeit falsche politische Freunde sind. Es ist ihnen nicht abzusprechen, daß sie alle wollen, daß der Standort nicht geschlossen wird, oder die dort Beschäftigten eine möglichst große Abfindung erstreiten. Doch daß die Werkstätigen in der AEG und woanders nur das ausbaden, was auf höherer politischer Ebene die gleiche Prominenz mit zu verantworten hat, das ist der eigentlich groteske Widerspruch. Er wird entweder nicht durchschaut oder von den Funktionären der IGM unter den Tisch gekehrt. Ist es nicht Tatsache, daß jene

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE  
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In akt. Ausgabe (2/06) u.a.:

- ◆ Erasmus Grienkohl: »Eisbonbons statt Feuerzauber«, Tarifabschluss für Beschäftigte im Einzelhandel
- ◆ NaRa: »Eisbrecherarbeit im Wintermärchenland«: zum Streik im ÖD
- ◆ Wolfgang Rose: »Differenzierter Abschluss«, zur »Hamburger Lösung«
- ◆ NaRa: »Sicher ungesund«, immer mehr Menschen ohne Krankenversicherung in Deutschland
- ◆ Anne Alex: »Eingemachtes«, Jahresbilanz Hartz IV
- ◆ Fernando E. Gapasin / Michael D. Yates: »Gibt es Hoffnung?«, Fragen an die Arbeiterbewegung
- ◆ Boy Lühje: »Produktionsmodell China«: globale Produktion und neues Arbeitsregime

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

express

PF 10 20 62 - 63020 OFFENBACH  
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16  
Email: express-afp@t-online.de



nun lautstark Folgen beklagen, für deren Ursachen sie eindeutig mit verantwortlich sind? Diese Politprominenz gehört zu den Parteigängern des kapitalistischen Gesellschaftssystems, was auch die Akzeptanz von dessen Gesetzmäßigkeiten einschließt. Das beinhaltet in Zeiten größter ökonomischer Widersprüche auch die Fratzenseite dieser Ausbeutungsgesellschaft. Da kann man nicht einfach den „Raubtierkapitalismus“ abbestellen, weil er nicht gefällt. Es hat den Anschein, keiner der ins AEG-Zelt pilgernden SPD-Politiker hatte in dieser Hinsicht auch nur im geringsten ein Problem oder gar ein schlechtes Gewissen.

Der ehemalige SPD-Chef Hans Jochen Vogel war da, der stellvertretende Bundestagsfraktionsführer Stiegler, dazu Pronold, Staatssekretär MdB Gloser, Bayerns Landtags-Fraktionsführer Maget, Oberbürgermeister Maly usw. Der Besuch des SPD-Generalsekretärs Hubertus Heil wurde in der Streikzeitung Nr. 16 groß aufgemacht. Der „Hubertus“ sparte nicht mit großen Worten: „600.000 rote Brüder und Schwestern stehen hinter eurem Kampf“. Da kann man nur sagen, ach, wenn sie nur „rot“ wären. Aber halt, Selbstkritik schafft Glaubwürdigkeit. Wie sagte doch der Generalsekretär: Die SPD habe in der Vergangenheit einige politische Fehler begangen. Aber damit müsse jetzt Schluß sein. Also nur „Fehler“ sollen es sein. Das Mitregieren bei Frau Merkel schaut aber anders aus. Daß sich Vizekanzler und Merkel-Partner Müntefering kurz nach seiner „Rente-mit-67“ Provokation hertraute und ungeschoren wieder gehen konnte, auch das zeigt den politischen Tiefstand der deutschen Arbeiterbewegung an. Müntefering ließ eine ganze Anzahl hohler Sprüche los: „Mit dem Ziel der absoluten Gewinnmaximierung werden Arbeitsplätze vernichtet.“ „Das ist mit mir und der SPD nicht zu machen.“ „Arbeitnehmerrechte werden nicht geschleift in dieser Regierung.“ „Ein soziales Europa darf kein Sozial- und Steuerdumping bedeuten.“ Man meint im falschen Zug zu sitzen – wer hat denn sieben Jahre lang die letzte Regierung geführt? Wer hat die Arbeiterklasse

mit der Agenda 2010 heimgesucht, ihr Hartz IV aufgebrummt, die große Steuerumverteilung zugunsten der Reichen fortgesetzt, war das nicht die Schröder-Regierung, bei Billigung der Grünen und der Union? Und, was die Große Koalition angeht, da könnten uns nach den März-Wahlen noch die Augen übergehen, was die „Arbeitnehmerrechte“ angeht. Rentenkürzung, Gesundheits-, „Reform“, Pflegeversicherungs-, „Reform“ usw., das wird mit der SPD und Müntefering sehr wohl zu machen sein, das beweist die Vergangenheit. Und was auch die von der Schließung des AEG-Werks Betroffenen schmerzlich beschneiden wird: Mit Hilfe der SPD wurde die volle Besteuerung der Firmenentschädigungszahlung eingeführt, was im Einzelfall 20 – 30% Minderung ausmachen kann. Haben sich die Streikenden bei Müntefering dafür bedankt?! Es war Engelen-Kefer, die im Streikzelt noch mal angesprochen hat, daß der Staat ja mitverdient bei so einer Schließung und daß die Unternehmer die Kosten der Arbeitsplatzverlagerung von der Steuer absetzen können. Nun weiß man wenigstens, wie man mit solchen Kritikern umgeht, die die Wahrheit ans Licht bringen: Als zweite DGB-Vorsitzende wird Engelen-Kefer demnächst gestürzt. Übrigens haben z.B. im Aufsichtsrat der noch im Mehrheitsbesitz der Bundesregierung befindlichen Telekom alle Aufsichtsräte aus den Koalitionsparteien, also auch aus der SPD, der Entlassung von 32.000 Beschäftigten zugestimmt. Wie lange dauert es noch, bis die Arbeiter Münteferings Lügen durchschauen?

Im bayerischen Landtag scheiterte der Antrag einer ausdrücklichen Mißbilligung der Betriebsverlagerung an der CSU-Mehrheit, sie wurde nur „bedauert“. Bundeswirtschaftsminister Glos, CSU, hat sich bei der EU „beschwert“ und verlangt Betriebsverlagerungen *künftig* von EU-Förderungen auszuschließen. Heiner Geißler, der CDU-Außenseiter, sagte zu den Streikenden: „Die AEGler, die um ihre Existenz kämpfen, haben recht.“ Noch schärfer die Vertreter der Linkspartei bzw. WASG. „Eine verantwortungslose Verbrecherbande“ nannte Klaus Ernst die Kapitalisten von Electrolux. Scharfe Worte, die aber verschleiern, daß diese nur nach der ka-

pitalistischen Logik handeln. Lafontaine legte los wie nie zuvor.

Gegen den „Irrsinn eines immer hemmungsloser agierenden Raubtierkapitalismus“; gegen „Heuschreckenfonds“, gegen „das Streben nach Kapitalrenditen von 25%“ – eine „Kriegserklärung an die Gerechtigkeit“ sei das. Er wettete gegen „die Umverteilung von unten nach oben“ und gegen „das weltweite Spielcasino der internationalen Finanzmärkte“. Die Schließung profitabler Betriebe dürfe nicht ohne Zustimmung der Belegschaft erfolgen – denn die wirklichen Eigentümer, das sind die Leute, die ihre Lebensarbeit in diesem Betrieb stecken haben – nicht die paar Hanseln, die vor 100 Jahren mal ein paar Mark investierten.“ Es war ein Heimspiel für den Fraktionsführer der Linkspartei. Er wurde mit „donnerndem Applaus“ und „Oskar, Oskar“-Rufen gefeiert. Bei Lichte betrachtet hat sich aber seine Rede nicht viel von manchen linken Sozialdemokraten unterscheiden, denn das kapitalistische System als solches wurde auch von Lafontaine nicht in Frage gestellt. Damit bleibt vieles als Wortradikalismus im luftleeren Raum. Der Fall AEG ist eben kein Einzelfall, kein Ausrutscher, wie Lafontaine es sieht: „Sie müssen aufhören, in der Art zu wüten, wie sie es in Nürnberg begonnen haben“. Die Schweinereien der Kapitalisten wurden keineswegs in Nürnberg „begonnen“, sie wurden hier fortgeführt und auf die Spitze getrieben, da die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die Machtverhältnisse dies eben zulassen.

Mitte Februar gab es Beistand von zwei grundverschiedenen Seiten: Ein leibhaftiger Bischof begab sich ins Streikzelt und die Organisierten Autonomen gaben ihren politischen Einstand. Der Erzbischof von Bamberg, Ludwig Schick, nahm Partei für die Beschäftigten, ohne der Kapitalseite allzu weh zu tun. Immerhin spendete er 200 €, das vierfache von Lafontaine. Die Organisierten Autonomen konnten sogar einen Demonstrationszug mit etwa 250 Leuten zusammenstellen. Sie zogen vom Stadtteil Gostenhof ins Streikzelt und übergaben eine 1000.- € Spende.

Der CSU-MdB aus dem Wahlbezirk Rothenburg, Josef Göppel, for-



derte „eine andere Wirtschaftsansicht, die das Kapital so reguliert, daß Investieren und Desinvestieren, je nach Gutdünken und Renditeaussichten, beschnitten werden.“ Aus den Electrolux-Konkurrenzwerken in Italien, auch aus Porcia, traf nun doch noch eine Gewerkschaftsdelegation ein. Sie widersprach der Behauptung der hiesigen Geschäftsleitung, sie hätten die Geräteproduktion hochgefahren, um den Ausfall im Nürnberger Werk zu ersetzen. Am 27. Februar kam es noch mal zu einer beachtlichen Solidaritätsveranstaltung. Eine Delegation der IGM Küste überreichte den ansehnlichen Betrag von 5.500 €. Auch die Kollegen von Siemens VDO hatten 1.300 € gesammelt. Hans-Joachim Patzelt vom Sozialforum überbrachte 3.000 Unterschriften, von Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern gesammelt.

#### 40 Tage kämpferischer Ausstand

Seit dem 12. Dezember gab es nur sechs Produktionstage. Die Belegschaft der AEG nahm ihr „Informationsrecht“ in Anspruch, 2 Stunden täglich. 45 Versammlungen wurden abgehalten. In der ersten Streikwoche wurden 25.000 Geräte nicht produziert. Gestreikt wird Tag und Nacht mit Disziplin und Pünktlichkeit. Die Feldkantine versorgt täglich 1.200 Streikende. Ein Betriebsrat erklärt, dank des Streikgeldes hätte man höchstens 200 € weniger im Monat. Er versichert, wie viele andere: „Gestreikt wird bis zum letzten Tropfen“. Lange reagiert die Geschäftsleitung überhaupt nicht oder schickt nachgeordnete Manager in

ergebnislose Verhandlungen. Als Straberg den Manager Winkler dann beauftragt, wundert er sich: Ein so systematisches Lahmlegen habe es noch nirgends gegeben und noch nie so einen Aufstand wie in Nürnberg. Die IGM läßt eine zeitlang die Geschäftsleitung zappeln, lehnt eine Vermittlung Stoibers ab. Der Streik soll richtig wirksam werden, wehtun. Nach 3 Wochen fragen sich die Streikenden: wird Straberg mürbe? Es gibt ja keine Lieferungen mehr, die Lager mit Waschmaschinen, Trocknern und Geschirrspülern müßten sich leeren, da auch die Logistik in den Streik getreten ist. Werke in Italien und Polen sind auf Blechliefereien und auf Kunststoffteile aus Franken angewiesen. Auch bei den großen Kunden, wie Quelle und Karstadt, knirscht es schon. Bei Tevi in Nürnberg z.B. geht der Umsatz mit AEG-Produkten um 70 % zurück. Der Vertrieb aller Waren aus der AEG-Familie soll in Deutschland um 40% gesunken sein. Auch die Zulieferer geraten unter Druck. Die Geschäftsleitung versucht die Streikfront mit Falschinformationen und Spaltungsversuchen aufzubrechen: 500.000 Nürnberg zugeordnete Geräte würden schon an ausländischen Standorten gefertigt. In Italien und Polen gebe es schon Sonderschichten, 50 % der benötigten Ware würden schon von anderen Werken geliefert. Das wurde von Gewerkschaftsseite heftig abgestritten.

Daß der Ausstand zu wirken begann, zeigte des Konzernchefs Straberg Reaktion: Der IG Metall gehe es ohnehin nur darum, ihren Mitgliederschwund zu stoppen. Was jetzt passiere, sei ein „Symbolkampf“. Auch Kannegießer, Arbeitgeberpräsident Gesamtmetall, giftete, die Streikenden brächten den Standort Deutschland in Verruf. Daraufhin bezeichne-

te ihn der Leitartikler der „Nürnberger Nachrichten“ als „Brandstifter“. Im allgemeinen hielt sich aber das Unternehmerlager angesichts der Stimmung im Lande zurück.

Die finanziellen Vorstellungen liegen weit auseinander. Die IGM will ein Absicherungspaket, das etwa 400 Mill. € ausmachen würde. Dem stehen Electrolux-Zahlen von 100 Millionen € gegenüber und nicht drei Monatslöhne Entschädigung pro Jahr, sondern nur 0,7, was eine Begrenzung auf ca. 60 000 € durchschnittlich pro Beschäftigten bedeuten würde. Die Kosten für die Schließung möchte die IGM auf 700-800 Mill. € hinauftreiben, auch um sie für den Konzern unrentabel zu machen. Der Konzern hält an 230-250 Millionen fest.

Nach festgefahrenen Verhandlungen hat nach einiger Zeit Electrolux die Verhandlungen doch wieder gesucht. Was aber ein Zugeständnis sein sollte, fanden die Betriebsräte nur lächerlich. Z.B. sollte statt von 0,7 Monatslohn nun von 0,77 Monatslohn ausgegangen werden. Jetzt soll ein neutraler Vermittler die Verhandlungen wieder in Gang bringen. 400 Mill. müßten schon im Koffer von Manager Winkler sein, meinte die IGM. Gibt es keine ernstesten Angebote, „dann streiken wir eben weiter, drei oder vier Monate“, drohte der Bezirksleiter der IGM-Bayern Neugebauer. Solche starken Worte sollen wohl vergessen lassen, daß er im Vorfeld des Streiks bereits mit einem faulen Kompromiß liebäugelte: „Hätten wir ein Drittel nachgegeben, wäre ein Ergebnis in drei Stunden möglich gewesen.“ Electrolux drohte, das Werk schon 2006 statt 2007 ganz zu schließen, sollte keine Vereinbarung nach Strabergs Gusto zu erreichen sein. Streikleiter Jürgen Wechsler hielt da-



Das Ergebnis der Verhandlungen wird im Streikzelt bekannt gegeben.



gegen: Wenn Electrolux weiterhin mit Drohungen und Machenschaften arbeite, könne es zu einer Explosion bei den Streikenden kommen. Neugebauer wiegelte ab: „kriegsähnliche“ Zustände entsprächen nicht dem Stil der Gewerkschaften.

Ende Februar wurde weiter verhandelt, doch ohne Erfolg. Man kam überein, den ehemaligen CSU-Wirtschaftsminister Wiesheu als Vermittler zu bestellen. Der Forderung Winklers, die Auseinandersetzung über AEG-Servicegesellschaften zurückzustellen, wurde von der IGM entsprochen.

Einen Hintergrund für die harte Haltung der Electroluxleitung können vielleicht Spekulationen über Börsen- und Finanztransaktionen aufhellen. So soll der koreanische LG Electronics-Konzern eine feindliche Übernahme von Electrolux planen. Auch der US-Gigant Whirlpool soll in Electrolux einen Kandidaten sehen. Nach Vernehmen will Straberg dem zuvorkommen, indem Electrolux selbst Aquisitionen vornimmt, wozu große Finanzmittel notwendig sind. Straberg dazu: Es werde sich schon erweisen, daß „wir die Räuber und nicht die Beute sind“. Bei so einem „Spiel“ sind freilich die davon betroffenen Menschen in den Betrieben nur noch belanglose Figuren auf dem Schachbrett des großen Geldes. Ein in die Wege geleitetes Restrukturierungsprogramm soll bis 2008 nicht weniger als 2,7 – 3,7 Milliarden € einsparen.

### Eine offene Flanke

Im September vorigen Jahres verfügten die Chef-Manager die Aufspaltung der AEG in fünf G.m.b.H.'s. Neben dem Nürnberger Werk entstanden die Logistics G.m.b.H., Distriparts G.m.b.H. (Ersatzteillager), Vertriebs- und Service G.m.b.H. In den vier Letzteren arbeiten 800 Menschen. Ein Zweck der Ausgliederung war das Vorhaben einer Tarifflicht, weg von den höheren Tarifen der IGM. Der Anschluß an den Arbeitgeberverband Groß- und Außenhandel wurde vollzogen. Es geht darum, eine 38,5 Stundenwoche durchzusetzen und der Schritt ist mit Lohn einbußen bis zu 45 % verbunden. Ein Stapler-

fahrer z.B. müßte etwa 450 € einbüßen. Zeitgleich mit dem AEG-Streik versucht die IGM, bei diesen Dienstleistern eine Rückführung in die Metallbereichsbedingungen durchzusetzen. Zu diesem Zweck und als Druckmittel im Werksstreik wurde bei Logistics zur Urabstimmung mobilisiert. 90,7 % waren ein gutes Ergebnis und seit 27.1. begann der Streik auch im Nürnberger Hafen. 50-70.000 Geräte sollen in den Hallen liegen. Jede Auslieferung ist nun blockiert. Auch das Auslieferungslager Dormagen hat sich dem Streik angeschlossen. Die Betriebsleitung hat nun die Logistikfirma Zwenkau in Sachsen aufgetrieben. Man fragt sich bei der Nürnberger Belegschaft nur, mit welchen Geräten die dann bestückt werden soll.

Im Ersatzteillager Distriparts arbeiten 180 Kolleginnen und Kollegen, davon 111 in Nürnberg. Waren an einem Solidaritätsprotest für die Werkbelegschaft noch 80 von ihnen beteiligt, so verlief die Urabstimmung mit 77,7 % nicht nach Wunsch des kämpferischen Teils der dort Beschäftigten. Am 8. 2. hatte es nachmittags noch einen Warnstreik gegeben. Doch eine geplante Protestaktion der IGM ging in die Hosen: Vom Ersatzteillager beteiligten sich nur 70, von der Rothenburger Herdfabrik (1.300) nur 30 Metalller. Die Vorgesetzten im Ersatzteillager gingen durch die Werkhallen und übten einen gewaltigen Druck aus. Innerhalb der Belegschaft kam es zu bösem Streit. Die Angst vor dem Verlust des scheinbar noch sicheren Arbeitsplatzes ging um. Dabei stellt sich die Frage, wie lang noch die Arbeitsplätze in den vier Dienstleistungs-G.m.b.H.'s sicher sind, wenn das Werk einmal nicht mehr besteht. In einem offenen Brief erklärten sechzig Beschäftigte, sie fühlten sich vom Betriebsrat nicht mehr vertreten. Die Spaltung war da.

Auch in der Service G.m.b.H. kam es zum „Aufstand“ von ca. 40 Kundendienstlern, die in einem Leserbrief in den NN sich vom Kurs der IGM distanzieren und gegen deren kämpferischen Ton polemisierten. In der Electrolux-Herdfabrik in Rothenburg, ca. 60 km westlich von Nürnberg, brummt momentan das Geschäft. Dort arbeiten 1.300, darunter 180 Leiharbeiter. Dem Aufruf zu einer Solidaritätskundgebung mit den

Nürnberger Streikenden folgte nur eine Minderheit. Viele fürchten, von den Folgen des Streiks würden ihre Arbeitsplätze gefährdet. Manager Winkler beschuldigte den Streikführer Wechsler, er komme seinen Aufgaben als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender nicht nach. Er gefährde „kerngesunde Arbeitsplätze“, wie in Rothenburg. Zur selben Zeit wird berichtet, in Polen entstehe gerade eine neue Herdfabrik.

Nachdem Ende Februar die Verhandlungen zwischen den Nürnberger Streikenden und der Betriebsleitung begannen konkreter zu werden, hat die Werksleitung der Gewerkschaft zugesagt, die Umsetzung der neuen, schlechteren Arbeitsverträge bei den G.m.b.H.'s auszusetzen und die Gespräche vorerst auf das Nürnberger Werk zu konzentrieren. Die IGM war einverstanden, hat sich für sie doch dort eine offene Flanke ergeben.

Warenboykott und Käuferzurückhaltung kann unter Umständen zu einem zwiespältigen Kampfmittel werden. Für die Streikenden im Nürnberger Werk ergab sich daraus ein gehöriges Druckmittel gegenüber den Konzernbossen. Dagegen bangten die Beschäftigten an anderen Standorten und auch die der Dienstleistungsgesellschaften vor Kurzarbeit und Arbeitsplatzgefährdung.

### Ein schmerzlicher Kompromiß

Beide Seiten unterlagen nach über fünf Wochen Arbeitskampf dem Gesetz der Abnutzung. Der Konzern konnte kaum mehr liefern. In vielen Filialen von Saturn, Media-Markt und Makro-Markt z.B. konnten keine AEG-Großgeräte mehr angeboten werden. Es drohte der Markenname AEG bei den Kunden schwer an Ansehen zu verlieren. Welche finanziellen Verluste schon entstanden waren, wird man wohl nicht erfahren.

Auch bei den Streikenden nahmen die Abnutzungserscheinungen zu, vor allem wegen der Kälte und dem eintönigen Warten. Die Beachtung bei den Medien nahm ab und naturgemäß auch der Schwung der Solidarität. Für die IGM waren die Kosten beträchtlich angewachsen und hatten ein größeres Loch in die Kasse gerissen als gedacht. Auch inhaltlich war vieles klarer, es gab kei-



ne Hoffnung mehr, das Werk zu retten, auch nicht bei Fortsetzung des Ausstandes. Das Gefühl der Ohnmacht und Perspektivlosigkeit in der Belegschaft nahm zu, als sie erkennen mußte, daß die Kapitalisten in Stockholm ihre Übermacht brutal ausnutzen würden. Die Weigerung der Kollegen vom Ersatzteillager, den Kampf auch aufzunehmen, war ein Alarmsignal. Man durfte nicht versäumen, das Eisen zu schmieden, solange es noch heiß war und die Gewerkschaftsmitglieder der anderen Electroluxbetriebe nicht von der „Fahne“ gingen.

Ein Spitzengespräch Stoiber-Straberg-IGM in München war ergebnislos geblieben. Durch die Vermittlungen Wiesheus kamen endlich – nach fast sechswöchigem Streik – die immer wieder ins Stocken geratenen Verhandlungen in ein entscheidendes Stadium. Am 1. März kam es zum Durchbruch. 15 Stunden hatten die zähen Verhandlungen gedauert, bei denen Wiesheu mehrmals bei Straberg in Schweden telefonisch um Einverständnis ersuchen mußte. Das Ergebnis ist zwiespältig. Es beinhaltet Niederlage und Durchbruch gleichermaßen.

Streikleiter Jürgen Wechsler und Betriebsratsvorsitzender Dix mußten den schweren Gang zu den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen antreten. Die schmerzhafteste, aber längst erwartete Botschaft war: „Das oberste Ziel, der Erhalt der Arbeitsplätze in Nürnberg, konnte nicht erreicht werden, weil die politischen und rechtlichen Voraussetzungen in Deutschland dafür fehlen.“ Sie hätten noch hinzufügen können, daß der Erhalt des Werks auch deswegen nicht erkämpft werden konnte, weil die ökonomische Stärke von multinationalen Konzernen ein Übergewicht darstellt, das unter den gegebenen kapitalistischen System- und Machtverhältnissen auch mit einem noch so langen Streik nicht zu überwinden ist. Es bleibt also bei der Schließung zum

31. 12. 2007; bis dorthin wird mit abnehmender Belegschaftszahl weitergearbeitet. Electrolux wird danach in Deutschland nur noch mit 2.000 Arbeitsplätzen vertreten sein. Von der Schließung in Nürnberg könnten 700 Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben betroffen sein.

Der schwer erkämpfte Sozialtarifvertrag (nur für ihn durfte ja gestreikt werden) sei „der beste, der je abgeschlossen wurde“, sagte IGM-Chef Neugebauer. Er geht weit über den Infineon-Vertrag hinaus und erst recht über die Electrolux-Vereinbarungen im Werk Herborn. Manager Winkler bezifferte die Kosten für den Sozialtarifvertrag auf ca. 15 Millionen €. Die Schweden behaupten, sie hätten den vorgesehene Betrag für die Schließung von 240 Millionen € nicht überschritten. So, wie es aussieht, kann das auch eine Beruhigungspille für die Aktionäre sein.

Die Abfindungsregelung beträgt statt der angebotenen 0,77 nun 1,8 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr. Dabei kämen, hieß es, durchschnittlich 90.000 € pro Beschäftigten heraus – minus Steuer. Es kommt natürlich auf den Einzelfall an. Da gibt es „Altgediente“ mit 200.000 € und junge Hilfskräfte, die nur 12.000 € erhalten. (Die Regelung sieht vor, daß bei allen 666 € abgezogen werden.) Eine Pensionsregel für ältere Beschäftigte sieht eine Zuzahlung zum Arbeitslosengeld vor: Bei 53 bzw. 55 jährigen auf 81 bzw. 85 % des Nettolohns bis zum 63. Lebensjahr. Die Firma zahlt für eine Beschäftigungsgesellschaft (Mypegasus/6PQ) für ein Jahr 23,5 Millionen €. Eine Maßregelungsklausel verbietet Nachteile für die Streikenden.

Ein Erfolg wurden auch die Vereinbarungen für die Electrolux-Dienstleistungsgesellschaften. Für die Sparten Logistic, Service und Distriparts (Ersatzteillager) mußte die Geschäftsleitung die Tarifbindung an die Metall- und Elektroindustrie wiederherstellen. Das Wasser im Wein war die gewählte Form von vier Haustarifverträgen, wodurch voraus-

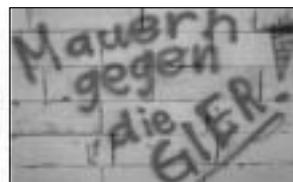
sichtlich geringere Tarifierhöhungen bis 2009 zu erwarten sind. (0,5%, 1%, 1,5% jährlich). Bei der Vertriebs GmbH bleiben einige Bereiche außerhalb der Metallbindung. Für alle vier gilt die 37 Stunden-Woche, plus 66 Stunden-Qualifizierungen im Jahr. Eine Standort- und Beschäftigungsgarantie geht bis zum 31.12.2009. Das gilt auch für das Werk Rothenburg, eine erfreuliche Lösung. In der Logistik werden 50 Stellen und im Service 15 Stellen abgebaut. Insgesamt dürfte das ein Kompromiß für die Electrolux-Gesellschaften sein, der tragbar erscheint.

In der Streikzeitung vom 1. März: „Ergebnis, das sich sehen lassen kann“ heißt es: „Nur durch den Streik konnte ein Sozialtarifvertrag durchgesetzt werden, der neue Maßstäbe in Deutschland setzt.“

### Ein Zeichen des Widerstands gesetzt

Der 2. Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, bezeichnete die Vereinbarung als „gutes Ergebnis unter den gegebenen Umständen“. Auch der Nürnberger DGB-Vorsitzende Stephan Doll stimmt dem zu, gibt aber zu bedenken: Einen Fehler dürften die Gewerkschaften allerdings jetzt nicht machen, nämlich den, nicht dranzubleiben am Thema. Schließlich sei der Erhalt der AEG nicht nur daran gescheitert, daß Electrolux knallhart das Ziel einer „menschverachtenden Gewinnmaximierung“ verfolgt hat, sondern auch deshalb, weil die Politik genau das ermöglichte. Doll forderte auch ein Streikrecht gegen Verlagerung.

Die „Nürnberger Nachrichten“ stellten abschließend fest: „Bleiben wird auch die Erinnerung an ein Lehrstück. Geschrieben hat es ein immer schamloser agierender „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt), der keine Verpflichtungen gegenüber gesunden Betrieben und den Arbeitnehmern kennt, sondern einzig Profitgier und Gewinnmaximierung. Immerhin haben die AEG-Beschäftigten ein





wichtiges Kapitel hinzugefügt: Ihr Kampf hat gezeigt, daß sich die Opfer des Shareholder Value nicht mehr klaglos vorführen lassen, sondern Widerstand leisten – ein Signal, das nicht übersehen werden sollte.“ (1.3.)

### Gespaltene Reaktionen

An anderer Stelle knüpft das bürgerliche Blatt daran an, was Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly als „einen Erfolg, der traurig macht“, bezeichnet hatte. „Der Vertrag mag manche Härten abfedern, beseitigen kann er sie nicht. Vor allem jüngere Beschäftigte müssen um ihre Existenz bangen, viele von ihnen werden schnurstracks in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.“

So war es kein Wunder, daß das Ergebnis des Abschlusses bei der AEG-Belegschaft unterschiedlich aufgenommen wurde, wenn auch die Zustimmung überwiegt. In den Grundzügen gibt es ja – in Anbetracht der gegebenen Machtverhältnisse – keine wirkliche Alternative. Die Einigkeit der AEGler, der Streikenden, aber auch der nicht aktiv Beteiligten, war außerordentlich. Es gab in den sechs Wochen keinen einzigen Streikbrecher, keinen Streit, keine ernstlichen Zwischenfälle. Die Gewerkschaft hat in diesem Kampf eine ganze Anzahl neuer Mitglieder aufnehmen können. Solidarität wurde gegeben und erfahren.

Mit dieser Einmütigkeit war es vorbei, als die Verhandlungsführer im prallvollen Streikzelt das Ergebnis des Abschlusses verkündeten. Es gab Beifall und es gab Pfiffe und Buhrufe. Vor allem wurde über die Höhe der zu erwartenden Abfindungen debattiert. Die einen schätzten sie als „absolut super“ ein – wer mehr erwartet hätte, sei kein Realist. Die anderen sahen sich schon auf der schiefen Bahn in die Arbeitslosigkeit und bei geringer Abfindung auf dem Weg in die Armut. Es gab auch Kollegen, die die Position der Streikenden überschätzt hatten und die bis zuletzt hofften, die volle Schließung des Werks verhindern zu können. So schimpften die Streikenden am Tor 4, meist Facharbeiter, zunächst auf das „Einknicken der Gewerkschaftsfunktionäre“, wie sie es sahen.

Die Fronten verliefen meist nach persönlicher Interessenlage. Wer schon lange im Betrieb gearbeitet hatte, wer beruflich dort eine bessere Position einnahm oder wer im bereits fortgeschrittenen Alter ist, der fand die Abfindung und Frühverrentung als einigermaßen befriedigenden Ausweg. Eine Anzahl der über 53-jährigen sieht sich durch die Vorruhestandsregelung benachteiligt und möchte eine Wahlmöglichkeit zwischen Abfindung und Vorruhestand. Sie fürchten mit der vorliegenden Regelung eine Minderung der späteren Rente um bis zu 400 – 500 €. Bei jüngeren, die erst einige Jahre in der AEG arbeiteten und bei ungelerten Geringverdienern sank die Stimmung in den Keller. Da nützte es auch nicht viel, wenn die IGM und der Betriebsrat betonten, sie hätten doch im Gegensatz zu anderen Betriebschließungen auch für Jüngere den 1,8 Multiplikator herausholen können. Doch für manche ist das Ergebnis eben zu mager, wie es das Beispiel einer 30-jährigen türkischstämmigen Arbeiterin zeigt. Wie lange kann sie mit einer Abfindung von etwa 9.000 € und später Hartz IV einigermaßen erträglich leben, wenn sie, der deutschen Sprache nur wenig mächtig, keinen Arbeitsplatz mehr bekommt? Im AEG-Stadtteil Muggenhof sind manchmal ganze Familien bei der AEG tätig. Sie trifft es besonders schlimm.

Die Frage ist, ob man auf Seiten der IGM-Verhandlungskommission aus sozialen und gewerkschaftspolitischen Gründen nicht zugunsten der schlecht abschneidenden Jüngeren eine Sonderregelung hätte aushandeln können, eventuell zu Lasten der großen Abfindungen. Viel Zeit dazu war freilich nicht mehr, drohte doch bei einem Scheitern der Verhandlungen ein Schlichtungsverfahren.

Die IGM-Tarifkommission stimmte der Vereinbarung mit 46 zu 4 Stimmen zu. Die Urabstimmung der Streikenden ergab eine 81% Zustimmung.

### Arbeitskämpfe stoßen an politische Grenzen

Das Durchhaltevermögen, die Einigkeit der sechs Wochen lang streikenden AEGler und das relativ gute Ergebnis beim Sozialtarifvertrag wer-

den dazu beitragen, das Gewerkschaftsbewußtsein und den Widerstandswillen in Deutschland zu stärken. Auch ging davon „ein Signal in den politischen Raum, aber auch in die bürgerliche Öffentlichkeit hinein“, stellte Streikführer Jürgen Wechsler zurecht fest. Die Solidaritätswelle war in dieser Breite und Stärke ein Novum. Die Vorbildfunktion dieses Ausstands gab Anlaß zu großen Tönen.

Nach Jürgen Peters, der die Streikenden besuchte, ging es auch um Grundsätzliches: „Ob sich der Raubtierkapitalismus durchsetzt, oder ob soziale Errungenschaften erhalten bleiben und ausgebaut werden. Ihr kämpft nicht nur für euch, für eure Interessen. Ihr kämpft für die Würde der Menschen.“

Nürnbergs IGM-Chef Gerd Lobodda sah gleich eine „Zeitenwende“. „Die Zeit, in der der Sozialstaat demontiert wird, ist vorbei.“ Solidarität sei das „modernste, was wir haben“. Schön wär's, wenn es so wäre. Aber man kann doch nicht übersehen, daß das Hauptziel des Streiks und Kampfes, die Werksverlagerung zu verhindern, gescheitert ist. Das ist eine ernste Niederlage, die ebenfalls, und zwar in negativer Art, ihre Wirkung haben wird. Denn sie bestätigt, was in vielen Fällen bereits zum Schicksal der dort Beschäftigten wurde: Schließungen und Verlagerungen der Konzerne sind im Allgemeinen mit den üblichen gewerkschaftspolitischen Mitteln nicht mehr zu verhindern. Sie sind auch mit reformistischen Mitteln nicht zu verhindern, mit einer „Ausweitung der Mitbestimmung“, einer „anderen Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik“, nicht mit einer „gewünschten Verlagerungsabgabe“, wie es die IGM-Vorsitzenden Peters und Huber vorschlugen. Mit Recht sagt dazu CSU-Wirtschaftsminister Huber, der ansonsten für die Streikenden keinen Finger rührte: „Die Politik hat bei solchen Entscheidungen nur eine sehr begrenzte Einwirkungsmöglichkeit“. Es ist eben nicht eine Frage der Zusammensetzung des Bundestages, ob sich an solchen einseitigen Kräfteverhältnissen zugunsten des Kapitals etwas ändert. Die Gesellschaftsordnung, das kapitalistische System selbst, ist es, das über Macht und Reichtum bestimmt. Nur über die Eigentumsfrage ist das

zu lösen. „Bevor die Konzernleitungen durch Verlagerung unsere Existenzgrundlage vernichten, müssen wir ihre in Frage stellen“, sagte dazu der ehemalige Betriebsratsvorsitzende des AEG-Werks ACC-Motors, Alfred van Daak. Auch Berthold Huber mußte einräumen, die Arbeitnehmer seien bei der „einstweiligen Übermacht der Kapitaleseite faktisch machtlos“. Wir „erleben eine neue Dimension der Erpressbarkeit“. Die IGM will verstärkt auf internationale Vernetzung setzen, auf gewerkschaftliche Zusammenarbeit, auf europaweite Konzernbetriebsräte. IGM-Vize Huber faselte von einer „neuen Form des Klassenkampfes“ und von „Auswüchsen“ des Kapitalismus“. Was daran neu sein soll, weiß nur Huber, und was längst üblich ist, können ja keine Auswüchse mehr sein.

Ob der AEG-Streik „erst der Anfang einer großen Protestlawine“ ist, wie der NGG-Sekretär Axel Peters im Streikzelt meinte, bleibt abzuwarten. Bei den hohen Kosten und dem großen Aufwand, die für den langen AEG-Streik notwendig waren, kann sich die IGM nicht viele solcher Arbeitskämpfe leisten. Ob er für andere Belegschaften animierend oder abschreckend war, ist auch noch nicht ausgemacht. Es war keine Niederlage, wie 1954 in Bayern oder wie 2003 der Oststreik. Viele von der Belegschaft in Nürnberg fürchten sich vor dem Streikende und was dann sukzessive auf sie zukommt. Arbeiterin Hülyat Özkan (46) ist resigniert: „Nach der Entlassung, da ist jeder ganz allein“. (NN)

### Der AEG-Streik – ein gesellschaftspolitischer Anschauungsunterricht

Die Belegschaft, die Betriebsräte und die Gewerkschaftsfunktionäre können stolz auf ihren Arbeitskampf sein, in dem das gewerkschaftliche Bewußtsein gestärkt wurde. Das politische Bewußtsein jedoch wurde nur in jener Hinsicht gefestigt, die den Gegensatz von Kapital und Arbeit ihrer konkreten Lage nach hervortreten ließ. Kaum einer stellte dabei die System – oder die Eigentumsfrage. Die Illusi-

on, die von allen Politikern, die die Streikenden besuchten, geschürt wurde, die Politik und der Staat könnten doch noch die Rückkehr zu einem sozialeren Kapitalismus bewirken, ist noch nicht zu überwinden. Und doch hatte dieses, besonders in der Region politisierende Ereignis und das Aufsehen, das der Arbeitskampf erzeugte, einen vorwärtsweisenden politischen Charakter.

Sprach man früher nur von der „sozialen Marktwirtschaft“, so änderte sich das nach den sozialen Attacken und dem Verfall des Wertes der „Ware Arbeitskraft“, als die herrschende Kapitalistenklasse auf die „Gefahr“ des Kommunismus keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchte. Nach den neoliberalen Angriffen der Regierungen Kohl und Schröder auf den sozialen Standard der Arbeiterklasse ist das allgemeine Bewußtsein einen kleinen Schritt weiter. Vorsichtig noch, wie z.B. bei Nürnbergs OB Maly: „Hier zeigt sich die kalte Seite der Marktwirtschaft, die wir nicht wollen.“ Oder Berthold Huber, der auch nicht in die Tiefe dringt: „Wir haben es mit einer Radikalisierung des Kapitalismus zu tun, die sich auch an konkreten Personen wie Hans Straberg festmacht.“ Während des Streiks wurde in der Öffentlichkeit rundum nur noch vom „Raubtierkapitalismus“ gesprochen. Gerade bringt die Illustrierte „Stern“ eine Sonderserie über „Die Geschichte des Kapitalismus“ heraus. Es wird

zumindest etwas kenntlicher, in welcher Gesellschaftsordnung wir leben. In den Nürnberger Nachrichten waren fast jeden Tag Artikel mit Anklagen gegen den „Raubtierkapitalismus“ zu lesen. „Exzesse eines nur noch brutalen Kapitalismus“, hieß es da zum Beispiel. Deutlicher waren solidarische Studenten, die Brennholz an die Werkstore brachten. Auf dem Holz stand: „Kapitalismus abfackeln“. Auf einem Transparent aus Fürth war zu lesen: „Die Hans-Böckler-Schule solidarisiert sich mit den Streikenden der AEG. Kapitalismus nicht um jeden Preis!“

Die Entwicklung des Klassenbewusstseins hat also erst verstreute und zaghafte Ansätze aufzuweisen. Davon muß realistischerweise ausgegangen werden. Vor allem die Tarifaueinandersetzung der IGM-Metall wird zeigen, wie es weitergeht und ob der AEG-Streik dem Widerstandsgeist anhaltend Auftrieb gegeben hat.

Nachtrag: Nach der Wiederaufnahme der Arbeit fanden auch bei der AEG die Betriebsratswahlen statt. Der Betriebsratsvorsitzende Harald Dix wurde mit 76% wiedergewählt.

*Der Artikel wurde Anfang Januar begonnen und fortlaufend weitergeführt.*

*Die Gruppe hat eine Spende im Streikzelt abgegeben.*



# Neue Regierung – Neue Politik?

„Die Herausforderung für Europas Politiker besteht darin, die Bürger zu beruhigen, ohne auf Reformen zu verzichten.“

Alexander Hagelüken in der Süddeutschen Zeitung v.18/19. 2. 2006, S. 25

Die neue Regierung will den Anschein erwecken, als wolle die Große Koalition weniger rabiaten Sozialabbau betreiben als ihre rot/grüne Vorgängerin. Die wichtigsten „Reform“vorhaben wurden in der Koalitionsvereinbarung ausgeklammert: Renten-, Pflege- und Krankenversicherung. Bis zur Erhöhung der Umsatzsteuer ist es noch ein Jahr hin. Die große Steuerreform wird frühestens 2008 in Kraft treten. Ein Vorstoß Ulla Schmidts, SPD, zum Abbau von Leistungen der Krankenversicherung wurde (vorerst) abgewürgt. Ihre Vorschläge zur „Reform“ will sie Ende März/Anfang April d. J. vorlegen. Inoffizielle Informationen zum Inhalt ihrer Vorlage, die z. Zt. die Medien verbreiten, sind wohl eher als Vorgeplänkel für die Koalitionsverhandlungen zu werten. Daß es auf kräftige Belastungen für die Versicherten hinauslaufen wird, scheint aber sicher zu sein.

Verteilung von Wohltaten war angesagt. Die photogene Familienministerin von der Leyen durfte Verbesserungen bei der steuerlichen Anrechnung von Kindererziehungskosten verkünden, was sie so holdselig tat, daß nur wenig auffiel, wie sehr gutverdienende Eltern mit hoher Steuerprogression gegenüber denen mit geringeren Steuersätzen bevorzugt werden, während Väter und Mütter mit Einkommen unter den Freigrenzen wie z. B. Arbeitslose oder 1-Euro-Jobber ganz leer ausgehen und auf die bis jetzt geltenden Kindergelder von 154,- Euro/Monat und Kind beschränkt bleiben.

Von der Einführung allgemeinverbindlicher Mindestlöhne ist die Rede. Konkrete Angaben vor allem über deren Höhe gibt es nicht. Sie könnten den Trend zu Niedrigstlöhnen z. B. im Hotel- und Gaststättengewerbe, Reinigung und einfachen Dienstleistungen begrenzen. Von der angekündigten „Reichensteuer“ ist nichts mehr zu hören.

Die Kanzlerin reist durch die Welt und schafft es bis jetzt Harmo-

nie – außer gegen den Iran – zu verbreiten. Sie macht überall einen guten Eindruck – vor allem bei der Bush-Administration; da darf sie auch mal sanft kritisieren. Sie findet Kompromisse beim EU-Haushalt, die deutsche Steuerzahler ca. 2 Mrd. Euro/Jahr kosten (was im Rahmen bisheriger deutscher Politik bleibt). „Terrorbekämpfung“ ist populär u. a. deshalb, weil sie sich mit der verbreiteten Ausländerfeindlichkeit und Islamfurcht gut vereinbaren läßt. Über Hausdurchsuchungen bei Journalisten oder die Aufweichung des Folterverbots regt sich niemand sonderlich auf. Pressefreiheit und Menschenrechte (auch im bürgerlichen Sinn) gehören nicht mehr zum „mainstream“ und sind deshalb langweilig. In München prügelt die Polizei die Demonstranten gegen die „Sicherheitskonferenz“ wie jedes Jahr. Alles freut sich auf die Fußball-Weltmeisterschaft. Die Welt ist in Ordnung.

Wirtschaftsweise und Industrie sagen das Ende des Pessimismus und der Miesmacherei an, was die Medien begeistert aufgreifen. Die Konjunktur wird sich angeblich beleben, die Arbeitslosigkeit abnehmen, die Konsumenten kaufen im Dezember pflichtbewußt ein – aber auch nicht mehr als in den Vorjahren (vgl. Grafik 1).

Woher so viel heile Welt? Die neoliberalen Parteien CDU/CSU,

SPD, FDP und Grüne, die bei der Bundestagswahl insgesamt gerechnet Einbußen an Wählerstimmen hinnehmen mußten, halten sich vor den wichtigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 26. 3. 2006 bedeckt. Nur keine neuen Einbrüche in der Wählerguns! Nur kein weiterer Erfolg für die Linkspartei bzw. WASG!

Die ökonomischen Ursachen der bisherigen Politik des Sozialabbaus sind aber geblieben. Große Teile der Industrie (vor allem Maschinenbau) sind trotz der angeblich zu hohen Löhne und Lohnnebenkosten durchaus konkurrenzfähig, wie die hohen Exportüberschüsse beweisen. Doch der Massenkonsum ist bisher rückläufig (vgl. Grafik 1a). Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit (über saisonale Einflüsse hinaus) ist nicht zu erwarten. Doch das beeindruckt die Wirtschafts„weisen“ wenig. Es beeinträchtigt ebensowenig – allenfalls vorläufig (?) ein wenig gebremst – die Ideologie des Neoliberalismus. Das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapital hat sich durch die Wahlergebnisse vom 23. 9. 2005 nicht so verändert, daß allein deshalb eine nennenswert andere Politik auf reformistischer Ebene notwendig würde.

Wenn schon über Probleme geredet wird wie bei der Rentenversicherung, dann so, daß die Folgen für Rentner und Versicherte scheinbar in weiter Ferne liegen.



Grafik 1



Grafik 1a

## Weiterer Sozialabbau

Das Grundproblem der Sozialversicherung liegt (wie in dieser Zeitschrift schon mehrfach begründet) auf der Einnahmeseite in der stetigen Abnahme der Bezugsbasis (der Löhne), von der die Beiträge berechnet werden. Auf der Ausgabeseite wächst die Zahl der Rentner und der Aufwand für Heil- und Pflegekosten.

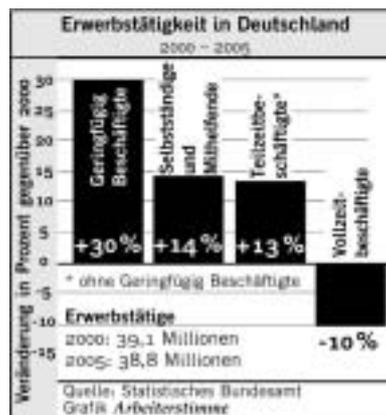
Die Lohnquote (der Anteil der Lohnkosten am Bruttoinlandsprodukt) nimmt seit Jahrzehnten ab. In der industriellen Produktion liegt der Lohnanteil mittlerweile zwischen 17% und 18% der Umsätze. Die Ursachen sind einmal der Rückgang der Reallöhne durch „moderate“ Tarifabschlüsse (vgl. Grafik 2), der Wegfall außertariflicher Zulagen bzw. überdurchschnittlicher Tariflöhne (wie z. B. bei VW), zunehmend auch im Wegfall von Vollzeitarbeitsplätzen zugunsten „prekärer“ Arbeitsverhältnisse (vgl. Grafik 3); zum andern die hohe Arbeitslosigkeit durch ständige Rationalisierung (Ersatz lebendiger durch tote Arbeit) und die verschärfte Konkurrenz der Lohnarbeiter gegeneinander, die dem kapitalistischen Produktionsverhältnis immanent ist und durch die Globalisierung zusätzlich angeheizt wird. Die Arbeitslosigkeit ermöglicht dem Kapital zudem erhöhte Intensivierung der Arbeit, was den relativen Mehrwert erhöht und weitere Arbeitskraft freisetzt. Außerdem erleichtert sie die Einrichtung von Billigarbeitsplätzen, die Vollzeitarbeitsplätze verdrängen und die Lohnquote zusätzlich drücken. Die tatsächliche Arbeitszeit nimmt zu: Einmal durch betriebliche Erhöhungen (z. B. Siemens Handy-Bereich u. a.); zum anderen durch gemeldete Überstunden und wohl noch mehr durch „freiwillige“, d. h. unter der Angst um den Arbeitsplatz stillschweigend geleistete unbezahlte Mehrarbeit.

Ein reformistischer Ausweg aus dem geringeren Beitragsaufkommen für die Sozialkassen wäre die Anhebung der prozentualen (paritätischen) Beitragssätze auf die Löhne und/oder die Einbeziehung der Rationalisierungseffekte in die Beitragsberechnung. Bürger- oder Bürgerrentenversicherung wie z. B. in der Schweiz könnten erwogen werden. Doch kommt es hier sehr auf die Aus-

gestaltung an. All dies würde nicht nur auf den entschiedenen Widerstand des Kapitals, seines Staates und seiner Medien stoßen. Es würde tendenziell Kapitale aus der Produktion in Deutschland abfließen lassen, da andere Länder geringere bzw. gar keine „Lohnnebenkosten“ für soziale Zwecke erheben.



Grafik 2



Grafik 3

Kapital wird in der Produktion nur dort angewendet und damit Arbeitskraft in Funktion gesetzt, wo mindestens eine durchschnittliche Profitrate zu erreichen ist.

Manche beklagen dies als unsoziale Härte oder Unmoral – doch Kapitalverwertung hat nichts mit Moral, Heuschrecken oder sonstigen Gefühlsduseleien zu tun.

Es ist klar, daß die Drohung mit Betriebsverlagerungen ins angeblich billigere Ausland häufig nur leere Drohung ist. Auch wo sich die Verlagerung für das Kapital lohnt, gibt es Reibungsverluste. Trotzdem stehen ökonomische Fakten hinter dem Konkurrenzverhältnis der Lohnarbeiter gegeneinander. Es wäre sinnlos, die Augen davor zu verschließen.

Sinnlos sind – auch unter dem Gesichtspunkt der Lohnkonkurrenz – Zugeständnisse der Gewerkschaften bei Löhnen und Sozialeinkommen. Das Niveau z. B. indonesischer Lohnkosten wäre nur um den Preis von Massenarmut in für uns unvorstellbarem Ausmaß erreichbar. Nur durch internationale Zusammenarbeit von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen können Löhne und Sozialleistungen so angehoben werden, daß auch in den Industrieländern der Trend nach unten gestoppt werden wird.

Die Ausgabeseite der Sozialversicherungen wird durch erhöhten Aufwand durch die wachsende Zahl der Rentner und durch Fortschritte der Heilkunst belastet. Letztere bieten Kapitalen wie der Pharma- und der Industrie für medizinische Geräte die Chance auf Extraprofite. Der deutsche Staat ermöglicht beiden Branchen Preise, die nach den USA die höchsten in den entwickelten Industrieländern sind. Daran ändert das neue Sparpaket für Arzneimittel nur wenig und das wenige ist nicht sicher. Auch dafür wird das Arbeitsplatzargument, d. h. „Standortsicherung“, herangezogen. Forschung und Entwicklung könnten nur durch derart hohe Preise finanziert werden. Das ist nicht nachvollziehbar. Länder wie z. B. Frankreich, die Schweiz oder Großbritannien haben billigere Medizin und mindestens genau so viel neue (bessere?) Medikamente.

Der Großen Koalition wird unter diesen ökonomischen wie politischen Voraussetzungen nichts weiter übrig bleiben als die bisherige Politik des Sozialabbaus fortzusetzen.

## Arbeitslosigkeit

Selbst von der Regierung bezahlte Gutachter kommen nicht umhin zu bestätigen, daß Hartz I bis III zur Senkung der Arbeitslosigkeit so gut wie nichts beitragen konnten. Unsere Leserinnen und Leser wird das nicht überraschen. Daß dies auch auf Hartz IV zutrifft, ist kaum zu bestreiten.

Obwohl durch statistische Tricks die Zahl der arbeitslos Gemeldeten heruntergerechnet wird, z. B. werden die 1-Euro-Jobber nicht als arbeitslos gezählt, haben wir das ganze Jahr 2005 keine ins Gewicht fallen-

de Abnahme der Arbeitslosigkeit gesehen. Im Januar und Februar 2006 liegt die offizielle Zahl wieder über 5 Millionen. Dabei spielen wie jedes Jahr natürlich saisonale Einflüsse eine Rolle. Aber mit einer deutlichen Verringerung der Arbeitslosenzahl ist selbst dann nicht zu rechnen, wenn das Wachstum des BIP tatsächlich etwas zunehmen sollte, wie es die „wirtschaftswissenschaftlichen“ Institute voraussagen. Die Rationalisierung läuft weiter und vernichtet Arbeitsplätze. Nur ein für die heutige Zeit gesättigter Märkte und stagnierender Masseneinkommen völlig unrealistisches Wachstum von über 4% könnte vielleicht zu erhöhtem Bedarf an Arbeitskraft führen.

Damit sind nach jetzigem System keine nennenswerten Einnahmesteigerungen der Sozialkassen zu erwarten. Die Arbeitsmarkt- und Sozialkürzungspolitik der letzten Regierung (mit Unterstützung der CDU/CSU-Opposition) ist gescheitert. Das heißt keineswegs, daß diese Politik geändert würde. Die Kürzungen für Langzeitarbeitslose unter 25 Jahren, die z. Zt. in Vorbereitung sind (wie immer das dann gestaltet werden wird), sind nur ein Beispiel dafür.

Das heißt: Weitere Rentenkürzungen (Renteneintritt mit 67 Jahren usw.), weitere Verlagerung von Versicherungsleistungen auf die Versicherten („Stärkung der Eigenverantwortlichkeit“) und/oder Kürzungen von Leistungen sind zu erwarten.

**Renten**

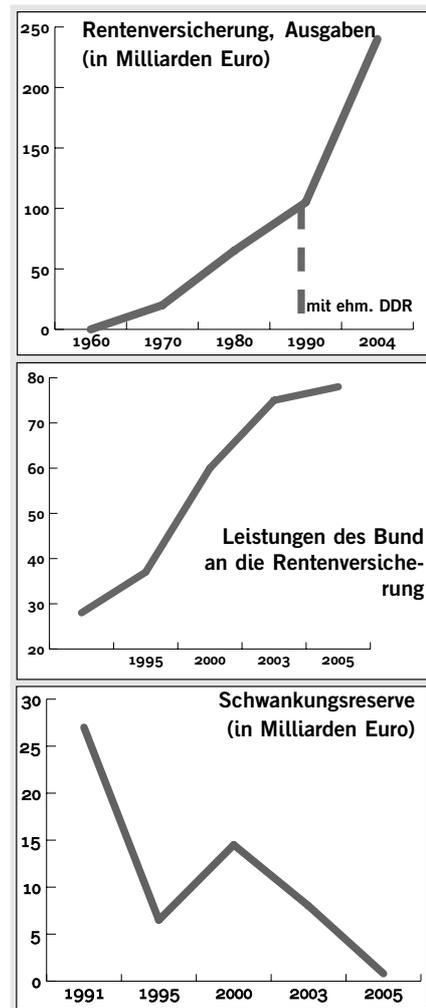
Die Zahl der Renteneinpfänger aus der gesetzlichen Rentenversicherung nimmt deutlich zu. Die Lebenserwartung steigt, den Unternehmen wurde bis in die jüngste Vergangen-

heit ermöglicht, sich auf Kosten der Renten- und Arbeitslosenversicherung von älteren (ab 55 Jahre) Beschäftigten zu trennen (vgl. Grafik 4). Das Etikett „Anhebung des Renteneintrittsalters“ (Die Süddeutsche Zeitung titelte: „Die Deutschen müssen länger arbeiten“) ist allerdings Augenschwänkelei. Die Unternehmer beschäftigen – Ausnahmen bestätigen die Regel – so gut wie keine Arbeitskräfte über 60 Jahre mehr. Wer über 40 oder bestenfalls 45 Jahre alt ist, zählt zum „Alten Eisen“ und hat kaum noch Chancen auf Einstellung – nicht einmal mit befristetem Arbeitsvertrag.

Der Gesetzentwurf ist Rentenkürzungspolitik für heute noch jüngere Beschäftigte und Arbeitslose. Wie bei allen, auch den weiter unten benannten Gesetzentwürfen bzw. Anläufen dazu, ist es z. Zt. nicht möglich die Ausgestaltung genauer vorherzusagen. Wie auch bei der „Rente mit 67“ schwirren Ausnahme- und sonstige Regelungen durch die Medien, von denen unsicher ist, inwieweit sie realisiert werden oder überhaupt ernst gemeint sind.

Münzfering kündigt zwar an, durch Qualifizierung die Beschäftigung älterer Kolleginnen und Kollegen fördern zu wollen, doch das ist nicht mehr als heiße Luft. Solange die Regierung keinen Unternehmer zwingen kann, Ältere einzustellen, wird sich an der jetzigen Praxis nichts ändern. Solange die Unternehmer jüngere Arbeitslose befristet und billig anstellen können, werden sie Ältere hinausdrängen und ganz bestimmt nicht einstellen.

Nominale Rentenerhöhungen gibt es seit 2 Jahren nicht mehr. Al-



Grafik 5

lein das ist ein realer Einkommensverlust für Rentnerinnen und Rentner. Dafür wurde die Beteiligung der Rentenkassen an Pflege- und teilweise Krankenversicherung der Rentner gekürzt. Auch das wirkt sich als realer Kaufkraftverlust aus.

Die jetzt (für 2005) anstehende erweiterte Rentenbesteuerung sollte zwar angeblich „aufkommensneutral“ sein, doch wird es bestimmt auf weitere Einkommensverluste bei einem Teil der Rentner/innen hinauslaufen.

Ob – wie die Regierung beteuert – nominale Rentenkürzungen in der Zukunft vermieden werden, bleibt abzuwarten. Nur wenn die Zuschüsse aus dem allgemeinen Bundeshaushalt deutlich erhöht würden, könnte die Rentenversicherung die laufend steigenden Ausgaben bestreiten. Das aber würde das Haushaltsdefizit weiter aufblasen (vgl. Grafik 5).



Grafik 4

Besonders dumm ist das „Argument“, es würden zu wenig Kinder geboren und deshalb gerieten die Rentenkassen in Schwierigkeiten. Aus dem Zusammenhang gerissene Horror-Berechnungen (nicht nur der BILD) machen die Runde, nach denen auf einen Rentner im Jahr 2050 nur noch ein Arbeitender käme (was ungefähr stimmen könnte). Doch das ist nicht das Problem. Die Renten (und andere Sozialausgaben) werden aus dem gesellschaftlichen Mehrprodukt finanziert. Bei fortdauernder Erhöhung der Produktivität erhöht sich auch dieses unabhängig davon, wieviel Menschen in einem Arbeitsverhältnis stehen. Hier scheinen mehr völkisch/nationalistische als ökonomische Vorstellungen vorzuherrschen.

Die individuelle Altersvorsorge mit staatlichen Zuschüssen soll den Rentnern einen Ausgleich schaffen. Welchen Rentnern? Nur Besserverdienende können nennenswerte Rücklagen für ihr Alter bilden. Das Finanzkapital ist erfreut. Ein größerer Kundenkreis kann gewonnen werden. Die Sparbeiträge werden auf den Kapitalmärkten angelegt und sind damit allen Risiken der Börsen ausgesetzt. Geringverdienern hilft auch eine verbesserte Riester-Rente nichts. Wer nur knapp über die Runden kommt, kann auch fürs Alter wenig oder nichts zurücklegen. Verschärfte Altersarmut wird die Folge sein. Doch das ist z. Zt. noch wenig spürbar.

Den Versicherungen der Politiker der Großen Koalition, die Renten wenigstens nominal nicht zu kürzen, ist sehr zu mißtrauen.

### Steuerpolitik

Die Erhöhung der Umsatzsteuer um 3 % wird sich, das geben selbst bürgerliche Publizisten zu, weit überwiegend zu Lasten der Lohnabhängigen, Rentner, Arbeitslosen und anderer Armer auswirken, ebenso die Erhöhung der Versicherungssteuer. Das Steuersystem der Umverteilung von unten nach oben wird also schon dadurch fortgesetzt.

Die Mehreinnahmen des Staates aus der Umsatzsteuererhöhung werden für 2007 auf 15,4 Mrd. Euro für den Bund und 6,7 Mrd. Euro für

die Länder geschätzt (lt. Süddeutsche Zeitung v. 14. 2. 2006).

Doch dabei bleibt es nicht. In den Koalitionsvereinbarungen ist auch eine Unternehmenssteuerreform festgelegt. Begründet wird diese u. a. mit der Kompliziertheit des heutigen Steuerrechts. Dieses soll vereinfacht und verständlicher gestaltet werden. Ein Grund, der sich zunächst mal einleuchtend anhört. Das Steuerrecht (nicht nur in Deutschland) ist kompliziert und in weiten Teilen nur für Fachleute verständlich. Das ist weitgehend erfolgreicher Lobbyarbeit der kapitalistischen Verbände zu verdanken. Eine Fülle von Ausnahmeregelungen (z. B. Kerosin u. v. a.), Steuersparmodellen (Medien, Schiffbau, Aufbau Ost u. v. a.) und nahtlose Anpassung der Bewertungsvorschriften (z. B. von Wertpapieren) an die Interessen z. B. der Versicherungsbranche haben für einen Wildwuchs gesorgt, der tatsächlich schwer zu durchschauen ist.

Ob diesem Mißstand durch eine Unternehmenssteuerreform abzuhelfen sein wird, an der die Unternehmerverbände auch weiterhin wesentlich mit, „arbeiten“, ist allerdings fraglich. Als erste Lobby hat die Stiftung Marktwirtschaft ein Konzept vorgelegt. Die „Wirtschaftsweisen“ folgten. Andere Vorschläge werden nicht auf sich warten lassen. Eine Umverteilung der Steuerbelastung von unten nach oben wird dabei mit Sicherheit nicht herauskommen.

„Das Vorhaben ist heikel, denn für die Wirtschaft, so viel zeichnet sich jetzt schon ab, wird wohl ein Steuernachlass herauspringen müssen.“ (Spiegel 5/2006, S. 70) Der Spiegel wird mit dieser Aussage wohl recht behalten. „Am liebsten würden die Reformer die Belastung der Unternehmen auf 25 % drücken. Davon ließen sie aber mit Rücksicht auf die maroden Staatsfinanzen wieder ab. Das Vorhaben hätte Steuerausfälle im zweistelligen Milliardenbereich zur Folge gehabt.“ (Spiegel 5/2006, S. 71)

Es wäre verfrüht, die Unternehmenssteuerreform heute schon im einzelnen zu kritisieren. Da wird sich vieles ändern und ausgehandelt werden. Daß diese „Reform“ einseitig das Kapital begünstigen wird, kann aber schon heute (auch ohne prophetische Fähigkeiten) festgestellt werden.

Bisher wird die künftige Steuerpolitik in den Medien fast völlig ausgespart. Die Mehrwertsteuererhöhung wird erst 2007, die Unternehmenssteuerreform frühestens 2008 in Kraft treten. Dann sind die Landtagswahlen 2006 vorbei. Linke Analyse sollte trotzdem schon jetzt auf die absehbare - wenn auch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in jeder Einzelheit genau bestimmbare - Fortsetzung der Politik des Sozialabbaus, der Umverteilung von unten nach oben hinweisen.

### Gegenbewegungen

Ich habe mich oben auf eine (sehr verkürzte) Sicht der heute erkennbaren sozialpolitischen Vorhaben der Koalitionsregierung und die zugrunde liegenden ökonomischen Tendenzen beschränkt. Das kann natürlich nicht heißen, daß diese **Tendenzen** unveränderbare Naturgesetze wären. TINA - „There is no alternative“ - ist ein Kampfbegriff von Neoliberalen - nicht von Marxisten. Politik ist in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eingebunden und von diesen abhängig. Bisher konnte die Opposition in der Bevölkerung nur Demonstrationen und Wählerstimmen gegen die Sozialraubpolitik anbieten. Das war und ist nicht unwichtig, reicht aber bei weitem nicht aus. Es scheinen sich aber wirksamere Kampfmethoden - zumindest in Ansätzen - herauszubilden.

An erster Stelle ist m. E. der international hervorragend organisierte Abwehrkampf der Hafentarbeiter zu nennen. Die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften der Hafentarbeiter besteht seit Jahren und hat sich nach anfänglichen Rückschlägen (Liverpool) offenbar gut eingespielt. Die Deregulierung in den Seehäfen der EU, die einheimische Docker durch Billigarbeiter der Reedereien verdrängen wollte, ist vorläufig verhindert.

An diesen Erfolg müssen die anderen Gewerkschaften anknüpfen. Der Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander kann nur gewerkschaftlicher Zusammenschluß entgegenwirken. Das war im 19. Jahrhundert auf nationaler Ebene der Fall - heute ist er international notwendig.

Auch gegen die Dienstleistungsrichtlinie der EU-Kommission (Bolkestein-Richtlinie) konnte internationaler Druck mobilisiert werden. Das Eu-

ropäische Parlament veränderte immerhin das Herkunftsland-Prinzip, das es Unternehmen erlaubt hätte, Arbeitskräfte in den nördlichen EU-Ländern nach Tarifen und Sozialleistungen eines Firmensitzes in Billiglohnländern der EU zu bezahlen, auch wenn dieser Firmensitz nur eine Briefkastenfirma gewesen wäre.

Es scheint zu gelingen, nennenswerte Teile der Arbeiterklasse von der Notwendigkeit des Abwehrkampfes auf internationaler Ebene zu überzeugen.

Auch die harte Haltung von Betriebschaften, deren Betriebe geschlossen werden sollen, ist bemerkenswert. Obwohl die Kolleginnen und Kollegen wissen, daß eine Sicherung ihrer Arbeitsplätze im bestehenden System nicht möglich ist, stand die Streikfront für bessere Sozialpläne bei Infineon und bei AEG Nürnberg hervorragend.

Daß die Konzerne nicht zur Fortführung der Produktion in München bzw. Nürnberg gezwungen werden konnten, lag und liegt an der fehlenden internationalen Organisation der Lohnarbeiter/innen. Doch auch die Verteuerung von Betriebsschließungen für die Konzerne ist ein Schritt in die richtige Richtung, sie hilft den Kolleginnen und Kollegen über die erste Zeit der Arbeitslosigkeit hinweg und ist allemal besser als resignatives sich abfinden.

Das sind natürlich alles defensive Kämpfe. Offensive Ansätze zu für die Lohnabhängigen positiven Reformen wie z. B. Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich sind z. Zt. noch wenig entwickelt. Noch weniger entwickelt ist das Bewußtsein der Notwendigkeit, das kapitalistische Produktionsverhältnis umzustürzen.

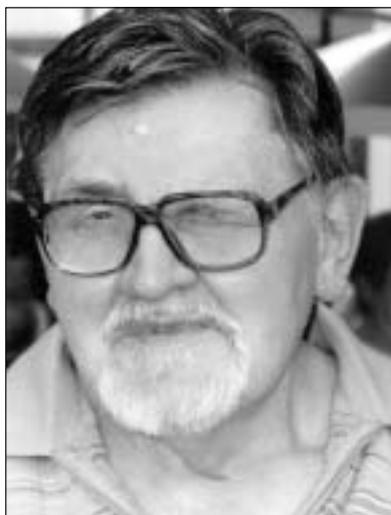
Doch der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst will wenigstens Erhö-

hungen der Arbeitszeit verhindern. Die IG Metall-Tarifrunde zeigt mit nur 5 % Lohnforderung nicht gerade offensive Qualität - das ist aber höher als in der letzten Tarifrunde.

Der Widerstand wächst. Allein das ist ermutigend und sollte weiter getrieben werden. Neben vielen Einzelkämpfen scheinen mir die Aktivitäten für eine bundesweite Großdemonstration gegen Sozialraub (voraussichtlich am 3. Juni in Berlin) unterstützenswert zu sein. Auch wenn wir einige der Forderungen in den Vorgesprächen für illusionär halten: Der neuen Regierung muß gezeigt werden, daß ihre alte Sozialraub-Politik auf steigenden Widerstand stoßen wird. Vor allem aber müssen sich die Kolleginnen und Kollegen ihrer Kraft bewußt werden, um diese Kraft dann über Demonstrationen hinaus zu entwickeln.

Stand: 14. 3. 2006

## Zum Tod des Genossen Manfred Behrend



Schon länger krank, starb Manfred am 15. Januar in Berlin im Alter von 75 Jahren. Krebsoperationen hatten ihn derart geschwächt, daß er einen Herzinfarkt nicht mehr überstand. Er wurde mitten aus seinem Schaffen gerissen, hatte noch so viele Pläne. Nur kurz vorher hatte er uns eine Buch-Rezension in Aussicht gestellt über „Anton Ackermann, Der deutsche Weg

zum Sozialismus“. Doch das Telefon wird künftig stumm bleiben – auf seine Briefe und Artikel warten wir vergebens. Gerade noch rechtzeitig hat er sein Buch fertigstellen können, an dem er so lange arbeitete: „Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei“, das nun im ISP-Verlag erscheint. Es war für ihn eine große Sorge, die ihn umtrieb, die PDS immer weiter nach rechts abdriften zu sehen. Die Einigkeit der Linken lag ihm am Herzen, wobei er andererseits die Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Bewegung als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansah. Auf diesem Gebiet sah er noch vieles als notwendig an, auch wir hätten ihn noch lange gebraucht.

Schon in der DDR-SED, wie auch nach dem Anschluß, zeichnete ihn aus, daß er – allen Schwierigkeiten zum Trotz – ein selbständig denkender, kritischer Marxist war und geblieben ist. Politische Offenheit unter Seinesgleichen und eiserne Grundsatztreue waren kein Widerspruch. Manfred kämpfte für

eine bessere Welt, für den Sozialismus und gegen dessen Pervertierung. Er war ein unerbittlicher Feind des menschenverachtenden kapitalistischen Systems, das Krieg und Faschismus im Gefolge hat.

Sein Lebensweg war nicht einfach. Er war gezeichnet von den Widersprüchlichkeiten in der kommunistischen Weltbewegung. Von seinem Vater, der in der Weimarer Zeit der KPD und dann der KPO angehörte, hatte er politisch einiges mitbekommen. Manfred lernt Messerschmied, beginnt sich später politisch zu engagieren und absolviert 1949 einen Lehrgang der Deutschen Wirtschaftskommission. Die Gesellschaftsordnung der DDR ermöglicht ihm von 1951-1953 ein Studium an der Arbeiter- und Bauernfakultät, anschließend bis 1957 an der Humboldt-Universität ein Diplom-Geschichtsstudium. Eine zeitlang war Manfred Nachrichtenredakteur des Berliner Rundfunks, bis er wegen verbotener Westbesuche entlassen wurde. Vorübergehend wurde er Verlagslektor, um dann in das „Deutsche

Institut für Zeitgeschichte“ zu wechseln. Daraus entstand später das dem ZK der SED unterstellte „Institut für Politik und Wirtschaft“ (IPW), dessen Veröffentlichungen auch manchen Sozialisten im Westen als Lektüre dienten. Nach dem Anschluß der DDR an die BRD konnte Manfred seine offizielle Arbeit nicht mehr weiterführen.

Bis 1967 war er Leiter und Mitautor der Arbeitsgruppe „Deutsche Geschichtskalender“. 1971 promovierte er mit einer Arbeit über Franz-Josef Strauß, mußte die Fertigstellung des Buches jedoch auf Anordnung des Parteiapparates 1975 beenden. Die Wahrheit über FJS zu verbreiten, hätte das Techtelmechtel der DDR-Regierung mit dem CSU-Vorsitzenden stören können. Das Buch erschien dann 1995 im ISP-Verlag.

Manfred setzte sich schon sehr früh mit den zunehmenden Widersprüchen in den Realsozialistischen Staaten und Kommunistischen Parteien auseinander. Bereits 1955/1956 nahm er unter einem Decknamen Stellung zu den Krisen, die damals im Ostblock aus-

gebrochen waren. Seine Artikel erschienen im Westen in der „Arbeiterpolitik“ und in „Die andere Zeitung“. Seine Spezialgebiete als Historiker und Journalist wurden der Konservatismus, der Rechtsextremismus in der DDR und nach der Wende, zusammen mit seiner Frau Hanna, die „Abwicklung“ der DDR.

Manfred wandte sich nun auch anderen Themen zu. Das zeigen z.B. seine Beiträge zu Rosa Luxemburg, Leo Trotzki und Heinrich Brandler. Die Aufklärung über die Rolle der Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg war ihm ein besonderes Bedürfnis. In mehreren linken Zeitschriften und Zeitungen, vor allem aber in der SOZ, „inprekorr“, „Hintergrund“ und in der „Arbeiterstimme“ trug er mit seinen Artikeln und Rezensionen zur Meinungsbildung und Diskussion bei.

Ein ansehnlicher Ausschnitt seines Wirkens, dem er mit Leidenschaft und Zähigkeit nachkam, ist im 2005 von Hanna Behrend herausgegebenen 541 Seiten starken Buch „Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns – In der Sicht eines

DDR-Chronisten“ enthalten. (Das Buch kann über unsere Adresse zum Preis von 14,60 € bestellt werden.)

Die deutsche Arbeiterbewegung und die kommunistische Bewegung hat einen unermüdlichen Streiter für den Sozialismus verloren, dem Doktrinisismus und Schemata ein Greuel waren; der daran festhielt, daß „nur die Wahrheit revolutionär ist“.

Die „Gruppe Arbeiterstimme“ hat einen Freund und langjährigen Mitstreiter verloren. Sein Wissen, seine Konsequenz, aber auch seine Liebeshwürdigkeit werden uns Vorbild bleiben. Manfred Behrend hat seit März 1991 stetig bei unserer Zeitschrift mitgearbeitet. Er ist auch in unserem Kreis mit Referaten hervorgetreten und hat mitdiskutiert, in Nürnberg, in Landshut und anderswo. In diesen 15 Jahren hat es wohl keine „Arbeiterstimme“ gegeben ohne seine Artikel, Analysen und Rezensionen. Sie zeichneten sich aus durch Sachkenntnis, Genauigkeit und auch Witz. Genosse Manfred hinterläßt eine Lücke. Wir wissen nicht, wie sie zu schließen ist.

## Eine Geschichte der PDS Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei

Die erste Gesamtdarstellung der Geschichte der PDS aus sozialistischer Sicht von 1989 bis zum Vereinigungsprozess mit der WASG 2005.

Mit der Umbenennung in Linkspartei.PDS und dem beschlossenen Vereinigungsprozess bis 2007 mit der hauptsächlich im Westen verankerten „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) ist die Entwicklung der PDS zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Der Autor zeichnet aus sozialistischer Sicht

minutiös die Geschichte der PDS nach und beleuchtet sie kritisch-solidarisch:

den schwierigen Prozess zu einer „modernen demokratischen sozialistischen Partei“ (1989/1993);

- die Etablierung als Parlamentspartei im Bundestag (1990/2005) und die Politik des „Ankommens“ in der bürgerlichen Gesellschaft;

- die programmatische Rechtsentwicklung hin zu sozialdemokratischen Positionen und die praktische Anpassung an neoliberale Kon-

zepte durch die Teilnahme an Landesregierungen im Osten (ab 1997).

*Manfred Behrend*

*Eine Geschichte der PDS Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei*

*ca. 192 Seiten, ca. 16,00 Euro ISBN 389 9001176*

*erscheint voraussichtlich März 2006*

*Von Manfred Behrend ist bei ISP lieferbar: Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie 368 Seiten, gebunden nur noch, 19,80 Euro ISBN 3-929 008-82-3*

Nachdruck aus



# „Damit Menschen in Würde leben können“

Interview mit Franz-Josef Möllenberg  
Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)

*Herr Möllenberg, am 7. März haben sie mit Ihrer Kollegin von der Gewerkschaft Ver.di, Frau Margret Mönig-Raane die „Initiative Mindestlohn“ gestartet. Was hat Sie dazu bewegt?*

Immer mehr Erwerbstätige Menschen leben in Deutschland an der Armutsgrenze, selbst wenn sie 40 Stunden arbeiten. Armutslöhne verstoßen gegen soziale Grundrechte und gegen die Menschenwürde. Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung erkannt hat, dass es Mindestregelungen im Niedriglohnbereich geben muss, um den freien Fall der Löhne zu stoppen. Mit der Initiative Mindestlohn wollen wir den Druck erhöhen, damit den Ankündigungen auch Taten folgen. Dazu laden wir Einzelpersonen und Organisationen ein, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu unterstützen. Der gesetzliche Mindestlohn soll eine eigenständige Existenz aller Beschäftigten oberhalb der Armutsgrenze sichern. Wer arbeitet, muss auch davon leben können. Deshalb setzen wir uns für einen Stundenlohn von 7,50 Euro mindestens ein, der dann schrittweise auf neun Euro erhöht werden soll.

*Wie viele Menschen würden von so einem gesetzlichen Mindestlohn profitieren?*

Längerfristig würde sich die Einkommenssituation von bis zu neun Millionen Menschen dauerhaft verbessern. So viele arbeiten heute in der Bundesrepublik schon im Niedriglohnbereich, 2,5 Millionen Menschen zu absoluten Armutslöhnen. Das heißt zu Löhnen von 1.442 Euro brutto (!) oder weniger. International üblich werden Löhne unter 50 Prozent des durchschnittlichen Brutto-Einkommens aller Vollzeitbeschäftigten als Armutslöhne bezeichnet. Das durchschnittliche Brutto-Einkommen liegt derzeit bei 2.884 Euro. Profitie-

ren würden vor allem Frauen: 70 Prozent der Beschäftigten, die zu Armutslöhnen arbeiten, sind weiblich. Betroffen sind besonders Beschäftigte in Kleinbetrieben und im Dienstleistungsbereich.

*Die NGG hat bisher einen gesetzlichen Mindestlohn von 1500 Euro brutto gefordert. Das entspricht einem Bruttostundenlohn in Höhe von ca. 8,70 Euro. Das wäre, so hat sie diese Forderung vor zwei Jahren begründet, eine Größenordnung mit der Armutslöhne verhindert werden könnten. Jetzt starten Sie eine Initiative mit der Forderung 7,50 Euro in der Stunde. Was hat sich in den letzten zwei Jahren geändert?*

Im Zuge des Umbaus des Sozialstaates und der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit gehen immer mehr Regelungen verloren, die soziale Mindeststandards sichern. Die Hartz-Gesetze haben den Druck auf die Arbeitslosen erhöht. Beispielsweise müssen nach der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung Arbeitssuchende zu Löhnen arbeiten, die unter 30 Prozent des tariflichen oder ortsüblichen Lohns liegen. Löhne von drei Euro und weniger sind demnach zumutbar. Ein-Euro-Jobs und Mini-Jobs verdrängen die reguläre Beschäftigung. Auf der anderen Seite nehmen Beschäftigte aus Angst um den eigenen Arbeitsplatz die Senkung ihres Einkommensniveaus in Kauf. Dies ist eine verhängnisvolle Abwärtsspirale. Deshalb läuft seit einigen Monaten ein sehr intensiver Diskussionsprozess um die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen, an dem sich inzwischen immer mehr politische Akteure beteiligen.

Mit 7,5 Euro Stundenlohn wäre ein moderater Einstieg in den Mindestlohn möglich. Er muss mindestens so hoch sein, dass netto bei einer Vollzeitbeschäftigung 980

Euro übrig bleiben. Das entspricht dem Niveau der Pfändungsfreigrenze. Steigen muss der Mindestlohn auf neun Euro, um die Armutsgrenze zu überspringen.

*Ihre Kollegen von der IG BAU haben vor kurzem eine Kampagne gestartet mit der Forderung von 10 Euro Bruttostundenlohn für die Beschäftigten in der Reinigungsbranche. Warum können sich die DGB-Gewerkschaften, bei einer so wichtigen Frage nicht auf eine gemeinsame Linie einigen?*

Die IG BAU hat einen Sonderstatus, weil für die Baubranche seit vielen Jahren bereits gesetzliche Mindestlöhne geregelt sind und die Bundesregierung beschlossen hat, das Entsendegesetz auf die Reinigungsbranche auszudehnen, also auch dort gesetzliche Löhne festzulegen.

Die Gewerkschaften haben in sehr unterschiedlichem Ausmaß mit Niedriglöhnen zu kämpfen. Vor allem im Dienstleistungsbereich, weniger im Industriebereich, werden oft sehr geringe Löhne bezahlt, zum Beispiel im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Bäckerhandwerk, im Friseurgewerbe oder im Sicherheits- und Bewachungsgewerbe. Hier ist es auch oft sehr schwierig, die Löhne und Gehälter tariflich anzuheben. Die Kampfkraft der Gewerkschaften ist auch unterschiedlich, um tarifliche Löhne, beispielsweise durch Streiks, durchzusetzen.

Einig sind sich aber alle DGB-Gewerkschaften, dass es in den Bereichen, für die es keine Tarifverträge gibt, eine untere Lohngrenze geben muss. Diskutiert wird derzeit, wie diese untere Grenze gestaltet wird.

*Die Kanzlerin möchte sich gerne verschiedene Modelle anschauen um sich später entscheiden zu können. Der Arbeitsminister möchte sich lie-*

**ber auf keine Zahlen festlegen. Glauben Sie, dass es zum 1. Januar 2007 überhaupt zum Mindestlohn kommt?**

Der Arbeitsminister hat den Auftrag, im Herbst einen Vorschlag auf den Tisch zu legen, um Mindeststandards im Niedriglohnbereich zu regeln. Wir erwarten, dass dazu auch ein gesetzlicher Mindestlohn gehört. Einen konkreten Vorschlag, wie dieser eingeführt werden kann – mit einer Anpassungsphase und der Einberufung eines nationalen Mindestlohnrats – haben verd.di und NGG in dieser Woche präsentiert.

**In den Unionsparteien wird über einen Mindestlohn in Höhe vom 4,50 Euro plus Kombilohn in Höhe von X diskutiert. Können Sie sich mit diesem Vorschlag anfreunden?**

Kombilohn und Mindestlohn sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Der Kombilohn wird diskutiert, um Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen. Allerdings sind alle bisherigen Modellprojekte für einen Kombilohn gescheitert, weil sie zu bürokratisch waren und nicht genutzt wurden oder dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet haben. letztendlich ist der Kombilohn ein Fass ohne Boden und nicht finanzierbar. Ein Mindestlohn muss eine eigenständige Existenz sichern und deshalb bei 7,50 Euro beginnen. Das ist ein anderer Ansatz.

**Sie haben einen unabhängigen „nationalen Mindestlohnrat“ vorgeschlagen der diesen Mindestlohn festsetzen soll. Wie können sich betroffene Kolleginnen und Kollegen in diese Diskussion einschalten bzw. mitbestimmen?**

Nach unserem Vorschlag sollen im Mindestlohnrat Arbeitgeber, Gewerkschaften und Wissenschaftler arbeiten und die Bundesregierung bei der Festsetzung des Mindestlohns beraten. Über ihre Gewerkschaften können sich Betroffene also beteiligen. In die Diskussion einschalten können sich Betroffene aber heute schon: Auf der Homepage [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de) kann jeder seine Situation darstellen, mit der Initiative Mindestlohn Kontakt aufnehmen und sie unterstützen.

**In einigen Ländern in denen solch ein Gremium existiert, gibt es auch negative Erfahrungen...**

In den 18 Staaten der Europäischen Union, in denen gesetzliche Mindestlöhne existieren, sind weder die Arbeitslosigkeit oder die Preise gestiegen oder wurden andere negative Erfahrungen gemacht. Nirgendwo war der Mindestlohn schädlich für die Beschäftigung. Im Gegenteil: Die Nachfrage wurde angekurbelt. Nach unseren Berechnungen könnten in Deutschland mit ei-

nem Mindestlohn 70.000 bis 200.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

**Wie wollen Sie die „Initiative Mindestlohn“ fortführen? Wie können Betroffene sich an dieser Initiative beteiligen, sie unterstützen?**

Wir werden die Initiative so lange fortführen, bis es in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Wir werden in öffentlichen Aktionen für dieses Thema sensibilisieren, aber auch mit den politischen Akteuren im Gespräch bleiben. Jeder und jede kann sich als Unterstützer an der Initiative beteiligen. Je mehr konkrete Beispiele wir für „Arbeit in Armut“ öffentlichkeitswirksam darstellen können, je größer wird auch die Betroffenheit und die Erkenntnis: Deutschland braucht den Mindestlohn, damit die Menschen in Würde leben können.



*Evrensel ist eine sozialistische Tageszeitung, die europaweit, vorwiegend auf türkisch, erscheint.*

*Evrensel, Hermann Beckerstr. 2,  
50668 Köln  
[www.evrensel.de](http://www.evrensel.de)  
[avrupa@evrensel.de](mailto:avrupa@evrensel.de)*

## Materialien des zweiten Leverkusener Marxismus Dialogs erschienen

In der Broschüre sind Beiträge zu den Themen: Parteienfrage und politische Unabhängigkeit; marxistisch-leninistische Parteitheorie und die Rolle des Räteystems; Räte und revolutionäre Partei; der Zustand der Arbeiterklasse und die Krise des »subjektiven Faktors«; Niedergang der bundesrepublikanischen Gewerkschaften; Lebens und Produktionsgemeinschaften; Alternativen zum Kapitalismus; Stärkung von Klassenbewußtsein und Klassenhandeln.

### Die Materialien des zweiten Leverkusener Marxismus Dialogs

Hsg. von: Gruppe Arbeiterpolitik, Gruppe Arbeiterstimme, Internationale Sozialistische Linke (ISL), Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal), den Redaktionen Sozialistische Zeitung (SoZ), junge Welt, Marxistische Blätter, Unsere Zeit.

*Erschienen im Neue Impulse Verlag GmbH, Essen 2005, DIN-A4, 32 Seiten*

*Die Broschüre kann über unsere Redaktionsadresse*

*gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro bestellt werden.*



Vorabdruck aus Arbeiterpolitik

## Berlin: Wir sind O&K, wir bleiben hier, dafür streiken wir!

**A**uch in Berlin ist die Bereitschaft von Belegschaften gewachsen, sich mittels Streik gegen die geplante Verlagerung der Produktion zur Wehr zu setzen. Das Vorgehen entspricht dabei der Taktik, wie sie bei AEG Nürnberg als auch in andren Konflikten der jüngsten Vergangenheit eingesetzt wurde: Mit der Aufstellung von tariffähigen Forderungen (Ergänzungstarifvertrag) wird der Rahmen geschaffen für einen legalen Streik durch die IG Metall. Die hohen Kosten, die bei einer Durchsetzung des Ergänzungstarifvertrags entstünden, und der zugleich entstehende öffentliche Druck sollen die Konzerne zur Rücknahme ihrer Schließungspläne bewegen. In Berlin wurde so schon bei der angekündigten Schließung des Bosch/Siemens/Hausgerätekwerkes (BSH) verfahren – mit Erfolg. Die angesetzte Urabstimmung und ein drohender Streik bewegten Siemens im Vorfeld der Bundestagswahlen, die beabsichtigte Verlagerung der Produktion zunächst auszusetzen (wir berichteten darüber in der Arbeiterpolitik Nr. 5/2005).

Seit dem 21. Februar 2006 befindet sich die Belegschaft der CNH Baumaschinenfabrik GmbH im Ausstand für einen Ergänzungstarifvertrag. Fiat, der Mutterkonzern von CNH, hatte im November vergangenen Jahres die beabsichtigte Schließung auf einer Betriebsversammlung bekannt gegeben. 500 weitere Arbeitsplätze wären in der schon stark dezimierten Berliner Metall- und Elektroindustrie vernichtet worden. Dabei verkörpert der Spandauer Baumaschinenhersteller ein Stück Berliner Tradition und Geschichte. Er wurde vor 130 Jahren, am 28. Januar 1876, von Benno Orenstein und Artur Koppel gegründet und existierte unter dem Namen O & K, bis er vor wenigen Jahren von Fiat aufgekauft wurde.



Seit November 2005 haben sich die Belegschaft und die Berliner IG Metall durch die verschiedensten Aktionen auf den bevorstehenden Streik vorbereitet. Die am 16. Februar 2006 stattgefundene Urabstimmung erbrachte bei einer Wahlbeteiligung von 96 Prozent eine Zustimmung von 92 Prozent für einen Arbeitskampf. Die Kernforderungen sind:

- Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen für 24 Monate unter Fortzahlung der Vergütung.
- Die Firma trägt die Kosten der Qualifizierungsmaßnahmen
- Eine Abfindung in Höhe von 3 Monatseinkommen pro Beschäftigungsjahr zahlbar brutto für netto zuzüglich eines Grundbetrages sowie eines Erhöhungsbetrages für Unterhaltspflichten und Schwerbehinderung.
- Für Auszubildende soll die Firma die Kosten für die Beendigung der Ausbildung in einem anderen Betrieb und die Kosten für die einjährige Beschäftigung nach der Ausbildung tragen, ersatzweise eine entsprechende Abfindung zahlen. (Website des Betriebsrates)

Anders als in Nürnberg, wo der Streik der AEG-Belegschaft zum Symbol für die gesamte Region wur-

de, gestaltet sich die Herstellung von Solidarität in Berlin schwieriger. Hunderttausende von Arbeitsplätzen wurden in den vergangenen 15 Jahren schon in der Industrie und im öffentlichen Dienst abgebaut. Vom Kabelhersteller Alcatel in den 90er Jahren bis zum koreanischen Bildschirmhersteller Samsung, der Ende 2005 seine Produktion in Berlin einstellte, reicht die umfangreiche Liste der Arbeitsplatzvernichtung in der Berliner Metall- und Elektroindustrie des letzten Jahrzehnts. In den Fällen, wo es überhaupt Widerstand gab, blieben die betroffenen Belegschaften im Wesentlichen auf sich allein gestellt. Zwar gab es Solidaritätsadressen und Besuche von anderen Belegschafts- und Gewerkschaftsvertretern und von Politikern, sowie deren Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen - zum Symbol bzw. Signal für die breite Öffentlichkeit in der Hauptstadt wurde keiner der bisherigen Konflikte.

Dabei bedarf es eines enormen öffentlichen und politischen Druckes, um die geplante Werkschließung abzuwenden. Schließlich versucht die Belegschaft von CNH mit ihrem Streik zur Erhaltung des Produktionsstandortes in die Eigentums- und Weisungsrechte des Unternehmens

einzugreifen. Die Forderung nach einem Ergänzungstarifvertrag bildet nur die Hilfskrücke, durch den ein Arbeitskampf für die IGM legalisiert ist. Aber genau aus diesem Grund kann das eigentliche Anliegen nicht in den Forderungskatalog aufgenommen werden.

Der bisherige Druck hat immerhin dazu geführt, dass der Berliner Senat von CNH die Rückzahlung öffentlicher Fördermittel in Höhe von 70 Millionen Euro im Falle der Schließung verlangen will. Ob dies dann tatsächlich geschieht und auch Aussicht auf Erfolg hat, sei dahingestellt. Es wird jedenfalls

nicht ausreichen, um den Fiat-Konzern zum Nachgeben zu zwingen. Dazu bedarf es nicht nur der verbalen, sondern der praktischen Solidarität und einer gemeinsamen politischen Stoßrichtung aller Berliner Gewerkschaften im Kampf gegen die weitere Arbeitsplatzvernichtung. Eine Belegschaft, die praktisch auf sich alleine gestellt bleibt, wird die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze nicht abwenden, sondern nur – wie in Nürnberg – den Preis in die Höhe treiben können. Die Belegschaft vom Bosch/Siemens/Hausgerätewerk bildete die sprichwörtliche Ausnahme, welche die Regel bestätigt. So leicht wie bei BSH haben es die KollegInnen von CNH nicht, wie der schon in die vierte Woche gehende Arbeitskampf zeigt. Die Belegschaft sei bereit, „die Länge des Streiks in Nürnberg noch zu toppen, wenn es notwendig wird“, so der Betriebsratsvorsitzende anlässlich eines Solidaritätsbesuches von streikenden Nürnberger KollegInnen.

Inzwischen zeigt der Streik auch ökonomisch Wirkung. Dies wird auch durch das Agieren der

Konzernleitung deutlich. Sie wirkte vor dem Arbeitsgericht den Abschluss eines Vergleichs. In ihm ist u.a. festgelegt: Alle Sperrvorrichtungen (Schlösser, Zwingen etc.) müssen entfernt werden, die Streikenden müssen vor den Toren eine Gasse von 3 Metern und vor dem Haupttor von 5,5 Metern bilden, damit Arbeitswil-



lige sowie Kunden, Zulieferer oder sonstige Dritte hindernisfreien Zugang zum Werksgelände haben. Mit Hilfe des Arbeitsgerichtes und durch den Streikbruch von Kollegen des Handels- und Servicecenter von CNH/O&K, der Firma Rohwedder, gelang es, einige fertig produzierte Geräte vom CNH-Betriebshof abzutransportieren. Die streikende Belegschaft reagierte spontan. In einem Autokorso besuchten sie die Firma Rohwedder, um vor dem Werksgelände ihren Unmut über den Streikbruch Ausdruck zu verleihen. „Erst bringen wir euch bei, unsere Geräte zu bedienen und dann fällt ihr uns in den Rücken. Vielleicht wird es euch eines Tages genauso gehen wie uns, und dann braucht ihr unsere Solidarität, denkt darüber nach. Sagt nein zum Streikbruch!“

### DGB-Aktionskonferenz gegen Arbeitsplatzabbau

Die zahlreichen Appelle von Gewerkschaftsvertretern und Politikern an das soziale Gewissen bzw. die soziale Verantwortung der Gegensei-

te finden zwar den Beifall vieler KollegInnen, bleiben aber angesichts der Macht- und Eigentumsverhältnisse in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung wirkungslos. Beschränkt auf die Schiene der Tarifpolitik ist ein solcher Konflikt nicht zu gewinnen.

Die Erfahrungen bei BSH, JVC oder Samsung haben die IG Metall

Berlin bewogen, auch auf DGB-Ebene aktiv zu werden. Zwar wurde auch bei den Auseinandersetzungen um den Erhalt der Waschmaschinenproduktion beim BSH ein Solidaritätskomitee auf Initiative der IGM gegründet. Die Mehrheit in diesem Komitee bestand allerdings

aus Vertretern oder Mitgliedern politischer Organisationen, die zum Teil ohne Kenntnis der betrieblichen Bedingungen dort über ihre Vorstellungen oder Wunschvorstellungen diskutierten. Um eine breitere Wirkung zu erzielen, muss die Gewerkschaft auch die Organisation der Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit in die eigenen Hände nehmen. Auftakt bildete eine Zusammenkunft im Berliner IG Metall-Haus mit 70 Vertretern aus den verschiedensten Betrieben und Gewerkschaften. Am 28. Januar fand dies mit der ersten Aktionskonferenz im Berliner DGB-Haus seinen gewerkschaftsübergreifenden Rahmen.

Anwesend waren neben zahlreichen Vertretern aus Metallbetrieben u.a.: der Vorsitzende der ver.di Betriebsgruppe an der Charité, eine Betriebsrätin von der Telekom aus dem Bereich der Privatkundenbetreuung, ein Vertreter von ver.di (Bereich Handel), ein Sekretär der NGG sowie der Betriebsratsvorsitzende der S-Bahn. Alle Berichte aus den verschiedensten Bereichen lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner brin-

gen. Der Abbau von Arbeitsplätzen sowie die Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen halten an bzw. nehmen weiter zu. Deshalb wurde eine engere Kooperation zwischen den betroffenen Betrieben vereinbart, was unter anderem dazu führte, dass zahlreiche gewerkschaftliche Gremien oder Betriebsräte ihre Sitzungen in das Streikzelt bei CNH verlegt haben. Zwischen dem Betriebsrat der S-Bahn und der ver.di-Betriebsgruppe bei der Charité gibt es außerdem seit längerem eine Kooperation.

Die Rede des BR-Vorsitzenden der S-Bahn (sie gehört zur Deutschen Bahn/DB AG), erregte besondere Aufmerksamkeit. Die S-Bahner haben Hartmut Mehdorn, dem Vorsitzenden der Deutschen Bahn, angedroht, die kommende Fußball-WM zu nutzen, um ihren Tarifforderungen durch Streiks den nötigen Nachdruck zu verleihen. Das fand große Zustimmung und Unterstützung bei den Anwesenden der Aktionskonferenz.

Diese Zustimmung scheint unter den Gewerkschaften aber nicht ungeteilt. Nach den gescheiterten Tarifverhandlungen für die Berlin Transport GmbH (BT), den ausgegliederten, privaten betriebenen Nahverkehrsbereich bei der BVG hat der zu-

ständige ver.di-Sekretär Streiks während der Weltmeisterschaft explizit ausgeschlossen. Ziel der Tarifverhandlungen war die Übernahme des 2005 abgeschlossenen Tarifvertrages Nahverkehr bei BT. Doch es kam noch schlimmer. Kurzfristig wurde die angesetzte Urabstimmung abgesagt. Grund: der Abschluss einer Anwendungsvereinbarung bis Ende 2007 „als gemeinsames Ziel“. Die ver.di-Spitze in Berlin versucht erneut



Das Foto zeigt einen AEG-Kollegen aus Nürnberg, Mitglied einer Delegation nach Berlin am 8.3., bei der Übergabe eines Geschenkes

einem Konflikt aus dem Wege zu gehen.

Ohne die konkrete, auch zeitliche Abstimmung bestehender Tarifaueinandersetzungen und ohne die Bereitschaft den Gegner auch zu einem empfindlichen Zeitpunkt zu traf-

fen, bleibt die übergewerkschaftliche Solidarität in verbaler Rhetorik stecken. Die Haltung der zuständigen ver.di-Gremien untergräbt die notwendige Solidarität. Die S-Bahner werden sich im Falle eines Streiks während der WM der geschlossenen Front der DB AG, des Senats, der Abgeordnetenhaus-Parteien sowie der Medien zu erwehren haben. Wie günstig für unsere Gegner, wenn sie bei ihrer Stimmungsmache die verantwortlichen ver.di-Gremien als

„Kronzeugen“ gegen die Belegschaft der S-Bahn benutzen können.

Die Aktionskonferenz im Rahmen des DGB wird weitergeführt. Deren Teilnehmer stehen vor einer schwierigen Aufgabe: Sie müssen sich in ihren Gewerkschaften für eine bessere Koordination bei den anstehenden Auseinandersetzungen einsetzen und vor allem die Mitglieder und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen von der Notwendigkeit praktischer Solidarität über-

**Arbeiterpolitik**

**Arbeiterpolitik**

**GFSA e.V. – Postbox 106426**

**20043 Hamburg**

**[www.arbeiterpolitik.de](http://www.arbeiterpolitik.de)**

**[webmaster@arbeiterpolitik.de](mailto:webmaster@arbeiterpolitik.de)**

## Kann ver.di die 38,5-Stundenwoche verteidigen? Einige Aspekte und Streiflichter zum Arbeitskampf im öffentlichen Dienst

In der aktuellen Streikbewegung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes geht es nicht nur darum, Arbeitszeitverlängerungen auf über vierzig Wochenstunden und weitere Lohnsenkungen abzuwehren. Die Fähigkeit der Gewerkschaft ver.di, die Schutzfunktion für ihre Mitglieder in Zeiten verschärfter Arbeitsplatzkonkurrenz wahrnehmen zu können, ist unter Beweis zu stellen. Darüber hinaus wird das Verhandlungsergebnis nachfolgende Tarifaueinandersetzungen im Bankenbereich und ebenso

die Metalltarifrunde klimatisch beeinflussen.

Das Urabstimmungsergebnis für den Streik mit 95 % verweist auf die Erwartungen der Mitgliedschaft, dem Drängen der Dienstherrn im öffentlichen Dienst nach weiterer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung einen Riegel vorzuschieben. „Es reicht“ - das ist die aufgestaute Stimmung, mit der nach vierzehn Jahren „Arbeitsfrieden“ in den öffentlichen Dienststellen und Versorgungsinstanzen die Beschäftigten ihre Interessen am

Arbeitsplatz nicht mehr weiter zu ihren Lasten eingeeengt sehen wollen. Mit einer Einigung ist anscheinend erst nach den Landtagswahlen im Südwesten Ende März zu rechnen. Denn Politiker wollen vorher nicht als „schwach“ dastehen, wenn sie ihre Ziele nicht gegen die Gewerkschaft haben durchsetzen können. Eine verschleppte Streikbewegung wiederum lässt auf Auszehrung der Streikkassen hoffen. Für folgende Tarifrunden bürgt dies eher für „kleinere Flammen“ und „kleinere Brötchen“, die eine „angezählte“ Gewerkschaft dann

nur backen kann. Ein im Wortsinn sparsamerer Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfmittel, insbesondere die Vermeidung von Arbeitsverweigerung, wirkt auf die Mitglieder demotivierend zurück, denn Konfliktscheue bewirkt keinen Effekt zum Einlenken bei öffentlichen Dienstherren oder Unternehmern. Auch aktuell wird bereits deutlich, dass Nadelstichtaktik wenig Schmerz bei der Gegenseite erzeugt, wenn sie nicht sensible Stellen trifft.

Seitdem der öffentliche Nahverkehr großenteils ausgegliederten Tarif-

abschlüssen unterliegt, die Müllbeseitigung zunehmend von kommerziellen Betreibern erledigt wird, ist die Konfliktfähigkeit und Durchsetzungsmacht der öffentlich Bediensteten in der Breite über den gemeinsamen Arbeitskampf schwächer geworden. Das hat diese Tarifauseinandersetzung längst aufgedeckt. Doch selbst geschickte und originelle Aufklärungsaktionen in der Öffentlichkeit für die Streikziele können fehlende Möglichkeiten, Betriebsabläufe lahm zu legen oder wenigstens

zeitweise zu stören, nicht ersetzen. Umso mehr sollten alle politisch wachen Gewerkschaftsmitglieder über die Sphäre ihrer Branche hinaustreten, um wo nur möglich die Aktionen von ver.di im öffentlichen Raum zu unterstützen. Ob auf der Straße oder in den Leserbriefspalten der Lokalpresse: Die Möglichkeiten müssen nur genutzt werden. Ansonsten gilt: Alle gemeinsam – nur so können wir erreichte Tarifstandards behaupten und wieder weiter ausbauen!

25.02.2006

## WER ARBEITSZEIT VERLÄNGERT, SCHAFFT NOCH MEHR ERWERBSLOSE...

Nur Arbeitszeitverkürzung garantiert die Zunahme von Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen. Sie bilden die finanzielle Basis des Sozialstaates, auf den wir alle angewiesen sind.

Bei einer Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden leisten 100 Beschäftigte 3850 Arbeitsstunden. Durch eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden erbringen sie 4000 Stunden Arbeitsleistung, also 150 Arbeitsstunden mehr. 150 Arbeitsstunden entsprechen etwa dem Arbeitsvolumen von vier Vollzeitbeschäftigten bei Geltung der 38,5-Std.-Woche. Das heißt: Vier Vollzeitbeschäftigte von hundert sind für den Arbeitsanfall zuviel da. Wozu vier überflüssige Leute beschäftigen? Raus mit Ihnen, das „spart Kosten“. Als Erwerbslose müssen sie ihren Konsum einschränken; sie fallen als Beitragszahler für die Sozialversicherungen ganz aus. Das zählt wohl nicht, daran denken „wir“ erst gar nicht!

Im Zeitraum von 1995 bis 2004 stieg die Industrieproduktion pro Arbeitsstunde vom Durchschnittswert 79,8 auf 100 im Jahre 2000 und erreichte 2004 den Wert 112,1.

In Deutschland legte allein pro Beschäftigten innerhalb dieser zehn Jahre das Produktionsergebnis um mehr als ein Drittel zu. Gleichzeitig sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten von 29,5 Millionen auf 23,7 Millionen ab. Wenn die Zunahmen der Produktivität die Arbeitsleistung eines jeden Beschäftigten erhöht, sind bei gleich bleibender Arbeitszeit Entlassungen unvermeidlich. Außer man verkürzt die Arbeitszeit für alle.

Nochmals: Hundert Beschäftigte leisten bei einer 40-Std.-Woche (per Überstunden fast schon wieder einge-

führt) 4000 Arbeitsstunden. Ein Sechstudentag/Fünftagewoche erbringt 3000 Wochenarbeitsstunden. 1000 Arbeitsstunden blieben unerledigt. Es müssten 33 Beschäftigte zusätzlich für je sechs Stunden eingestellt werden, um den Arbeitsanfall zu bewältigen. Gesellschaftliche Vernunft würde diesen Weg beschreiten. Nur: Wer setzt sie durch?

Daran interessiert sind jene, die für ihre Lebensführung reelle Löhne brauchen und ihr Arbeitsleben nicht als körperliches Wrack beenden wollen. Allerdings ist dann insgesamt wieder mehr Lohn zu zahlen. Ist das zuviel verlangt? Schmalere Betriebsgewinne, dafür aber mehr Beschäftigung!

Zu beachten bleibt: Der Anteil der lohnabhängig Beschäftigten in der

Bevölkerung umfasst rund 90 %. Ihr Bruttoverdienstanteil am Volkseinkommen stieg in der BRD (West) bis 1982 auf 76,1 %. Danach gelang es der CDU/FDP-Regierung bis 1990 die Bruttolohnquote zurück auf 69,8 % zu drücken. Das Volkseinkommen stieg bis 1991 auf mehr als eine Billion Euro, aber die Lohnabhängigen bekamen für ihre Arbeitsleistung relativ immer weniger heraus. 2004 betrug die Bruttolohnquote 69,3 %. Das Volkseinkommen wuchs auf 1,64 Billionen Euro. Wer kassierte den Rest? Diejenigen, die immer behaupten, die Löhne seien zu hoch und es müsste länger gearbeitet werden.

Flugblatt „Projekt Arbeiterpartei e.V.“, Göttingen Februar 2006

Anzeige

### WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

„Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der BRD auf Grund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbote erhalten, vor Gericht gestellt oder zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe e.V. den von der Reaktion Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (§2 der Satzung der Roten Hilfe e.V.)

#### ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Tel.: 0551 – 770 80 08  
(Di. & Do. 15<sup>00</sup> – 20<sup>00</sup> Uhr)  
Fax: 0551 – 770 80 09  
bundesvorstand@rote-hilfe.de  
www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
Kontonummer: 19 11 00 – 462  
BLZ: 440 100 46  
Postbank Dortmund

**SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!**

# Fettlebe der einen, Magerkur für andere

WSI-Verteilungsbericht 2005: Drunten nehmen, oben geben

Die Kunst der Haushaltsführung mit verknapptem Einkommen ist der Masse der bundesdeutschen Lohnempfänger inzwischen eine gewohnte Übung. Eher schon Überlebenskunst haben die in die Erwerbslosigkeit Abgedrängten zu beweisen. Was sie alle mehr oder weniger individuell spüren, bestätigt ihnen auf Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Claus Schäfer vom WSI der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung. Dort zuständig für die Verteilungsanalyse von Lebenslagen belegt er im Hinblick auf den Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen deren weiteres Sinken. Die Bruttolohnquote sackte 2004 auf 68,4 % des Volkseinkommens ab. Sie liegt damit wieder unter den vereinigungsbedingten Werten von etwas mehr als 70 % nach 1990. Bereits in den 80er Jahren gelang es der Regierung Kohl in Westdeutschland insbesondere durch Abstriche bei den Sozialleistungen und Steuererleichterung für die Unternehmen die Bruttolohnquote bis 1990 auf 69,8% zu senken; 1980 wanderten immerhin noch 75,2 % des Volkseinkommens auf die Konten der Lohnempfänger oder Transfergeldbezieher.

Steuerpolitisch bewirkte Nettolohnanhebungen aus verflossenen rotgrünen Regierungszeiten vermochten zwar weiteres Schrumpfen des Kaufkraftpotentials der Lohneinkommen abzubremsen. Unterm Strich legten jedoch in den letzten vier Jahren nur die Gewinn- und Vermögenseinkommen wieder spürbar zu. „Konjunktur- und wachstumspolitisch fatal ist jedoch, dass die Kaufkraftpotentiale der beiden Einkommensquoten asymmetrisch wirksam werden. Die mikroökonomisch mit tendenziell hohen privaten Einkommen verbundenen Gewinn- und Vermögenseinkommen weisen auch große, nicht nachfragewirksame Sparneigungen auf; die hohe nachfragewirksame Konsumneigung, die tendenziell mit Lohneinkommen verbunden ist, kann sich jedoch wegen mikroökonomisch stagnierender, ja sinkender Einkommen nicht entfalten.“

Die vermutlich politisch gewollte Intransparenz bei der Erfassung der Nettogewinne der Kapitalgesellschaften verhindert ihre genaue Darstellung. Methodische Umwege erlauben insoweit nur Schätzungen ihrer Gewinnquoten. Dennoch: Amtlich nachgewiesen schwangen sich mit einigen Dellen die Bruttounternehmensgewinne seit 1994 von 218,16 Mrd. Euro auf die Größe von 368,77 Mrd. Euro im Jahre 2004. Forderte man dafür 1994 einen direkten Steuerbetrag von 19,54 Mrd. Euro ein, begnügte sich der Fiskus zehn Jahre später mit 20,81 Mrd. Euro. Da ein gesteigerter Investitionsbedarf konjunkturell nicht angesagt war, wurden die betriebliche Geldvermögensbildung, die Dividendenausschüttungen an die Anteilseigner und nicht zuletzt die Vorstandsgehälter erhöht.

Trotz der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind tariflich regulierte Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse nach wie vor bestimmend für die Bruttolohnentwicklung. Im produzierenden Gewerbe konnten Vollzeitbeschäftigte im Westen mit einem durchschnittlichen Monatsverdienst von 3416 Euro rechnen. Frauen können dabei immer noch gerade in den höher tarifierten Branchen bis zu 1000 Euro schlechter abschneiden.

Seit 1996 verharrt das Lohnniveau in Ostdeutschland bei etwas weniger als 75% des Westniveaus. Hinsichtlich der Lohnhöhe und der Arbeitszeit ist das Gebiet der ehemaligen DDR längst eine real existierende Sonderwirtschaftszone („SWZ“) der BRD.

Auch wenn tarifliche Lohnanpassungen nach oben um jährlich 2% quer durch die Branchen die feststellbare negative Lohndrift verzögern, ist der Sog zu geringeren Effektivlöhnen nach unten durch Niedrigstlohnarbeit unverkennbar.

Die lange vor dem Anschluss der DDR gezielt betriebene Einkommenspolarisierung seit der Endphase der sozial-liberalen SPD/FDP-Koalition um 1980 ließ mehr und mehr die Strukturen der Klassengesellschaft nicht nur in der Statistik deutlicher hervortreten. „Je mehr die Einkom-

mensmitte der privaten Haushalte zugunsten der Einkommensränder ausgedünnt wird, d.h., je mehr es einerseits Einkommensarmut und Einkommensreichtum gibt, umso stärker wirkt der asymmetrische negative Effekt dieser ungleichen Verteilung von Einkommen, Konsum- und Sparquoten auf die private Nachfrage und das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Dieser Effekt wird zusätzlich verstärkt wenn die Einkommensungleichheit der Privaten auch durch eine ungleiche Abgabenlastverteilung bedingt ist, die wegen Steuersenkung zugunsten der Einkommensreichen auch den Staat arm an Ausgabenspielraum macht oder sogar eine Einschränkung seiner Ausgaben, sprich Sparpolitik erzwingt. Der Effekt wird weiter verstärkt, wenn die öffentliche Sparpolitik die private Armut vergrößert und sogar wegen sparbedingter Einschränkungen von aktuellen Leistungen und zukünftigen Ansprüchen die Kaufzurückhaltung bzw. das >Ansparen< von nicht-armen Haushalten verstärkt.“

Allein die Verschiebung der Steuerlastverteilung in Deutschland verweist auf die Interessennähe des Gesetzgebers, bzw. der bürgerlichen Parteien, die hierfür verantwortlich sind. Offenkundig verschwenden

Anzeige

**Kopftuch-Verbot**  
**Parallelgesellschaft**  
**Muslim-Test bei Einbürgerung**

Diese Broschüre informiert über die wichtigsten Organisationen der Muslime in Deutschland und diskutiert die aktuellen Themen  
 Religionsunterricht, Moscheebau, islamisches Schlachten, Kopftuch, Ausführliche Literaturhinweise!

**Islam in Deutschland**  
 Reinhard Pohl: **Islam in Deutschland**  
 48 Seiten, 2 Euro, ISBN 3-936419-03-5  
 www.brd-dritte-welt.de

ihre Wähler, die in der Masse den Status des Lohnabhängigen einnehmen, daran keinen kritischen Gedanken: Der Anteil der „Massensteuern“ wie Lohn-, Umsatz-, Verbrauchs- und Mineralölsteuern am gesamten Steueraufkommen verschob sich seit 1960 von 37,5 Prozent auf 76,5 Prozent im Jahre 2004. Genauer gesagt: Wurde verschoben. Dafür nahm der Anteil der Gewinnsteuern eine gegenläufige Richtung: Die veranlagten Einkommenssteuern, Körperschafts- und Gewerbesteuern sanken seit 1960 von 34,7 Prozent des gesamten Steueraufkommens auf 15,1 Prozent in 2004 ab.

Wenn Claus Schäfer in Anbetracht der Millionen überschuldeter Haushalte inzwischen 21,5 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsschwelle verortet – er markiert das entlang der Einkommenspfändungsgrenze einer allein stehenden Person von 935 Euro –, gilt das ähnlich für die klammen öffentlichen Haushalte. Alles Klagen über eine als gesellschaftlich schädlich erkannte Verteilungsgewichtung darf sich jedoch nicht damit begnügen, im „Blick auf die gesamtwirtschaftliche Steuerlastfinanzierung bzw. Sozialstaatsfinanzierung in Deutschland“ wieder „paritätische“ Steuerlastverteilungen

einzufordern. Wer erarbeitet in den Betrieben oder finanziert durch seine Ausgaben die Gewinne, die nicht genügend besteuert werden? Wer die private Verfügung über Kapital- und größeren Grundbesitz nicht in Frage stellt, sollte sich über die fortschreitende Reichtumsakkumulation einer Minderheit nicht wundern.

*Nach:*

*WSI-Mitteilungen, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 11, November 2005*

## Die Wahlen in Chile Ein schwieriger Weg vom Putsch zur Demokratie

Am 11. Dezember vergangenen Jahres fanden in Chile verschiedene Abstimmungen statt. Am meisten Aufmerksamkeit auf internationaler Ebene hat dabei die Neuwahl des Präsidenten gefunden. Das lag daran, dass erstmals eine Frau als aussichtsreichste Bewerberin ins Rennen ging. Gleichzeitig wurden das Parlament und die Hälfte der Senatoren neu gewählt.

### Ein kleiner Ausflug in die Geschichte

Wahlen bieten eine gute Möglichkeit, die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in einer Gesellschaft zu untersuchen. In Bezug auf Chile ist dazu ein kleiner Ausflug in die Geschichte notwendig. Sie ist der Dreh- und Angelpunkt zum Verständnis der heutigen Lage.

Im Jahre 1970 konnte die Linke (Sozialistische und Kommunistische Partei) mit 36,6 % der Stimmen den Präsidenten stellen, da die Mitte (Christdemokraten) und die Rechte (Nationalpartei) sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten. Während der Regierungszeit des Sozialisten Salvador Allende fanden diese Richtungen wieder zusammen und arbeiteten auf dessen

gewaltsamen Sturz hin. Die Linke war bezüglich der Frage, wie man auf diese Situation reagieren soll, tief gespalten. Eine Strömung plädierte mit Allende und der KP für den taktischen Rückzug, um einen Staatsstreich zu verhindern. Andere, unter ihnen der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Carlos Altamirano, wollten den Putschisten mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten und so den sozialen Prozess bis zur sozialistischen Revolution weiter treiben.

Leider gab es dafür keine gesellschaftliche Basis. Als sich das Militär 1973 unter General Pinochet erhob, leisteten viele Militante mutigen Widerstand. Doch sie konnten damit den Putschisten in keiner Weise etwas entgegensetzen. Es begann eine 17 Jahre dauernde Epoche, in der Chile nach den Vorstellungen des neoliberalen Wirtschaftsmodells radikal umgestaltet wurde.

Ende der 70er Jahre erwachte die Gesellschaft aus dem durch den Staatsstreich hervorgerufenen Schockzustand. Trotz anhaltender Repression führte diese Entwicklung in den 80er Jahren zu einer Massenbewegung gegen die Diktatur. Sie wurde nicht nur von den linken Sektoren der Gesellschaft getragen. Schrittweise hatten sich die Christdemokraten von Pinochet abgewandt

und beteiligten sich an der Mobilisierung.

Innerhalb der Bewegung gab es Differenzen über den einzuschlagenden Weg. Pinochet hatte 1980 eine neue Verfassung beschließen lassen. In ihr legte die Rechte fest, wie sie sich den Übergang zur Demokratie vorstellte. Die Frage war, wie man sich dazu verhält. Auf der einen Seite konnte man weiter auf den revolutionären Sturz der illegitimen Regierung hinarbeiten. So hatte der guevaristische MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) nie mit dem bewaffneten Kampf aufgehört. Und die KP orientierte sich in der Illegalität neu. Sie erklärte alle Formen des Kampfes für zulässig und schuf sich Anfang der 80er Jahre mit der FPMR (Frente Patriótico Manuel Rodríguez) einen bewaffneten Arm.

Auf der anderen Seite konnte man den von Pinochet geschaffenen gesetzlichen Rahmen anerkennen und durch das Nutzen der darin liegenden Möglichkeiten zu einer eingeschränkten Demokratie gelangen. Das war die Linie der Christdemokraten. In einem längeren Prozess setzte sie sich schließlich auch bei den Sozialisten durch. Der Grund, warum diese Politik von der Gesellschaft akzeptiert wurde, war folgender: Eine Mehrheit der Bevölkerung wollte die

Diktatur um jeden Preis beendet sehen. Die Angst und der Schrecken mussten aufhören, egal zu welchen Bedingungen. Eine halbe Demokratie war da immer noch besser als eine ganze Diktatur. Dazu kam, dass der bewaffnete Kampf, von spektakulären Aktionen abgesehen, keine wirklichen Erfolge vorweisen konnte. Er zeigte den Menschen keinen für sie gangbaren Weg zu einem Ende der Gewaltherrschaft. Erschwerend kam hinzu, dass nach bewaffneten Aktionen, wie z. B. dem Anschlag auf Pinochet, die staatliche Repression sich auch gegen den zivilen Widerstand richtete. Damit entfernte sich die radikale Linke von dieser Richtung.

Das Auseinanderdriften der beiden Strömungen der Opposition wurde durch die Verfassung verschärft. Dort war der Weg zur Ablösung Pinochets so konzipiert, dass in diesem Prozess die marxistische Linke gezielt aus dem politischen Leben ausgegrenzt wurde. So konnten sich 1987 nur nicht-marxistische Parteien registrieren lassen.

Die Gründe für den Gesinnungswandel der Sozialisten sind vielfältig. Einige von ihnen vertraten schon vor dem Putsch sozialdemokratische Positionen. Nur fiel das damals niemandem auf. Andere änderten erst in der Zeit ihres Exils in Europa oder den USA ihre Ansichten. Sie lernten da einen aus ihrer Sicht lebenswerten Kapitalismus kennen.

Gleichzeitig fiel das Ende der Diktatur mit dem Untergang des Sozialistischen Lagers zusammen. Die chilenische Linke wurde damals von den gleichen Krisen geschüttelt wie die Linke überall auf der Welt. Schließlich kommt noch eine spezifisch chilenische Komponente ins Spiel, die wahrscheinlich die Bedeutendste ist. In den Jahren vor dem Putsch vertrat eine Mehrheit der Sozialisten linksradikale Positionen. Dies verhinderte, dass Allende rechtzeitig einen politischen Rückzug einleiten konnte, um dem absehbaren Staatsstreich auszuweichen. Damit haben die Sozialisten den Putschisten die Arbeit massiv erleichtert. Jetzt verhalten sie sich wie Kinder, die nicht mehr mit dem Feuer spielen, da sie sich daran verbrannt haben.

Das Ende der Ära Pinochet bedeutete so für die antikapitalistische Linke eine weitere schwere Niederlage. Sie hatte heldenhaft gekämpft und dabei viele Tote zu beklagen. Ihr Einsatz war nicht umsonst. Der so erzeugte Druck bewog die Rechte dazu, sich mit den Kräften der Mitte auf ein Ende der Diktatur zu verständigen. Das war auch für die Linke notwendig. Endete doch so die Lebensgefahr, in der sich ihre Aktivisten durch das Wirken der Todeschwadronen befanden. Aber leider konnte sie aus ihrem Engagement kein politisches Kapital schlagen. Schlimmer noch, durch den Wandel

der Sozialistischen Partei hatte sie ihre Position als die zweite große gesellschaftliche Kraft neben der Rechten verloren. Die Linke fand sich schließlich als marginalisierte außerparlamentarische Bewegung wieder.

Da die Diktatur die Umstände ihres Abtritts weitgehend selbst bestimmen konnte, muss man ihr Ende als Tag ihres abschließenden Sieges werten. Alle von Pinochet geschaffenen Gesetze und Institutionen blieben erhalten und können nur im Rahmen dieser Gesetze verändert werden. Das hat zu der eigenartigen Situation geführt, dass die große Mehrheit der Mörder und Folterer nicht vor Gericht gestellt wurde. Pinochet hatte sie amnestiert. Dagegen sitzen noch heute Linke wegen ihres Freiheitskampfes als „Terroristen“ im Gefängnis oder sie werden weiterhin mit internationalem Haftbefehl von der Polizei gesucht. Muss doch einmal ein Militär oder Geheimdienstler vor Gericht erscheinen, liegt es daran, dass der Betreffende nach der Amnestie weitere Verbrechen begangen hat. Ein gutes Beispiel ist Pinochet selber. Er muss sich, sollte er jemals vor Gericht gestellt werden, wegen Steuerhinterziehung verantworten. So sieht die Wirklichkeit der in den bürgerlichen Medien so gelobten Aufarbeitung der Verbrechen der Diktatur aus.

Eines der Vermächtnisse Pinochets ist das binominale Wahlsystem. Es funktioniert im wesentlichen folgendermaßen: Aus einem Wahlbezirk werden zwei Abgeordnete ins Parlament entsandt. Normalerweise sind die beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen gewählt. Erzielt aber eine Liste doppelt so viel Zustimmung wie die Zweitplatzierte, fallen ihr beide Sitze zu. So kann eine Partei mit 30 % der Stimmen beide Mandate erhalten, wenn keine andere Liste über 15% kommt. In Chile sind gegenwärtig 11 Parteien registriert. Wenn nur zwei größere davon ein Wahlbündnis eingehen, können sie damit das nationale Parlament dominieren. Sie brauchen dafür keine Mehrheit der Wähler hinter sich zu scharen. Aus diesem Grund sind alle Parteien bestrebt, Wahlallianzen zu bilden. Leidtragende ist die KP, die als stärkste linke Kraft keinen Partner von Bedeutung hat.

### Das neoliberale Gesundheitswesen präsentiert sich



Gesehen in Santiago de Chile vor einem Einkaufszentrum der oberen Mittelschicht

Der Text auf der Tafel lautet:

„Hallo ich bin Catherine. Ich bin 13 Jahre alt. Ich leide unter physischer und geistiger Behinderung und unter einer Störung der Sinneswahrnehmung. Ich habe einen Zwerchfellbruch. Im Moment warte ich auf meine Operation. Dazu brauche ich Ihre Mitwirkung weil ich ohne sie meine Kosten nicht bezahlen kann.“

Es bedankt sich Catherine. Danke für ihre Liebe.“



Aus den Parteien, die im Rahmen der Verfassung auf eine Ablösung Pinochets hinarbeiteten, bildete sich die Concertación por la Democracia. Bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen nach dem Putsch siegte ihr Kandidat Patricio Aylwin mit 55 % der Stimmen. Er gehörte 1973 zu den Kräften, die das Militär zum Eingreifen aufforderten. Doch die Diktatur lag so drückend auf dem Land, dass er trotz seiner Vergangenheit auch die Unterstützung der KP und des MIR hatte. Das hielt die Christdemokraten aber nicht davon ab, die KP aus der Concertación auszugrenzen. Die Kommunisten bildeten für die damaligen Parlamentswahlen zusammen mit der sozialistischen Fraktion um Clodomiro Almeyda und kleineren linken Gruppen das Wahlbündnis Unidad para la Democracia (Einheit für die Demokratie). Doch ein Partner spielte falsch. Am Tag vor dem Abgabeschluss für Wahlvorschläge zogen sich die Linksozialisten aus dem Bündnis zurück. Sie traten in die Concertación ein. Das hatten sie in einem geheimen Abkommen mit den Sozialisten der Concertación so vereinbart. In vielen Gegenden konnte daher die Unidad nicht zur Wahl antreten, da in so kurzer Zeit keine neuen Kandidaten aufgestellt werden können. Trotz des sozialistischen Verrates erhielt die Unidad zwei Mandate. Ihre gewählten Vertreter gehörten zur Christlichen Linken, die kurze Zeit später auch zur Concertación wechselte. So verlor die Linke ihre kleine parlamentarische Vertretung.

Heutzutage gilt Chile der bürgerlichen Presse als erfolgreiches neoliberales Modell. Die Wachstumsraten sind gut und ein großer Teil der Daseinsvorsorge, wie etwa die Rentenversicherung, ist privatisiert. Doch die vorzeigbaren Daten sind interessanterweise ein Erbe aus der Zeit Allendes. Damals wurden die Kupferminen verstaatlicht; sie wurden nie zurückgegeben, auch wenn inzwischen wieder private Unternehmen Schürfrechte besitzen. So kommt ein nicht unbedeutender Anteil am Kupferexport dem Staat zugute. Bei den Rekordpreisen, die gegenwärtig für Metalle bezahlt werden, verschafft das der Regierung hohe Einnahmen. Diese Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes steht in dia-

metralem Gegensatz zur neoliberalen Ideologie. Doch das wird in den Berichten aus Chile ausgeblendet.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass in den letzten Jahrzehnten neue Exportprodukte dazu gekommen sind, unter anderem Zellulose, Früchte und Wein. Doch Kupfer ist weiterhin die ökonomische Basis des Landes. Die Exportorientierung macht Chile extrem abhängig vom Weltmarkt. Eigentlich muss eine vorausschauende Regierung die aus dem Kupferexport erzielten Erlöse in den Aufbau einer eigenständigen Industrie stecken. Doch in dieser Richtung sind die Regierungen der Concertación bisher nicht tätig geworden. Im Gegenteil, durch die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen mit den USA, der EU und China haben sie die Abhängigkeit des Landes noch verschärft.

Die Concertación verwendet die ihr zur Verfügung stehenden Mittel für Sozialprogramme zur Linderung der noch immer existierenden Armut. Wie die Süddeutsche Zeitung (11. 02. 2006) schreibt, hat die Regierung Lagos vor einem Jahr 60 000 Chilenen die Hypotheken von im Durchschnitt 20 000 Dollar bezahlt. Das klingt nicht schlecht. Doch anscheinend wurden damit nur krasse Fehler der Regierenden ausgeglichen. Finanziell nicht so gut gestellte Menschen hatten bei einer staatlichen Entwicklungsgesellschaft Häuser gekauft. Die beauftragten Unternehmen bauten „Schrottimobilien“, die von der Entwicklungsgesellschaft als „in Ordnung“ abgenommen wurden. Die Käufer standen jetzt mit kaputten Häusern da, für die sie sich tief verschuldet hatten. Sie waren finanziell ruiniert. Ihnen zahlte der Staat die Hypotheken. Gegen Sozialprogramme, wenn sie denn richtig umgesetzt werden, ist nichts zu sagen, aber damit werden die Probleme der unteren Schichten der Gesellschaft nicht dauerhaft gelöst.

Die Verbesserung der Lage des staatlichen Bildungssektors ist ein Bereich, der besonders den Sozialisten am Herzen liegt. Dazu muss man wissen, dass in Chile auf diesem Feld natürlich auch Wettbewerb herrscht. Jeder, der es sich finanziell leisten kann, schickt seine Kinder auf Privatschulen, da die staatlichen ungenügend sind. Bei den Investitionen im

Schulbereich handelt es sich um eine Aufholjagd gegen private Anbieter, die auf diese Weise wohl nie erreicht werden können, im Gegensatz zu den Verhältnissen an den staatlichen Universitäten. Sie erhielten in den vergangenen Jahren so hohe Zuwendungen, dass sie sich im Ranking der besten Hochschulen des Landes deutlich von den Privathochschulen absetzen konnten. Ein Grund für die Mittelvergabe könnte sein, dass viele Mitglieder der Concertación im universitären Bereich arbeiten. Ein gutes Ranking ihrer Hochschule sichert ihren Arbeitsplatz. Doch mit welchen Problemen Studenten in Chile zu kämpfen haben, mag folgendes illustrieren: Eine Universität in Valparaíso warb vor einiger Zeit mit dem Bild eines jungen Menschen, der herzhaft in einen Hotdog beißt. Der dazugehörige Text brachte zum Ausdruck, dass an dieser Uni die Studiengebühren so gering sind, dass man sich neben dem Studium noch sattessen kann.

Die Concertación widmet sich durchaus auch der Überwindung der Folgen der Diktatur. Sie macht das aber nur im Rahmen kleinster Schritte, da man dafür immer die Zustimmung der Rechten benötigt. Im vergangenen Jahr wurde so die Verfassung reformiert. Neben anderen Punkten konnte die durch Pinochet veranlasste Ausbürgerung der Kinder von Exilierten rückgängig gemacht werden. Auch im Bereich der Entschädigung von Opfern der Diktatur ging es voran. Aber den großen Wurf kann man hier auch nicht finden. So ist das Land dabei, sich ganz langsam von der Hinterlassenschaft der Diktatur wegzubewegen. Das ist für die Linke in keinster Weise befriedigend, aber besser als nichts.

### Eine schwache Linke

Die linken Organisationen haben in den letzten 15 Jahren versucht, ihre Marginalisierung aufzubrechen. Doch es ging nicht voran, auch nicht bei Kommunalwahlen. Die Kommunisten bzw. die linken Bündniskandidaturen haben auf dieser Ebene zwar immer Mandate erhalten, aber mit von Wahl zu Wahl sinkender Stimmenzahl. Sie wurden nicht mehr als Faktor von landesweiter Bedeutung wahrgenommen. Die Parteien der Concertación freuten sich schon über

das allmähliche Aussterben dieser Richtung. Doch vor zwei Jahren konnte das neu gebildete Bündnis Juntos Podemos Mas (Gemeinsam können wir mehr) einen bemerkenswerten Erfolg vorweisen. Bei Kommunalwahlen erhielt es landesweit 9 % der Stimmen. Das sorgte für Aufsehen, bedeutete es doch fast eine Verdoppelung der für Linke abgegebenen Stimmen und eine Verdreifachung der von ihnen errungenen Mandate.

Das Bündnis Juntos Podemos Mas (JPM) wird im wesentlichen von der KP und der Humanistischen Partei getragen. Daneben beteiligen sich zahlreiche kleine linke Gruppen wie z. B. der MIR und die Christliche Linke. Sie hat sich zwischenzeitlich wieder von der Concertación gelöst. Interessanterweise vereinigte dieses Bündnis bei dieser Kommunalwahl mehr Stimmen auf sich, als vier Jahre zuvor seine Bestandteile „Die Linke“ (4,2 %) und „Humanisten und Ökologen“ (0,9 %) zusammen.

Doch mit dieser Humanistischen Partei hat es so seine Bewandnis. Sie wird bei uns in den Medien gern mit den Grünen verglichen. Das ist nur zum Teil richtig. Sie gibt sich ökologisch und alternativ, gehört aber zum Organisationsgeflecht eines argentinischen Psychogurus <sup>(1)</sup>. Nach Angaben des evangelischen Sekten-Experten Friedrich-Wilhelm Haack vertritt die deutsche Humanistische Partei eine „Misch-Lehre aus fernöstlichen, kabbalistisch-theosophischen und faschistoid-politischen Bausteinen“ <sup>(2)</sup>. Interessanterweise wird in Chile dieser Hintergrund nie thematisiert. Möglicherweise ist das ein Zeichen, dass sich die chilenische Partei von ihren Ursprüngen gelöst hat. Doch wird gegenwärtig auf der Internetseite der deutschen Abteilung <sup>(3)</sup> auf den „humanistischen“ Wahlerfolg in Chile hingewiesen.

### Die Wahlen – ein kleiner Schritt vorwärts

Wie dem auch sei, durch den Erfolg gestärkt, hat JPM beschlossen, zu den Wahlen im Dezember 2005 anzutreten. Als Bewerber für das Präsidentenamt gab es im Bündnis verschiedene Vorschläge, unter anderem von den Kommunisten. Sie hätten gern den angesehenen linken Soziologen Tomás Moulian ins Rennen ge-

schickt. Er ist kein Mitglied der Partei, scheiterte aber dennoch. Im organisationsinternen Meinungsbildungsprozess setzte sich schließlich der Humanist Tomás Hirsch durch.

Auch für die Parlaments- und Senatswahlen wurden Listen aufgestellt. Nach den Angaben des chilenischen Innenministeriums kandidierte bei diesen Wahlen in jedem Wahlbezirk auf der Liste von JPM jeweils ein Vertreter der KP und der Humanistischen Partei. Doch werden sich darunter auch Bewerber anderer Gruppen des Bündnisses befunden haben. So ist auf der Internetpräsenz von JPM ein Kandidat mit dem Kürzel MIR versehen, der auf der staatlichen Seite als Humanist ausgewiesen ist.

Bei der Präsidentschaftswahl gingen für die Rechte Sebastián Piñera von der Renovación Nacional (RN) und Joaquín Lavín von der Unión Demócrata Independiente (UDI) ins Rennen. Beides Parteien, die bis zuletzt hinter Pinochet standen. Die Concertación stellte ihnen die Sozialistin Michelle Bachelet entgegen. Sie ist die Tochter eines demokratischen Generals, der sich nicht am Putsch beteiligt hatte. Er wurde deshalb von Pinochet eingesperrt und starb im Gefängnis. Seiner Tochter erging es ähnlich. Sie wurde in der berüchtigten Villa Grimaldi misshandelt und konnte 1975 aus dem Land fliehen. Sie war unter anderem in der DDR im Exil und kehrte 1979 nach Chile zurück. Von Beruf ist sie Kinderärztin; in der Regierung Lagos war sie zuletzt Verteidigungsministerin.

Bachelet konnte am Wahltag ihre Konkurrenten mit fast 46 % der Stimmen weit hinter sich lassen. Doch verfehlte damit die Concertación erstmals bei einer Präsidentschaftswahl die absolute Mehrheit. Das führte zu einer Stichwahl zwischen der Sozialistin und Sebastián Piñera, der 25,4 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Auf beide rechte Kandidaturen entfielen zusammengerechnet 48,6 % der Stimmen. So konnten nun die Wähler von Tomás Hirsch, er erhielt 5,4 %, entscheiden, wer in den Präsidentenpalast La Moneda einziehen wird. Der Kandidat von JPM hatte noch in der Nacht des Wahltags, ohne Absprache mit den Gremien des Wahlbündnisses, dazu

aufgerufen, bei der Stichwahl ungültig zu wählen. Er erklärte: „Keiner von beiden (Kandidaten) hat in sein Regierungsprogramm notwendige und unumgängliche tiefgreifende Änderungen eingefügt, um die Bedingungen der sozialen Ungleichheit rückgängig zu machen, die in unserem Volk Schmerz und Leiden erzeugen.“ Diese Position wurde von den Leitungen der Humanistischen Partei, einer Kommunistischen Partei der Proletarischen Aktion und des MIR unterstützt.

So führte das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschaftswahl zu einer Spaltung der chilenischen Linken. In den Strukturen von JPM wurde zwar das eigenmächtige Vorgehen von Tomás Hirsch kritisiert, aber seine Vorgabe fand schließlich eine Mehrheit. Die Minderheit, geführt von der KP, ging diesen Weg nicht mit. Sie schrieb Bachelet einen Brief mit fünf Bedingungen für einen Wahlauftritt zu ihren Gunsten. Von der Antwort wollte sie ihr weiteres Verhalten abhängig machen. Bachelet warb zwischen den Wahlgängen auch um die Unterstützung der Linken. So traf sie sich noch im Dezember mit Vertretern linker außerparlamentarischer Gruppen wie der Bewegung Fuerza Social y Democrática („Soziale und Demokratische Kraft“) und der Asamblea Democrática („Demokratische Versammlung“), die für die zweite Runde zur ihrer Wahl aufgerufen hatten. Bei diesem Treffen erklärte Jorge Pavez, er ist Präsident der Lehrervereinigung und kandidierte auf der Liste von JPM für den Senat, dass „ungültig Wählen der Rechten den Weg zur Moneda erleichtern würde“.

Die sozialistische Kandidatin beantwortete das an sie gerichtete Schreiben und erklärte, dass ihr die genannten Punkte sehr am Herzen lägen. Doch sie verpflichtete sich zu nichts Substantiellem. Nur beim Thema Wahlrecht versprach sie tätig zu werden. Schon im ersten Monat ihrer Regierung will sie ein Gesetz auf den Weg bringen, um Änderungen am binominalen Wahlsystem zu erreichen.

Um die Erfolgsaussichten dieser Gesetzesvorlage beurteilen zu können, müssen wir die Ergebnisse der Parlaments- und Senatswahlen betrachten. Entscheiden doch die

Mehrheitsverhältnisse in diesen Kammern, ob sie angenommen wird.

Bei den Parlamentswahlen erzielte die rechte Alianza 37,7 %, die Concertación 54,7 % und JPM 7,4 % der Stimmen. Für die Rechte bedeutete das einen Verlust von 5,6 %, während die Concertación um 3,8 % zulegen konnte. Als Vergleichsgröße für JPM muss man die separaten Ergebnisse der KP mit 5,2 % und der Humanisten mit 1,1 % aus dem Jahr 2001 nehmen. Danach konnte JPM sein Ergebnis um ein gutes Prozent steigern. In Mandaten ausgedrückt verringerte sich die Zahl der rechten Abgeordneten von 57 auf 52, während die der Concertación von 62 auf 66 stieg. Daneben wurden noch zwei unabhängige Bewerber gewählt. Aufgrund des Wahlsystems ging die Linke mit ihren 7,4 % leer aus. Nach Berechnungen der linken chilenischen Zeitschrift *Punto Final* wäre die Sitzverteilung nach dem Verhältniswahlrecht folgendermaßen: Die Rechte könnte nur 47 Parlamentarier entsenden, die Concertación 63, und JPM wäre mit 9 Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zum Senat ergibt sich ein ähnliches Bild. Das zeigt, wie wichtig eine Reform des Wahlrechts für eine Demokratisierung des Landes ist. Nach Angaben der schon erwähnten Zeitschrift sind für Verfassungsänderungen 69 Stimmen im Parlament und 23 im Senat notwendig. Die Concertación hat gegenwärtig 66 Abgeordnete und 20 Senatoren.

Vor diesem Hintergrund konnte Michelle Bachelet leicht ihren Einsatz für eine Änderung des Wahlrechts versprechen. Auch wenn sie eine Demokratisierung gar nicht wollte, könnte sie die notwendigen Schritte dazu einleiten. Bei einem Scheitern des Vorhabens läge es dann nicht an ihr oder der Concertación, sondern an der Rechten, die nicht zu überzeugen war. So hat das Versprechen der Kandidatin kein großes Gewicht. Andererseits könnte es sein, dass Abgeordnete der Rechten für Veränderungen sind. Das Verhältnis zwischen konservativer RN und rechtsradikaler UDI ist nicht frei von Spannungen. Die RN könnte sich von einem Ende des Binominalismus versprechen, dass sie in Zukunft einmal mit den Christdemokraten und weiteren Parteien der Mitte die Regierung stellen kann. Das gegenwärtige

Wahlrecht zwingt zu den aktuellen Blockbildungen. Für die Parteien der Rechten heißt das, dass es auf absehbare Zeit so gut wie aussichtslos erscheint, eine Präsidentschaftswahl zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund musste die KP entscheiden, wie sie sich positioniert. Einerseits die schwache Hoffnung, dass mit einer Regierung Bachelet ihre Marginalisierung ein Ende haben könnte. Außerdem der Wunsch, dass die Rechte nicht im Triumphzug in die Moneda einzieht. Andererseits die neoliberalen Politik der Concertación, die auch von der Kandidatin mitgetragen wird. Dazu die Erfahrung der Unaufrichtigkeit bei den Sozialisten. Auch wusste niemand, wie sich letztendlich die Wähler Tomás Hirschs verhalten würden. Eine Partei gibt sich der Lächerlichkeit preis, wenn sich ihre Wähler in einer wichtigen Frage anders verhalten als von ihr empfohlen. Am Ende rief sie zusammen mit Vertretern anderer kleiner Parteien, wie z. B. der Christlichen Linken, zur Wahl der Sozialistin auf. Doch scheinbar war das auch in diesen Organisationen nicht unumstritten. So finden sich Hinweise, dass die KP Schwierigkeiten hatte, alle ihre Aktivisten auf diesen Kurs festzulegen.

Der 15. Januar war für alle Beteiligten der Tag der Wahrheit. Nach Auszählung der abgegebenen Stimmen hatte Michelle Bachelet mit 53,5 % den Sieg davongetragen. Zu verdanken hat sie ihn der linken Wählerschaft. Für die dominante Strömung von JPM ist das Ergebnis ein Fiasko. Ihr Aufruf zum Ungültigmachen der Stimmzettel wurde nicht befolgt. Zwar sank die Wahlbeteiligung zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang um knapp 14 000 Stimmen, doch verringerte sich gleichzeitig die Zahl der ungültigen Stimmzettel um ca. 60 000. Die Rechte verlor in einer Größenordnung von 125 000 Stimmen. Von dieser Seite kommt daher nur ein geringer Teil der rund 545 000 Stimmen, die Bachelet hinzugewinnen konnte. Die große Mehrheit der jetzt erstmals für sie Votierenden wird sich im Dezember unter den ca. 370 000 Wählern befinden haben, die für den Kandidaten von JPM stimmten.

Für die Kommunisten ist der Ausgang der Wahl eine Bestätigung

ihrer Politik. Ihren Vorschlägen folgt die linke Wählerschaft, während anscheinend die Humanistische Partei in wichtigen Fragen nicht einmal ihre treuesten Wähler überzeugen kann.

Insgesamt gesehen ist der Wahlausgang positiv. Die Rechte hat bei den Parlamentswahlen Stimmen verloren, aber bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl zugelegt, während es für die Mitte genau andersrum gelaufen ist. Die Linke konnte beweisen, dass sie weiterhin ein Faktor von Bedeutung ist, den ihre Gegner berücksichtigen müssen. Die vierte Regierung der Concertación wird die evolutionäre Veränderung des Landes zu einer wirklichen Demokratie fortsetzen, so wie sich innerhalb der Concertación die Gewichte nach links verschoben haben. War der erste Präsident dieser Parteienallianz im Jahre 1973 für den Putsch, so wird Chile jetzt von einem Folteropfer regiert.

(1) <http://ibka.org/artikel/miz94/parteien.html>

(2) [http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Politisierende\\_Psycho-Sekten.htm](http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Politisierende_Psycho-Sekten.htm)

(3) <http://www.humanistische-partei.de>

### Die Wahlkampfkosten

Glaubwürdige Quellen kalkulieren, dass der Unternehmer-Humanist-Christ Sebastián Piñera 32 Millionen Dollar in der ersten Runde seiner Wahlkampagne aufwendete.

Die Ausgaben von Joaquín Lavín, gescheiterter Präsidentschaftsanwärter der UDI, erreichten 24 Millionen Dollar.

Demgegenüber hatte die Kampagne von Michelle Bachelet Kosten von 8 Millionen Dollar verursacht.

Die Bemessung dieser Zahlen zeigt für sich alleine das Niveau, auf das die Wahlkampfausgaben in der zweiten Runde gelangen können. Man muss sich vergegenwärtigen, dass die persönlichen Mittel von Piñera 1.200 Millionen Dollar erreichen, fähig, jeder Herausforderung auf diesem Gebiet zu widerstehen.

Aus: *Punto Final*, Nr. 607 vom 23.12.2005

Nachdruck aus: **Freitag** vom 17.02.2006

# Eine unmoralische Koalition

## DER UNTERSCHIED ZUM IRAK

Weshalb die Friedensbewegung die Chance hat, eine Aggression gegen den Iran zu verhindern

Atomwaffen – sollte der Iran tatsächlich Derartiges wollen – würden nicht mehr Sicherheit bringen, sondern das regionale Wettrüsten im Mittleren Osten verschärfen. Ein Krieg aber dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit die iranische Führung erst recht dazu veranlassen, den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung (Atomwaffensperrvertrag) zu verlassen, um – wie Israel, Indien und Pakistan es vorgemacht haben – in den Besitz von Atombomben zu gelangen. Ungeachtet dessen läuft der Countdown, die EU-Diplomatie hat das Kommando an den UN-Sicherheitsrat – im Klartext an die USA – abgegeben. Jetzt kann und will George Bush handeln: zunächst Sanktionen des Sicherheitsrats, dann Erhöhung der Spannung durch weitere Konflikt-Eskalation, schließlich ein Luftkrieg. Verteidigungsminister Rumsfeld plädiert immer offener, zuletzt auf der Münchener Sicherheitskonferenz, für „eine militärische Option, wenn die diplomatischen Instrumente keine Lösung brächten“. Die US-Regierung ist dabei, die Medien darauf einzustimmen, dass Aktionen „gegen den Iran auch ohne die Zustimmung der UN möglich sind“. Westliche Staaten haben ihre strategischen Ölreserven deutlich erweitert, die Finanzwelt arbeitet laut „vertraulicher Mitteilungen“ (Nr. 3840) eines den deutschen Unternehmen nahe stehenden Magazins, seit Oktober 2005 eifrig Pläne aus, um im Kriegsfall einer Ölleitwährungskrise des Dollar vorzubeugen. Westlichen Zentralbanken wurde dringend empfohlen, schon vor März umfangreiche Dollar-Reserven vorzuhalten, da US-Planungen nahe legen, dass ein Krieg gegen den Iran „im kommenden März erforderlich werden könnte“.

Auch die psychologische Kriegsvorbereitung ist in vollem Gange. Dazu gehören – wie vor dem Irak-Krieg – immer neue „Enthüllungen“ über geheime Pläne zum

Bau von Atombomben oder Vorwürfe, der Iran sei ein „führender staatlicher Sponsor des Terrorismus“. Als notorischer Lügner längst stigmatisiert, sitzt Teheran stets auf der Anklagebank, und seine Gegendarstellungen stoßen auf taube Ohren. Besorgnis erregend ist, dass sich dabei auch Deutsche beteiligen. Mit ihrem unsäglichen Vergleich des islamischen Staates mit dem Naziregime und – indirekt – des Präsidenten Ahmadinedschad mit Hitler hat die Bundeskanzlerin auf der Münchener Sicherheitskonferenz eine neue Etappe in der psychologischen Kriegsvorbereitung eingeläutet. Die Parallele zu ähnlichen Hitler-Vergleichen bei Milosevic und Saddam Hussein Wochen vor dem Jugoslawien- beziehungsweise Irak-Krieg ist verblüffend. Angela Merkel geht dabei mit der Wahrheit genau so fahrlässig um, wie Mahmoud Ahmadinedschad mit der Leugnung des Holocausts und seinen antiisraelischen Verbalattacken. Ahmadinedschad mobilisiert die islamische Welt für den Tag X - Merkel trommelt, wissend oder nicht wissend, für einen Angriffskrieg.

Nimmt man Chiracs Atomkriegsdrohung und diverse Erklärungen Blairs dazu, stellt sich folgende Frage: Haben die drei EU-Staaten den US-Kriegsplänen bereits zugestimmt? Setzen sie sich deshalb an die Spitze der psychologischen Kriegsvorbereitung?

Die Indizien für einen bevorstehenden Luftkrieg verdichten sich jedenfalls allmählich zur Gewissheit. Im Unterschied zum Irak ist es der US-Strategie gelungen, nicht nur die EU, sondern auch Russland, China und relevante blockfreie Staaten wie Indien für ein Eskalationskonzept auf ihre Seite zu ziehen. Russland und China wechselten rechtzeitig die Fronten, um wegen möglicher Handelssanktionen gegen den Iran Washington nicht ins Gehege zu kommen. Wird weiter eskaliert, dann könnten die USA – vermutlich im Verbund mit

Israel – gegebenenfalls auch ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates Iran mit Bomben überziehen.

Dazu wären sie militärtechnisch, entgegen einer weit verbreiteten Auffassung, sehr wohl in der Lage. Truppenbewegungen wären in diesem Falle gar nicht nötig. Bodentruppen würden – im Unterschied zum Irak – nicht gebraucht. Alle erforderlichen Militärkapazitäten sind längst um Iran herum platziert. Die USA können von ihren Stützpunkten in Saudi-Arabien und Qatar oder den vor Bahrain ankernden Kriegsschiffen aus oder mit den auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean stationierten Langstreckenbomben des Typs B-52 oder von ihren Basen im Irak und in Afghanistan aus sämtliche Kriegsziele aus der Luft angreifen.

Die offizielle Kriegsbegrundung, Iran müsse auf jeden Fall daran gehindert werden, Atombomben zu bauen, ist ungläubwürdig. Pakistanische Atomwaffen, die längst existieren und leicht in die Hände von Extremisten gelangen könnten, stellen eine ungemein größere Gefahr dar, ohne dass der Westen sie auch nur im Ansatz thematisiert. Einen neuen Krieg, der alle bisherigen seit dem Vietnamkrieg in den Schatten stellen würde, mit der Begründung zu führen, Iran könnte in zehn Jahren Atombomben produzieren, ist noch absurder als die Lüge mit den Massenvernichtungsmitteln, mit denen der Irak-Krieg gerechtfertigt wurde. Mit dem Iran steht für Washington ohnehin wesentlich mehr auf der hegemonialen Tagesordnung als mit dem Irak:

Erstens soll durch die gezielte Zerstörung sämtlicher Atomanlagen an zehn bis fünfzehn Standorten Irans Nuklearprogramm unterbrochen werden, um Israels atomare Vormachtstellung in der Region und die Hegemonialposition der USA dauerhaft unantastbar zu machen.

Zweitens soll der Iran als regionale Mittelmacht und damit als Machtfaktor zerbombt werden. Es

muss daher einkalkuliert werden, dass außer den Atomanlagen auch konventionelle Militäreinrichtungen wie Panzerverbände, Flugzeuge, Waffenfabriken – auch in dicht besiedelten Wohngebieten –, Kriegsschiffe, Raketenstützpunkte, strategisch wichtige Brücken und Kasernen, Ziel von Luftangriffen sein werden. In Amerikas großem Plan für den „Großraum Mittlerer Osten“ ist ein mächtiger iranischer Staat gänzlich fehl am Platze.

Drittens soll durch einen Krieg ein Chaos ausgelöst werden, das in eine Revolte unzufriedener Iraner und ethnischer Minderheiten führt, um einen Regimewechsel in Teheran herbeizuführen und eine den USA hörige Regierung zu installieren. Zu diesem Zweck wird auch die Zerstörung von Öltraffinerien nicht ausgeschlossen, um Irans Ökonomie und Infrastruktur zu paralisieren. Auszuschließen ist auch keineswegs die Spaltung des Vielvölkerstaates Iran. Sollte ihre Rechnung aufgehen, würden die USA die Öl- und Gasreserven des Mittleren Ostens vollständig kontrollieren. Es würde zudem der iranische Plan zunichte gemacht, durch eine für März geplante Öl Börse den Dollar als Ölleitwährung abzulösen. Immerhin war auch Saddams Politik, irakisches Öl in Euro zu verkaufen, ein entscheidender Grund, um ihn durch eine Invasion zu stürzen.

Viertens soll ein Präzedenzfall für eine Neuinterpretation des Atomwaffensperrvertrages geschaffen werden, um unter anderem die Anreicherung von Uran ausschließlich als Privileg der fünf legalen Atom-mächte festzuschreiben. Dadurch wären allen anderen Staaten, vor allem den Schwellenländern, die Hände gebunden, einen eigenständigen nuklearen Brennstoffkreislauf aufzubauen. Sie wären stattdessen gezwungen, sich in die Abhängigkeit der Atom-mächte – besonders der USA – zu begeben, die gerade dabei sind, neue Generationen von kleinen Atommeilern für die Nach-Öl-Ära zu entwickeln und weltweit als strategische Alternative zu den erneuerbaren Energien durchzusetzen. Dezentral einsetzbare erneuerbare Energien würden hingegen sämtliche für die Hegemonie nötigen Abhängigkeiten überflüssig machen.

Die hier aufgelisteten, für eine globale Hegemonie der USA substanziellen Interessen erklären vieles. Der Iran ist nach Afghanistan und Irak das letzte Hindernis auf dem Weg zu einem US-Großraum Mittlerer Osten. Ginge es allein nach dem Willen der US-Neokonservativen, würde man auch vor einem Flächenbrand nicht zurückschrecken. Radikale Schiiten im Irak würden aller Wahrscheinlichkeit nach für Iran Partei ergreifen und arabische Staaten, die wie Saudi Arabien sunnitisch sind, sich auf die Seite irakischer Sunniten schlagen. Ein erneuter Bürgerkrieg im Libanon wäre nicht mehr ausgeschlossen. Auch Syrien, das im Nahen Osten nach Israel die zweitstärkste Armee besitzt und mit Iran einen Militärpakt geschlossen hat, würde in die Kampfhandlungen hineingezogen. Damit hätte ein Krieg gegen den Iran fatale Konsequenzen, nicht nur für die Völker im Mittleren und Nahen Osten sowie für die Existenz Israels, sondern auch für Europa, für die weitere Ausbreitung des Terrorismus und für den Weltfrieden. Gerade deshalb braucht Bush diesmal – im Unterschied zum Irak-Krieg – einen breiten Konsens und die moralische Legitimation der EU. Auf diesen Konsens hat Washington seit anderthalb Jahren systematisch und meisterhaft hingearbeitet.

Das EU-Trio war selbst dumm genug, sich mit der Akzeptanz der amerikanischen Drohkulisse – entweder ihr befolgt unsere Forderungen oder euch droht ein Krieg – in den Würgegriff der amerikanischen Iran-Pläne zu begeben. Mit ihrem so genannten Kompromissangebot vom 5. August 2005 an Teheran musste die EU scheitern, weil es für die andere Seite nichts Substantielles enthielt. Stattdessen wurden dem Iran – durchaus vergleichbar mit dem Rambouillet-Diktat von 1999 gegen Jugoslawien – gravierende Zugeständnisse wie der dauerhafte Verzicht auf die Anreicherung von Uran oder auf einen Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag abverlangt. Europa handelte als nützlicher Idiot, wie es sich die Falken in der US-Regierung ausgedacht hatten. Bereits im Januar 2005 enthüllte Seymour Hersh die Taktik der USA: Sie würden zur Tat schreiten, „sobald die EU mit ihrer Diplomatie scheitert“ – und die ist in der

Tat schön längst gescheitert. Bei ihrer gemeinsamen Pressekonferenz jüngst in Washington war sich Angela Merkel hundertprozentig mit Präsident Bush einig, Irans Atomprogramm zu verhindern, wobei der US-Präsident – ohne dass sich Merkel davon distanzierte – die Kriegsoption nicht ausschloss.

Die inzwischen zusammen gebastelte „moralische“ Kriegsallianz ist eine Stärke, aber auch eine Schwäche von Bushs Kriegsstrategie. Gelänge es der deutschen Friedensbewegung, Merkel schon jetzt auf ein unmissverständliches „auf keinen Fall Krieg“ festzulegen, würde die „moralische“ Front abbröckeln und Bushs Kriegsplan wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Genau hier liegt die Chance der Friedensbewegung, im Unterschied zum Irak einen Iran-Krieg tatsächlich noch zu verhindern.

Mohssen Massarrat

## Freitag

Verlag und Redaktion: Zeitungsverlag »Freitag« GmbH,  
Potsdamer Straße 89, 10785 Berlin

AVZ GmbH, Abo-service Freitag,  
Storkower Str. 127 A,  
10407 Berlin.

Fax: 030 428040-42  
aboservice@avz-berlin.de

*Diesen Nachdruck aus der Wochenzeitung Freitag veröffentlichen wir, obwohl wir die Schlussfolgerungen des Autors nicht teilen, weil die Beschreibung der Lage im Nahen Osten zutreffend und die Kriegsdrohung der US-amerikanischen Regierung sehr ernst zu nehmen ist. Daß „das EU-Trio (...) selbst dumm genug“ ist, bzw. „Europa (als) nützlicher Idiot“ (der US-amerikanischen Interessen) handelt, ist eine Verkenntnis der Tatsachen. Die EU ist eine imperialistische Macht und verfolgt eigene Interessen, auch wenn sie nicht in der Lage ist, in dem Maße militärisch zu agieren wie die USA. Wir teilen die Meinung des Autors, daß den Kriegsvorbereitungen der Herrschenden entgegen zu treten ist.*

Die Redaktion

# Kristallisation des Widerstands oder Strohfeuer?



Gleich der ersten Gysi-Biographie ist die vom Bereichsleiter Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), Michael Brie, herausgegebene Broschüre

zur Thematik Linkspartei brandaktuell. Sie gilt einer politischen Gruppierung, von der im Vorwort gesagt wird, sie habe das Kräfteverhältnis in der BRD „nachhaltig erschüttert“, (S. 7) und die inzwischen bei der vorgezogenen Bundestagswahl nach vorläufigem amtlichem Endergebnis 8,7 Prozent der Stimmen und 54 Mandate errungen hat. Autoren des Werks sind fünf Mitarbeiter der RLS, ein ihnen nahestehender Parteienforscher, ein Mann vom PDS-Apparat, der

„Vordenker“ André Brie und zwei Funktionäre der WASG. Sie berichten über das Zustandekommen des neuen Linksbündnisses, seine Ziele, gesellschaftlichen und politökonomischen Voraussetzungen sowie vorangegangene ähnliche Entwicklungen in den Parteiensystemen Portugals und Dänemarks.

Die Aufsätze sind von unterschiedlicher Wertigkeit. M. Brie stellt die Wandlungen vom rheinisch-fordistischen zum neoliberalen Kapitalismus und den hieraus resultierenden Widerstand großer Teile der Bevölkerung vor allem in Ostdeutschland einerseits, die jüngste PDS-Entwicklung andererseits dar, schreckt aber gleich anderen RLS-Mitarbeitern vor einer exakten Charakterisierung der durch ihn mitvertretenen Partei zurück. Er nennt den Vorwurf verfehlt, die PDS „würde in der Regierung nichts betreiben als bloße Durchsetzung neoliberaler Politik“, sieht sich aber zu dem Eingeständnis gezwungen, dass sie bestenfalls einige Wirkungen dieser Politik abschwäche. (S. 20) WASG-Mitgründer Helge Meves, vordem PDS, gibt einen Überblick über die Herausbildung der heute von ihm mitrepräsentierten Organisation, die 2004 als Antwort auf die reaktionären „Gegenreformen“ der Schröderregierung entstand. Einige Zugehörige zur WASG wollten die klassische Sozialdemokratie wiederherstellen, andere eine dauerhaft links von der SPD agierende Formation, die Erfahrungen des Linkssozialismus wie der globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen einbezieht. (S. 29) Unerörtert bleibt der Konflikt zwischen ehemaligen, der neoliberalen Politik des Berliner Senats wegen zur WASG übergetretenen PDS-Mitgliedern und anderen Linken mit dem in der Hauptstadt besonders weit rechtsstehenden Landesverband der PDS, als auch mit rechten WASG-Führern.

Andere Verfasser, unter ihnen der Chef der RLS-Zukunftskommission Dieter Klein, erörtern Zielsetzungen der sich bildenden neuen Links-

partei: eine nicht neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Demokratisierungstendenzen im Innern und ein soziales, friedliches Europa. Cornelia Hildebrandt (RLS) polemisiert gegen den neoliberal-militaristischen Kern des an Franzosen und Niederländern zunächst gescheiterten Vertrags über eine EU-Verfassung. Sie befürwortet einen demokratischen Gegenentwurf, verschweigt aber das Eintreten Sylvia-Yvonne Kaufmanns für den Verfassungsvertrag und das Faktum, dass die PDS bei der Abstimmung über ihn im Europaparlament Enthaltung übte, statt sich mit der europäischen Linken dagegen zu entscheiden.

André Brie unterbreitet Thesen zur Perspektive der künftigen Linkspartei. Analog zu Stellungnahmen Hans Modrows und Stefan Bollingers in der einen Monat später erschienenen Publikation „Wozu eine Linkspartei?“ steht er der vorangegangenen Rechtsentwicklung der PDS neuerdings skeptisch gegenüber, räumt aber wiederum nicht ein, dass er diese Entwicklung gleich seinem Bruder Michael und Dieter Klein mitverursacht hat. Er fordert nunmehr von Linkspartei, PDS und WASG, über sozialdemokratische Bestrebungen hinauszugehen und die faktische Tabuisierung von Macht- und Eigentumsfragen überwindend wieder im sozialistischen Sinne offensiv zu werden. A. Brie warnt vor einem baldigen Kooperieren mit einer formal „erneuerten“ SPD, wie es Gysi und Lafontaine für 2009 vorschwebt: „...eine Situation, in der die Linkspartei aus arithmetischen Gründen Bestandteil einer Koalition würde, die nicht zu wirklich anti-neoliberaler Politik fähig und bereit ist, würde dieser Partei ihre Existenznotwendigkeit und – möglichkeit entziehen.“ (S. 64)

Der Beitrag Joachim Bischoffs, Vorstandsmitglied der WASG und Jahre zuvor der PDS, gilt dem heutigen Kapitalismus und vor allem dessen Shareholder-value-Konzept. Dieses seit den 70er Jahren in den imperialistischen Staaten durchgesetzte Konzept bedeutet Vorherrschaft der

Anzeige



Die Geschichte der NS-Prozesse

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
e-mail: aib@nadir.org  
web: www.nadir.org/aib

Einzel exemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Investoren über alle Bereiche kapitalistischer Produktion und Distribution, eine entsprechende Orientierung auf kurzfristige statt längerfristige Erfolge, massenhafte Zukäufe und Unternehmensbeteiligungen statt Eigenentwicklung und Forschung, teilweise Verlagerung der Produktion ins billigere Ausland, mit Staatshilfe erreichte Verschlechterung der inländischen Arbeitsbedingungen und sozialen Leistungen, Begünstigung leistungsloser Kapital- und Vermögens- bei gleichzeitig sinkenden Arbeitseinkommen, fortschreitende Massenarbeitslosigkeit. In Deutschland, so Bischoff, erwies sich gerade die „rot-grüne“ Regierung mit Agenda 2010 und Hartz-IV-Gesetzen als Katalysator zur beschleunigten Zerstörung des „rheinischen Kapitalismus“. (S. 67 f. und 74) Meines Er-

achtens ist auch nicht verwunderlich, dass sich unter diesen Bedingungen bei vielen, besonders großen Unternehmen die Pfusch- statt Wertarbeit enorm verstärkt hat.

Mit am Ende der Broschüre finden sich klug zusammengestellte Zitate über Wirkungen der Anti-Hartz-Demonstrationen, die Wandlung der SPD vom „kleineren Übel“ zum bloßen Flügel des gleichen üblen neoliberalen Parteienkartells, ihr Zerbröckeln und das Erfordernis, die werdende Linkspartei fest mit dem „Engagement von Millionen von Menschen für eine bessere Gesellschaft“ zu verbinden, das sie weder ersetzen noch herstellen, sondern höchstens für bestimmte Fragen bündeln kann. „Ansonsten“ – so das Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Ulrich Brand, „werden wir

ein kurzes Strohfeuer erleben, das zum x-ten Male und unterstützt von den herrschenden Kräften die Illusion des Parlamentarismus nährt“. (S. 83) Bischoff zufolge liefe die progressive Alternative hierzu darauf hinaus, dass die Linkspartei „die Kraft entwickelt, unter den Bedingungen des Kapitalismus im 21. Jahrhundert und der Verstärkung der neoliberalen Offensive zum Kristallisationspunkt des gesellschaftlichen Widerstands zu werden“. (S. 84) Bis dahin dürfte es allerdings wohl länger dauern.

Fred Wilm

Michael Brie (Hrsg.): **Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen.** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 23 Karl Dietz Verlag Berlin 2005, 96 Seiten, 9,90 €

## Gegen neue Geschichtsverdrehung



Anlass zu diesem Sammelband sind Entwicklungen in der durch Massenmedien verbreiteten bundesdeutschen Geschichtspropaganda über NS-Diktatur, zweiten Weltkrieg und deren „Aufarbeitung“. Unter Fortlassen wesentlicher Geschehnisse und Retuschieren des verbliebenen Restes wird folgendes ausgesagt: Opfer war 1945 das deutsche Volk, so wegen der Vertreibung und alliierter Luftangriffe; auch enge Helfer Hitlers sind zu entschuldigen; er selbst war am Ende ein armer kranker Mann – sogar das „Neue Deutschland“ meinte am 19. 9. 2004, ihm dürfe aus Gründen „humaner Substanz“ eine Träne nachgeweint werden (S. 59); im Zusammenhang mit dem 8. Mai soll besser gar nicht von Befreiung die Rede sein, wenn doch, dann mit Bezug auf die US-Amerikaner, nie mit dem auf die Sowjets; beim „Aufarbeiten“ der NS-Zeit unterliefen der BRD zwar Fehler, dafür lag sie aber entgegen der DDR mit ihrer Orientierung auf den Westen goldrichtig. Mehrere Buchautoren verweisen bei Wiedergabe sol-

cher Standpunkte auf „Erkenntnisse“ des einst liberalen Jörg Friedrich, auf Fernsehproduktionen Guido Knopps, die Ausstellung „Mythen der Nationen 1945“, zahlreiche Kommentare und den Filmbestseller „Der Untergang“, welche derlei Geschichtsverdrehungen vermarkten.

Die Popularität des von Hunderttausenden besuchten Films ist in der extremen Rechten als Plebiszit für eine andere Vergangenheitsbewältigung gefeiert worden, die nicht „von der Täter-Opfer-Pausalisation lebt“. (S. 13) Im Buch befasst sich der renommierte Faschismusexperte Kurt Pätzold mit dem Streifen. Er weist nach, dass dessen Quellenbasis dürftig und fragwürdig ist und der Film gleich anderen Produkten aus jüngster Zeit wesentliche Realitäten der NS-Diktatur und des größten deutschen Aggressionskrieges außer acht lässt. Deutsche würden „zu Millionen reif gemacht für eine anspruchslos glotzende Beschäftigung mit dem, das ihnen als rekonstruierte Geschichte angerichtet und vorgesetzt wird und mit hehren Absichten der Aufklärung nichts zu tun hat“. (S. 65) Offenbar ist bisher keinem Kritiker oder Lobredner eingefallen, dass Hitlers letzte Tage im

„Führerbunker“ der Reichskanzlei schon einmal filmisch behandelt wurden. Das geschah in längeren Passagen eines Anfang der 50er Jahre gezeigten sowjetischen Farbfilm, der die Situation in Hitlers letztem Quartier wiedergab und ihr die Vorgänge draußen gegenüberstellte.

Das Anliegen des Buchs ist umfassender. Dem Faschismusbild der BRD setzt es auf relativ vielen Gebieten Wahrheiten entgegen. Günter Judick, Mitglied der Geschichtskommission der DKP, behandelt Entwicklungen vom ersten Hervortreten der NSDAP als Massenpartei 1930 bis zum Ende der Hitlerdiktatur. Die Fakten treffen im allgemeinen zu, nur hätte er sich nicht darauf versteifen sollen, dass die Aussage, beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik im November 1932 hätten „Kommunisten und Nazis gemeinsam gegen die SPD gekämpft“, eine Fälschung Letzterer gewesen sei. (S. 28) Gegen das Streikbrechertum der sozialdemokratisch orientierten freien Gewerkschaften wandten sich tatsächlich beide.

Sechs AutorInnen – Peter Gingold, Gerhard Leo, Werner Knapp, Stefan Doernberg, Hanna Podymachina und Esther Bejarano –

berichten teils in hier erneut wiedergegebenen, teils in für dieses Buch verfassten Aufsätzen über Erlebnisse während der Nazi- und Kriegszeit. Einige von ihnen kämpften im französischen und italienischen Widerstand, andere in der tschechoslowakischen Auslands- bzw. in der Roten Armee; Bejarano war in Auschwitz und Ravensbrück inhaftiert und überstand den Todesmarsch. Selbstverständlich sehen Antifaschisten im 8. Mai den Tag der Befreiung. Doch konstatiert Gingold zu Recht, dass die Mehrzahl der Bevölkerung das Ende der NS-Herrschaft als Niederlage empfand. Den eben genannten Beiträgen folgt einer von Hermann Kant. Er berichtet über seine Haft bis 1948 in einem polnischen Gefängnis resp. Arbeitslager, jedoch weit weniger interessant als in dem 1977 erschienenen Buch „Der Aufenthalt“.

Thema der restlichen Buchbeiträge ist die Zeit nach Hitlerdiktatur und Krieg. Der Jurist Gerhard Stuby befasst sich u. a. mit der Gründung der UNO und der Entwicklung bis zu dem Punkt, an dem die erweiterte BRD an Militäreinsätzen ohne UN-Mandat mitwirkte und ihre Aufnahme in den Weltsicherheitsrat verlangte. Unerörtet bleibt die nicht verkennbare Wiederkehr imperialistischen Großmachtstrebens. Bei BRD-Völkerrechtlern überwog einst die Ansicht, das Deutsche Reich sei mit der bedingungslosen Kapitulation 1945 untergegangen. Später setzte sich die vom Innen-Staatssekretär der Regierung Dönitz Wilhelm Stuckart, neben Globke Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, erdachte Version durch, die Kapitulation habe das Reich nur zeitweise handlungsunfähig gemacht. Demnach hätte es 1990 die Handlungsfähigkeit zurückgewonnen. (S. 190 ff.)

Politikwissenschaftler Michael Klundt beschreibt den Wandel von formeller Anerkennung des Antifaschismus als BRD-verbündlich hin zur dogmatischen Totalitarismuskonzeption. Sein Kollege Jörg Wollenberg stellt frühzeitig einsetzende Bestrebungen in den Westzonen dar, von einer „Schuldbesessenheit“ wegen der Nazi- und Kriegsverbrechen loszukommen, ebenso die Wiederaufnahme alter Nazikader an den Hochschulen bei gleich-

zeitigem, fast vollständigem Abschluss antifaschistischer Gelehrter. Die Debatte über den Umgang mit stalinistischer Vergangenheit in der DDR habe nationalsozialistische Verbrechen relativiert oder verdrängt, so der Verfasser. (S. 207) Das stimmt in der Tendenz, ist aber nicht vollständig gelungen. In den Medien war indessen vor dem 60. Jahrestag des 8. Mai 1945 „so viel Hitler wie nie“ zugange. (S. 213)

Die Historikerin und Anglistin Hanna Behrend, einst NS-Verfolgte und emigriert, stellt dem Umgang mit Nazismus in der BRD den in der DDR gegenüber. In Westdeutschland, das weit mehr Nazis und NS-Verbrecher beherbergte, wurden 6500 rechtskräftig verurteilt. Die DDR verurteilte nahezu 13 000. Dem Bonner Staat musste Nichtverjährung bei Völkermord in jahrzehntelangem Kampf abgetrotzt werden. Für Zehntausende Altnazis war er ein Institut zur Reinwaschung und lukrativen Wiederbeschäftigung. Andererseits, so legt die Autorin dar, wurde im Zuge der 1990 von oben verordneten Delegitimierung die DDR zum einzigen „Unrechtsstaat“ deutscher Geschichte abgestempelt. Weit mehr Bedienstete, als je zur Verfolgung von Naziverbrechen eingesetzt wurden, waren und sind unter häufiger Verletzung elementarer Rechtsgrundsätze mit Konstruktion und Ahndung von DDR- und SED-„Unrecht“ befasst. Die Schutzbehauptung, gegen ehemalige Osteliten gehe man deshalb rigoros vor, weil das den NS-Eliten gegenüber nicht geschehen sei (S. 249), erweist sich als fauler Zauber. Wie das Naziregime wendet sich das heutige „rechtsstaatliche“ Regime gegen Anhänger und Befürworter einer nichtkapitalistischen Zukunft.

Das Buch wirft manche neue oder so bisher nicht gestellte Frage auf. Es ist mit Gewinn zu lesen.

**Gerhard Roth**

Michael Klundt (Hg.)  
*Ein Untergang als Befreiung.  
 Der 8. Mai 1945 und seine Folgen*  
 PapyRossa Verlag, Köln 2005,  
 268 Seiten, 16,80 €

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 150 Winter 2005, 40 S.

- Große Koalition: „Heulen und Zähneklappern“
- Streik bei Infineon
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Nach der Wahl
- Linkspartei.PDS und WASG nach der Bundestagswahl
- Das Anwachsen des Faschismus – Wiederholt sich Weimar?
- Wichtige Ereignisse in Großbritannien
- Die erste Gysi-Biographie

### Nr. 149 Herbst 2005, 40 S.

- Keine „Schicksalswahl“
- Vorzüge und doppeltes Gesicht der neuen Linkspartei
- Wahlprogramm CDU/CSU
- Die Tschechische Linke heute
- Unruhe an den Finanzmärkten

### Nr. 148 Sommer 2005, 44 S.

- Die Artisten unter der Reichstagskuppel
- Drohen „Weimarer Verhältnisse“?
- Bildungspolitische Konzepte von Arbeitgeberverbänden
- NPD-Aufmarsch in Nürnberg zum 1. Mai

### Nr. 147 Frühjahr 2005, 40 S.

- Vorherrschaft heißt nicht Allmacht
- Neoliberaler Kurs und neofaschistische Gefahr
- Dorfen: NPD-Wegschauen oder widerstehen
- Öffentlicher Dienst: Anstatt einer Tarifrunde
- Diskussion zur WASG
- Venezuela, ein Land im Aufbruch

### Nr. 146 Winter 2004, 44 S.

- Der große Raubzug
- Wetzels Innovation der Tarifpolitik
- Unsere Jahreskonferenz 2004
- Generalangriff des Kapitals
- Die PDS im Jahre 2004 und ihr Potsdamer Parteitag
- Der Ruf nach dem archaischen Kämpfer

### Nr. 145 Herbst 2004, 40 S.

- Angriff auf die Tarifverträge
- Kuba in Gefahr
- Kuba und die Linke
- Zur Diskussion über die neue Partei
- Die angestrebte Abwahl des Berliner Senats

### • Rote Hilfe (Rezension)

### Nr. 144 Sommer 2004, 40 S.

- Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative?
- Zur Perspektiven sozialistischer Revolutionen
- Sozialistische Revolution/subjektiver Fakt

### Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme  
 T. Gradl, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

## Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 6,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 2,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 2,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 2,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 2,00 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,50 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 10,00 €

**Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg**



**240 Seiten, Paperback,  
€ 12,-  
ISBN 3-00-010296-5**  
Herausgegeben  
von der Gruppe Arbeiterstimme

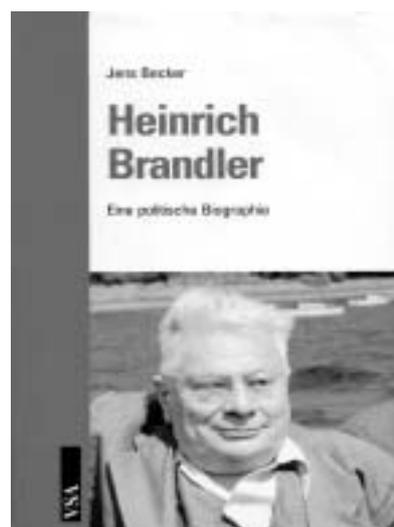
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

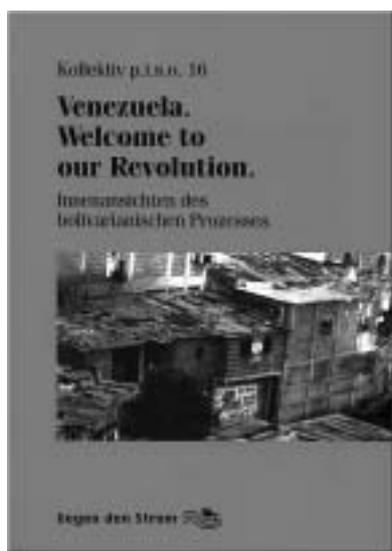
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



**510 Seiten,  
Paperback,  
€ 20,-  
ISBN 3-87975-767-4**

## Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des  
bolivarianischen Prozesses



**168 Seiten, Paperback,  
€ 10,-  
ISBN 3-9809970-1-4**  
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

**Bestelladresse:**  
Gegen den Strom  
Schwanthalerstraße 139  
80339 München  
gds-verlag@gmx.de

**oder:**  
T. Gradl  
Postfach 910307  
90261 Nürnberg



**624 Seiten,  
Paperback,  
€ 20,-  
ISBN 3-87975-836-0**

**Bestelladresse:**  
T. Gradl  
Postfach 910307  
90261 Nürnberg